

Vorlage an den Landrat

Beteiligungsbericht 2018
2018/724

vom 21. August 2018

Inhaltsverzeichnis

1	Ziele des Beteiligungsberichts 2018	4
2	Management Summary	4
3	Ausgangslage	10
3.1	Weiterentwicklung Beteiligungscontrolling	10
3.2	Definition einer Beteiligung	11
4	Beteiligungsübergreifende Informationen	11
4.1	Bestehende Berichterstattung zu den Beteiligungen	11
4.2	Beteiligungsportfolio und Leistungsaufträge: Stand per 31. Dezember 2017	12
4.3	Beteiligungsportfolio: Zu- und Abgänge sowie Mutationen im 2017	13
4.4	Personelle Änderungen	14
4.5	Geldflüsse bei den Beteiligungen	16
4.6	Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen	16
4.7	Ausblick	17
4.7.1	Auswirkungen des Postauto Schweiz-Skandals auf das Beteiligungscontrolling	18
4.7.2	Verkauf Landwirtschaftliche Trocknungsanlage (LTA AG)	18
5	Strategisch wichtige Beteiligungen.....	19
6	Einzelberichterstattung zu den Beteiligungen.....	20
6.1	Beteiligung, die der Landeskanzlei zugeordnet ist	20
6.1.1	Fondation des Archives de l'ancien Evêche de Bâle (AAEB)	20
6.2	Beteiligungen, die der Finanz- und Kirchendirektion zugeordnet sind	21
6.2.1	Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)	21
6.2.2	Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)	23
6.2.3	Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)	24
6.2.4	Schweizer Salinen AG	26
6.2.5	Schweizerische Nationalbank AG	27
6.2.6	Selfin Invest AG	28
6.2.7	Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)	28
6.3	Beteiligungen, die der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion zugeordnet sind	31
6.3.1	Flughafen Basel-Mulhouse (EuroAirport)	31
6.3.2	Kantonsspital Baselland (KSBL)	32
6.3.3	Landwirtschaftliche Trocknungsanlage LTA AG	35
6.3.4	MCH Group AG	36
6.3.5	Psychiatrie Baselland (PBL)	37
6.3.6	Regionales Heilmittelinspektorat der Nordwestschweiz (RHI NWCH)	39
6.3.7	Schweizerische Rheinhäfen (SRH)	40
6.3.8	Stiftung interkantonale Försterschule	41
6.3.9	Switzerland Innovation Park Basel Area AG (SIP AG)	42
6.3.10	Universitätskinderspital beider Basel (UKBB)	43
6.4	Beteiligungen, die der Bau- und Umweltschutzdirektion zugeordnet sind	44
6.4.1	ARA Rhein AG	44
6.4.2	Auto Bus AG (AAGL)	45

6.4.3	Baselland Transport AG (BLT AG)	46
6.4.4	Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	47
6.4.5	Hardwasser AG	48
6.4.6	Kraftwerk Augst AG	49
6.4.7	Kraftwerk Birsfelden AG	50
6.4.8	Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW)	51
6.4.9	ProRhenno AG	52
6.4.10	Wasserversorgung Waldenburgertal AG	53
6.5	Beteiligungen, die der Sicherheitsdirektion zugeordnet sind	53
6.5.1	BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)	53
6.5.2	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	55
6.5.3	Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP)	57
6.5.4	Swisslos	59
6.6	Beteiligungen, die der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion zugeordnet sind	60
6.6.1	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	60
6.6.2	Interkantonale Lehrmittelzentrale (ilz)	63
6.6.3	Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel (SRG Region Basel)	63
6.6.4	Schweizerischer Bibliotheksdienst (SBD)	64
6.6.5	Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)	65
6.6.6	Universität Basel	66
7	Antrag	69
8	Anhang	69

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: Das Wichtigste in Kürze</i>	6
<i>Tabelle 2: Rechtsgrundlage Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft</i>	12
<i>Tabelle 3: Personelle Änderungen</i>	14
<i>Tabelle 4: Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen in Beteiligungen</i>	17

1 Ziele des Beteiligungsberichts 2018

Mit dem hiermit vorliegenden Beteiligungsbericht 2018 wird die Vorgabe gemäss § 15 der Verordnung zum Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGV) ([SGS 314.11](#)) vollzogen, wonach der Kanton einmal pro Jahr einen Beteiligungsbericht über sämtliche Beteiligungen verfasst.

Gleichzeitig werden aber neben dem Vollzug der gesetzlichen Vorgaben noch folgende Ziele verfolgt:

- *Sicherstellung von Transparenz:* Einzelberichterstattung über alle Beteiligungen;
- *Information über die Finanzierung:* Kommentierung der Geldströme an und von den Beteiligungen;
- *Aufzeigen von Risiken:* Kommentierung der finanziellen und politischen Risiken.

Die geschilderten Ziele sollen folgendermassen erreicht werden: Der Bericht gliedert sich in einen allgemeinen Teil und in einen Teil "Einzelberichterstattung". Während im allgemeinen Teil (Kapitel 2 bis 4) diverse Themen über alle Beteiligungen zusammengefasst dargestellt werden, befasst sich Kapitel 5 mit der detaillierten Berichterstattung zu den einzelnen Beteiligungen. Die Optik des Beteiligungsberichts ist grundsätzlich vergangenheitsbezogen auf das Jahr 2017, nimmt aber auch die wichtigsten Elemente der laufenden Periode sowie nahen Zukunft auf. Die FKD ist verantwortlich für den Prozesslead, die Direktionen wiederum sind verantwortlich für den Inhalt sowie die Kommentierung zur Einzelberichterstattung.

2 Management Summary

Per 1. Januar 2018 wurde die bis dahin gültige Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance) vom Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGV) ([SGS 314](#)) und von der Verordnung zum Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGV) ([SGS 314.11](#)) abgelöst.

Der hiermit vorliegende Beteiligungsbericht richtet sich nach § 15 der Verordnung zum Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGV) ([SGS 314.11](#)), wonach der Kanton einmal pro Jahr einen Beteiligungsbericht über sämtliche Beteiligungen verfasst. Der Beteiligungsbericht 2018 beinhaltet schwerpunktmässig die Berichterstattung über die Jahresrechnungen 2017.

Das Beteiligungsportfolio des Kantons Basel-Landschaft weist per Ende 2016 einen Bestand von 36 Beteiligungen auf. Im Verlaufe des Berichtsjahres 2017 hat es vier Portfolio-Mutationen gegeben. Während Swissmedic nicht mehr als Beteiligung geführt wird, wurden folgende drei Beteiligungen ins Portfolio aufgenommen:

- Regionales Heilmittelinspektorat (RHI);
- Swiss Innovation Park AG (SIP AG);
- Schweizerisches Tropen- und Public-Health-Institut (Swiss TPH).

Bereits 2015 wurde die Beteiligung BAK Basel (BAK Economics AG) aufgrund des geplanten Verkaufs vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen transferiert. Der Verkauf hat bisher aber noch nicht stattgefunden. Aus diesem Grund verbleibt diese Position bis auf weiteres im Finanzvermögen und wird nicht mehr als Beteiligung aufgeführt.

Per 31. Dezember 2017 führt der Kanton 38 Beteiligungen im Verwaltungsvermögen. Alle 38 Beteiligungen werden innerhalb dieses Berichts in einer Zusammenfassung kurz gewürdigt (Tabelle 1: Das Wichtigste in Kürze) und in Kapitel 6 detaillierter kommentiert und erläutert.

Die Geldflüsse der Beteiligungen an den Kanton im Jahr 2017 schlagen mit jährlichen Einnahmen von ca. CHF 139 Mio. zu Buche¹. Demgegenüber stehen die Geldflüsse vom Kanton an die Beteiligungen im Umfang von ca. CHF 543 Mio. pro Jahr. Rund 70% der Beteiligungseinnahmen stammen von der Basellandschaftlichen Kantonalbank (CHF 60 Mio.) und von der Schweizerischen Nationalbank (CHF 39 Mio.). Auf der anderen Seite gehen rund 93% der Beteiligungsausgaben auf das Konto der Bildung (Universität Basel und FHNW, CHF 307 Mio.), der Spitalbetriebe (Kantonsspital Baselland und Psychiatrie Baselland, CHF 153 Mio.) sowie des öffentlichen Verkehrs (Baselland Transport AG und Autobus AG, CHF 42 Mio.). Der Jahresaufwand im Zusammenhang mit den Beteiligungen macht rund 19% des gesamten Aufwands (CHF 3.07 Mrd. gemäss Jahresrechnung 2017) aus. Der Anteil des jährlichen Ertrags im Zusammenhang mit den Beteiligungen am gesamten Ertrag (CHF 3.14 Mrd. gemäss Jahresrechnung 2017) beläuft sich auf rund 4%.

Tabelle 1 zeigt pro Beteiligung das Wichtigste in Kürze. Pro Beteiligung werden zwei Risiken (finanzielles Risiko, politisches Risiko) beurteilt. Von den insgesamt vorhandenen 76 Risikopositionen (38 Beteiligungen à 2 Risikopositionen) besteht bei 67 kein Handlungsbedarf. Neun Positionen werden mit „Risiken vorhanden“ deklariert, davon fünf als finanzielle Risiken und vier als politische Risiken und.

Bei folgenden Beteiligungen sind finanzielle Risiken vorhanden:

- ARA Rhein AG (Neuverteilung der Aktien aufgrund des Austritts der Rohner AG führt zu neuen Zuleitungsrechten von Abwasser, aber auch zu einer Neuverteilung der Zahlungspflichten);
- Kantonsspital Baselland (Scheitern der Spitalgruppe);
- MCH Group (Turbulenzen rund um die Uhren- und Schmuckmesse);
- Schweizerische Nationalbank (Unsicherheit über die künftige Gewinnerwartung).

Bei folgenden Beteiligungen sind politische Risiken vorhanden:

- Flughafen Basel – Mulhouse (Diskussion zur Lärmbelastung der betroffenen Bevölkerung);
- Kantonsspital Baselland (Scheitern der Spitalgruppe);
- Messe Schweiz (Internationalisierung der MCH Group AG treibt Standortinteressen und Unternehmensinteressen auseinander);
- Schweizer Salinen AG (Widerstand der betroffenen Bevölkerung zu Probebohrungen auf der Rütihard in Muttenz);
- Wasserversorgung Waldenburgertal (Unstimmigkeiten unter den beteiligten Gemeinden).

Die mit diesem Bericht geschilderte Risikosituation erfordert momentan keine unmittelbaren Massnahmen. Die geschilderten Risikobereiche werden aber von den Direktionen weiterhin beobachten und laufend beurteilt. Insbesondere der Bereich Flughafen (u.a. Fluglärmdiskussion), die geplante Spitalgruppe und die MCH Group (Neuausrichtung der Messe allgemein und Rückzug der Swatch Group von der Uhren und Schmuckmesse) stehen momentan stark im Fokus von politischen Vorstössen im Landrat und der öffentlichen Debatte. Insbesondere die sich kurz vor Abschluss des Berichts akzentuierende Lage der MCH Group wird stetig beobachtet und neu beurteilt.

¹ Siehe dazu auch der Beteiligungsspiegel in der Jahresrechnung 2017 ([LRV 2018-414](#))

Table 1: Das Wichtigste in Kürze

- = kein Handlungsbedarf
- ▲ = Risiken vorhanden
- = Sofortiger Handlungsbedarf

Beteiligung	Ampelsystem		Kommentar
ARA Rhein AG	Finanzielles Risiko	▲	Der Austritt der Rohner AG aus dem Verbund ARA Rhein AG birgt ein gewisses finanzielles Risiko. Die Verteilung der Aktien der Rohner AG an die übrigen Mitglieder hat Auswirkungen auf die Zuleitungsrechte, damit aber auch auf die Zahlungspflichten (ca. CHF 120'000 Mehrkosten für Kanton pro Jahr). Die Aktionäre haben sich bis Ende 2017 nicht über eine Verteilung einigen können, es wurde ein Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet.
	Politisches Risiko	●	
Auto Bus AG	Finanzielles Risiko	●	Das Verwaltungratsmandat des Kantons Basel-Landschaft konnte an der GV 2018 mit Hansruedi Müller wieder besetzt werden. Die Auto Bus AG und die BLT werden verpflichtet, gemeinsam auf den zehn Buslinien der AAGL und den acht Buslinien der BLT im oberen Baselbiet jährlich wiederkehrend zwei Millionen Franken einzusparen. Werden die Ziele nicht erreicht, sollen die Linien per Dezember 2023 ausgeschrieben werden.
	Politisches Risiko	●	
Baselland Transport AG (BLT)	Finanzielles Risiko	●	Für das Erneuerungsprojekt Waldenburgerbahn liegt eine umfassende Gesamtplanung vor.
	Politisches Risiko	●	
Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)	Finanzielles Risiko	●	Als Nachfolger von Bernhard Fröhlich ist Sven Cattelan seit 1. Januar 2017 CEO der BGV. Diese finanziert ihre Tätigkeiten mit Einnahmen aus Versicherungsprämien und Brandschutzabgaben. Sie verfügt weder über eine Staatsgarantie noch über eine Staatshaftung, dies wirkt sich entsprechend positiv auf die Bewertung des finanziellen Risikos aus.
	Politisches Risiko	●	
Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)	Finanzielles Risiko	●	Dr. Beat Oberlin hat per 1. Januar 2017 die Leitung der Bank an John Häfelfinger übergeben. Das Baselbieter Stimmvolk hat am 26. November 2017 der Teilrevision des Kantonalbankgesetzes zugestimmt. Dieses ist per 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Der Kanton haftet für alle Verbindlichkeiten der Bank, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen (Staatsgarantie). Dieser Umstand birgt ein wesentliches finanzielles Risiko, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit momentan aber tief ist.
	Politisches Risiko	●	
Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)	Finanzielles Risiko	●	Das Jahr 2017 stand bei der BLPK ganz im Zeichen der Vorbereitungsarbeiten zur Anpassung der technischen Parameter per 1. Januar 2018. Hans Peter Simeon hat die Leitung der Pensionskasse per 1. Januar 2018 an Stephan Wetterwald übergeben. Die BLPK verfügt seit der Umsetzung der Reform 2014 über keine Staatsgarantie des Kantons mehr.
	Politisches Risiko	●	

Beteiligung	Ampelsystem	Kommentar
BVG- und Stiftungsaufsicht bei-der Basel (BSABB)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Fachhochschule Nordwest-schweiz (FHNW)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Flughafen Basel-Mulhouse (Eu-roAirport)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	▲
Fondation des Archives de l'an-cien Evêché de Bâle (AAEB)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Genossenschaft Stadion St. Ja-kob-Park	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Hardwasser AG	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Interkantonale Lehrmittelzentrale (ilz)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Interkantonale Polizeischule Hitz-kirch (IPH)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Kantonsspital Baselland (KSBL)	Finanzielles Risiko	▲
	Politisches Risiko	▲
Kraftwerk Augst AG	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●

Beteiligung	Ampelsystem	Kommentar
Kraftwerk Birsfelden AG	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
MCH Group AG	Finanzielles Risiko	▲
	Politisches Risiko	▲
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
NSNW AG	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
ProRhenno AG	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Psychiatrie Baselland (PBL)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel (SRG Region Basel)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Regionales Heilmittelinspektorat (RHI NWCH)	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	●
Schweizer Salinen AG	Finanzielles Risiko	●
	Politisches Risiko	▲
Schweizerische Nationalbank (SNB)	Finanzielles Risiko	▲
	Politisches Risiko	●

Beteiligung	Ampelsystem		Kommentar
Schweizerische Rheinhäfen (SRH)	Finanzielles Risiko	●	Das Eigenkapital und die flexible Baurechtsverzinsung sind derzeit keinem erhöhten Risiko ausgesetzt.
	Politisches Risiko	●	
Schweizerischer Bibliotheksdienst	Finanzielles Risiko	●	Keine besonderen Vorkommnisse
	Politisches Risiko	●	
Schweizerisches Tropen- und Public Health Institut (Swiss TPH)	Finanzielles Risiko	●	Die gemeinsame Trägerschaft des Swiss TPH durch die Kantons BL und BS ist 2017 gut gestartet.
	Politisches Risiko	●	
SelFin Invest AG	Finanzielles Risiko	●	Keine besonderen Vorkommnisse
	Politisches Risiko	●	
Sozialversicherungsanstalt Baselland (SVA)	Finanzielles Risiko	●	Zentrales Thema für die SVA im Jahr 2017 war mit der Bundesvorlage zur AHV 2020 das umfassendste Reformvorhaben in der Altersvorsorge, welches am 24. September 2017 von der Schweizer Stimmbevölkerung verworfen wurde. Der Abstimmung vorausgegangen waren rund zwei Jahre Vorbereitungszeit mit Projekten zu Schwerpunkten wie Rechtsgrundlagen, Informatiksysteme, Organisation und Arbeitsprozesse.
	Politisches Risiko	●	
Stiftung interkantonale Försterschule	Finanzielles Risiko	●	Keine besonderen Vorkommnisse
	Politisches Risiko	●	
SWISSLOS	Finanzielles Risiko	●	Keine besonderen Vorkommnisse
	Politisches Risiko	●	
Switzerland Innovation Park Basel Area AG (SIP AG)	Finanzielles Risiko	●	Auf der Basis des früheren Trägervereins wurde eine nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft, die Switzerland Innovation Park Basel Area AG mit Sitz in Allschwil (BL), gegründet.
	Politisches Risiko	●	
Universität Basel	Finanzielles Risiko	●	Zwar wurde inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht der Anspruch auf die Grundbeiträge durch den Bund inhaltlich bestätigt, dennoch ist noch nicht abschliessend geklärt, ob das Risiko weiterhin bestehen bleibt. Die Finanzierung der Pensionskasse der Universität wurde in der Volksabstimmung gutgeheissen.
	Politisches Risiko	●	
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	Finanzielles Risiko	●	Aufgrund diverser Tarif-Faktoren (z. B. Anpassung TARMED) besteht das Risiko, dass auf das Eigenkapital zurückgegriffen werden muss, dieses geschmälert wird und die vorgesehene Gewinnausschüttung an die Kantone mind. vorübergehend wegfällt.
	Politisches Risiko	●	
Wasserversorgung Waldenburgerthal AG	Finanzielles Risiko	●	Unstimmigkeiten unter den Gemeinden zu diversen Themen bergen ein gewisses politisches Risiko, da der Kanton schlussendlich für den Vollzug des Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer zuständig ist
	Politisches Risiko	▲	

Dieser Bericht hat gegenüber der letztjährigen Version einige Neuerungen erfahren. Neben dem Umstand, dass der Beteiligungsbericht neu jährlich erscheinen wird, sind ebenso die Korrektur- und Änderungsvorschläge der Mitglieder der Finanzkommission zur Beratung des Beteiligungsberichts 2017 vom 8. November 2017 berücksichtigt:

- *Differenzierung in der Beurteilung:* Neben der Kategorisierung der Beurteilung der Risiken in "Kein Handlungsbedarf", "Risiken vorhanden" und "Sofortiger Handlungsbedarf" wird neu zwischen finanziellen und politischen Risiken unterschieden;
- *Zu positive Beurteilung der Risiken:* Mit der Differenzierung zwischen finanziellen und politischen Risiken steht eine zusätzliche Variable zur konkreteren Kommentierung der Risiken zur Verfügung;
- *Angabe der Vergütungen von Kantonsvertreter, welche nicht Angestellte des Kantons sind:* Eine entsprechende Anfrage beim Rechtsdienst des Regierungsrates hat folgende Antwort ergeben:
 - Falls die Beteiligung von sich aus die Bezüge publizieren möchte (siehe z.B. Basellandschaftliche Kantonbank), bestehen bezüglich der Offenlegung weniger Einschränkungen als bei einer auferlegten externen Pflicht.
 - Die Beteiligungen können nicht gezwungen werden, die Bezüge pro Person zu veröffentlichen. Möglich ist aber die Bekanntgabe der Zahlen ohne Nennung der Namen der Begünstigten. Für die Nennung der Bezüge pro Person ist, falls dies nicht freiwillig analog zur BLKB geschieht, eine Gesetzesgrundlage nötig.
 - Der Regierungsrat wählt, wo möglich, direkt die Kantonsvertreter in die strategischen Führungsorgane der Beteiligungen. Er ist somit auch Eigner der Information über die entsprechende Vergütung und könnte diese publizieren. Allerdings muss der Mandatsträger sich dazu äussern können und ist deshalb vor seiner Wahl entsprechend über die Veröffentlichung seiner Bezüge zu informieren.

Momentan werden nur die Bezüge der Kantonsvertreter, welche gleichzeitig Angestellte des Kantons sind, publiziert. Die Diskussion bezüglich der Angaben der Vergütungen von mandatierten Privatpersonen ist noch zu führen.

- *Darstellung der Risikobeurteilung:* Mit verschiedenen Symbolen soll sichergestellt werden, dass die Risikobeurteilung unabhängig von den Druckereinstellungen gelesen werden kann.
- *Link zu den Eigentümerstrategien:* Die Verweise zu den [Eigentümerstrategien](#) innerhalb dieses Berichts wurden jeweils mit der entsprechenden Seite auf der Homepage des Kantons verlinkt.

3 Ausgangslage

Zum vierten Mal nach den Jahren 2013 ([LRV 2013-446](#)), 2015 ([LRV 2015-280](#)) und 2017 ([LRV 2017-252](#)) erscheint hiermit der Beteiligungsbericht zu Handen des Landrats. Der hier vorliegende Beteiligungsbericht richtet sich nach § 15 der Verordnung zum Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGV) ([SGS 314.11](#)), wonach der Kanton neu einmal pro Jahr einen Beteiligungsbericht über sämtliche Beteiligungen verfasst. Der Beteiligungsbericht 2018 beinhaltet schwerpunktmässig die Berichterstattung über die Jahresrechnungen 2017.

3.1 Weiterentwicklung Beteiligungscontrolling

Mit der Landratsvorlage zum Beteiligungsmanagement ([LRV 2009-159](#)) legte der Regierungsrat 2009 die Instrumente des Landrats zur Wahrnehmung seiner Oberaufsichtsfunktion dar. Zudem erliess er am 2. Juni 2009 die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen und setzte sie

per 1. Juli 2009 in Kraft. Diese Verordnung setzte die Leitlinien für die Steuerung und die Arbeitsteilung bei der Betreuung sowie für die Berichterstattung der Beteiligungen fest.

Nachdem die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen über 4 Jahre gewirkt hatte, ordnete der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 12. November 2013 eine Auslegeordnung zum Thema Public Corporate Governance (PCG) an. Damit initialisierte er die Überarbeitung der bestehenden Verordnung unter Berücksichtigung der neusten Erkenntnisse aus Theorie und Praxis. Als Basis für die Beurteilung des Themas PCG wurden die in der Schweiz verfügbaren Theorien untersucht und Befragungen bei 11 Kantonen durchgeführt. Die aus der Analyse gewonnenen Erkenntnisse haben dazu geführt, dass die bestehende Verordnung komplett überarbeitet und in Form einer Richtlinie ausgestaltet wurde. Die sogenannte Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance) wurde per 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt.

Aufgrund der weiterhin wachsenden Bedeutung der "Public Corporate Governance" erachtete der Regierungsrat für bestimmte Grundsätze und Regelungen eine gesetzliche Grundlage als notwendig und legte dem Landrat im Herbst 2016 ein entsprechendes Gesetz über die Beteiligungen vor. Dieses schliesst nun die Lücke zwischen der Kantonsverfassung und der bereits gelebten Richtlinie. Das Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) ([SGS 314](#)) und dessen dazugehörige Verordnung (Verordnung zum Gesetz über die Beteiligungen, PCGV) ([SGS 314.11](#)) wurden per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt.

In die Erarbeitung des Gesetzes und der Verordnung flossen eigene Erfahrungen, Erkenntnisse aus anderen Kantonen und dem Bund, aktuelle Lehrmeinungen sowie parlamentarische Vorstösse ein. Neben der Definition der Beteiligungen legen Gesetz und Verordnung die Instrumente fest, die zur Steuerung der Beteiligungen verwendet werden. Basis dafür ist die [Eigentümerstrategie](#), die die Erwartungen und Zielsetzungen des Kantons für jede Beteiligung beschreibt. Weiter werden auch die Voraussetzungen einer kantonalen Vertretung im strategischen Führungsorgan definiert und die Oberaufsicht (Landrat) und Aufsicht (Regierungsrat) über die Beteiligungen geregelt.

Die Vorlage zum PCGG erfüllte die Anliegen von zwei Motionen:

- „Richtlinien ohne Grundlage in der Verfassung“ ([LRV 2015-010](#))
- „Die Rolle des Landrats als Oberaufsichtsorgan in Bezug auf die kantonalen Beteiligungen“ ([LRV 2015-126](#)).

Ausserdem setzte sie einen Teil der Forderungen der Initiative „Für einen unabhängigen Bankrat“ in allgemeiner Form für alle Beteiligungen um. Bankspezifische Forderungen sind in die separate Vorlage zur Änderung des Kantonalbankgesetzes ([SGS 371](#)) eingeflossen.

3.2 Definition einer Beteiligung

Gegenstand des vorliegenden Beteiligungsberichts sind sämtliche Institutionen, die unter die Definition gemäss § 2 des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) fallen:

"Das Gesetz gilt für Beteiligungen, die ausgelagerte Kantonsaufgaben erfüllen. Als Beteiligung im Sinne dieses Gesetzes gelten Institutionen in Form von öffentlich-rechtlichen Anstalten oder solche in einer Gesellschaftsform gemäss Obligationenrecht oder gemäss Spezialgesetz, bei welchen der Kanton Einfluss auf die Besetzung des strategischen Führungsorgans nehmen kann.

4 Beteiligungsübergreifende Informationen

4.1 Bestehende Berichterstattung zu den Beteiligungen

Neben dem vorliegenden Bericht existieren bereits eine Vielzahl von Informationen zu den Beteiligungen, welche dem Landrat in Einzelvorlagen unterbreitet werden und/oder im Internet verfügbar sind. Diese Informationsgrundlagen sind insbesondere:

- Jährliche Geschäftsberichte der Beteiligungen sowie Vorlagen oder parlamentarische Vorstösse;
- Änderungen im Beteiligungsportfolio, Geldflüsse an und von Beteiligungen sowie ein Beteiligungsspiegel im Jahresbericht (vgl. Jahresbericht 2017 resp. [LRV 2018-414](#) auf S. 54 ff. und 324 ff.);
- Beteiligungsspiegel im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018-2021 ([LRV 2017-250](#)) auf den Seiten 328 ff.;
- Jährlich aktualisierte Faktenblätter.

4.2 Beteiligungsportfolio und Leistungsaufträge: Stand per 31. Dezember 2017

Nachstehende Übersicht zeigt die wichtigsten Rechtsgrundlagen und Informationen über allfällige Leistungsaufträge sämtlicher Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft per 31. Dezember 2017 (alphabetisch sortiert). Jene Institutionen, die gemäss der bis am 31. Dezember 2017 geltenden Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance) als strategisch wichtig eingestuft wurden, sind in der Tabelle mit Fettschrift gekennzeichnet. Eine ausführliche Beschreibung der rechtlichen Grundlagen findet sich auf dem jeweiligen [Faktenblatt der Beteiligungen](#).

Tabelle 2: Rechtsgrundlage Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft

Nr.	Beteiligung	Fachdirektion	Rechtsgrundlage	Leistungsauftrag von bis	LRV
1	ARA Rhein AG	BUD	SGS 782 und 782.11	-	-
2	Autobus AG	BUD	SGS 480	2014-2017	2013-047
3	Baselland Transport AG	BUD	SGS 480 , 480.1 , 483.1 , 386.1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6	2014-2017	2013-047
4	Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	FKD	SGS 100 , SGS 350 , 350.11 , 350.111 / 112 / 113 / 115	2014-2018	RRB Nr. 0213 vom 11. Februar 2014
5	Basellandschaftliche Kantonalbank	FKD	SGS 100 , 371 , 371.1 , 371.11	-	-
6	Basellandschaftliche Pensionskasse	FKD	SGS 834 , 834.1 , 834.11 / 12 , 834.3	-	-
7	BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	SID	SGS 211.2	2016-2019	-
8	Fachhochschule Nordwestschweiz	BKSD	SGS 649.22	2018-2020	2017-221
9	Flughafen Basel-Mulhouse	VGD	SGS 486.21	-	-
10	Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	KB	LRV 97-064	-	-
11	Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	BUD	LRV 2004-165	-	-
12	Hardwasser AG	BUD	SGS 455 , LRV 2000-158	-	-
13	Interkantonale Lehrmittelzentrale	BKSD	SGS-SO 411.271	-	-
14	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	SID	SGS 700.13	-	-
15	Kantonsspital Baselland	VGD	SGS 930 , 930.122	2017-2019	2016-376
16	Kraftwerk Augst AG	BUD	SGS 494	-	-
17	Kraftwerk Birsfelden AG	BUD	SGS 493 , 493.1 / 2 , 493.21	-	-
18	Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	VGD	SGS 510	-	-
19	MCH Group AG	VGD	LRV 2000-067	-	-

Nr.	Beteiligung	Fachdirektion	Rechtsgrundlage	Leistungsauftrag von bis	LRV
20	Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	SID	SGS 481.5	-	-
21	NSNW AG	BUD	LRV 2007-176	-	-
22	ProRheno AG	BUD	SGS 783.31, 783.32, 783.33	-	-
23	Psychiatrie Baselland	VGD	SGS 930	2017-2019	2016-375
24	Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	BKSD	LRV 2004-085	-	-
25	Regionales Heilmittelinspektorat	VGD	SGS 951.5	-	-
26	Schweizer Salinen AG	FKD	SGS 381, 381.2 / 3 / 4, 382, 382.1 / 2	-	-
27	Schweizerische Nationalbank	FKD	BV SGS 101, NBG 951.11, NBV 951.131	-	-
28	Schweizerische Rheinhäfen	VGD	SGS 100, 421, 421.1	-	-
29	Schweizerischer Bibliotheksdienst	BKSD	LRV 1986-27	-	-
30	Schweizerisches Tropen- und Public Health Institut	BKSD	SGS 665.1	2017-2020	2015-405
31	SelfFin Invest AG	FKD	SGS 381, 381.2 / 3 / 4, 382, 382.1 / 2	-	-
32	Sozialversicherungsanstalt Baselland	FKD	SGS 831, 831.11, 833, 833.11, 838, 838.11, 838.111	2018-2022	-
33	Stiftung interkantonale Försterschule	VGD	SGS 570, 570.11	-	-
34	SWISSLOS	SID	SGS 543.3 / 4	-	2005-261
35	Switzerland Innovation Park	VGD	LRV 2015-448	2016-2018	
36	Universität Basel	BKSD	SGS 664.1, LRV 2006-179	2018-2021	2017-245
37	Universitäts-Kinderspital beider Basel	VGD	SGS 932.4, 930	2016-2018	2015-356
38	Wasserversorgung Waldenburgerthal AG	BUD	SGS 455	-	-

4.3 Beteiligungsportfolio: Zu- und Abgänge sowie Mutationen im 2017

Das Beteiligungsportfolio des Kantons Basel-Landschaft wies per Ende 2016 einen Bestand von 36 Beteiligungen auf. Folgende Veränderungen haben sich im Jahr 2017 ergeben:

Abgang

Swissmedic: Gemäss Art. 68 Heilmittelgesetz betreibt der Bund "unter Mitwirkung der Kantone das Institut [Swissmedic]". Das Institut ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Swissmedic ist eine Anstalt des Bundes. Die Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft am Dotationskapital des Schweizerischen Heilmittelinstituts Swissmedic ist daher faktisch als zinsloses Darlehen ohne Eigentumsrechte anzusehen. Zumindest kann der Kanton nicht an einer öffentlich-rechtlichen Anstalt beteiligt sein, deren Eigner alleine der Bund ist. Gemäss RRB Nr. 2068 vom 10. Dezember 2013 wird deshalb künftig auf ein Reporting und Faktenblatt zu Swissmedic verzichtet. Die Swissmedic erscheint somit nicht mehr im Beteiligungsspiegel.

Zugänge

Schweizerisches Tropeninstitut (Swiss Tropical and Health Institute, Swiss TPH): Das Swiss TPH ist eine bikantonale öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit dem Recht auf Selbstverwaltung im Rahmen des Staatsvertrags und des Leistungsauftrags der Regierungen der Vertragskantone (BS, BL). Mit dem Swiss TPH soll eine international führende Institution im Bereich der Tropenmedizin, Public Health und internationaler Zusammenarbeit gefördert werden, um die Wirtschaftsregion Basel langfristig zu stärken. Das Swiss TPH verpflichtet sich dem Grundsatz der Nachhaltigkeit sowohl in Forschung, Lehre und Dienstleistung als auch in der Betriebsführung. Es handelt nach ethischen Grundsätzen.

Regionales Heilmittelinspektorat (RHI): Das RHI ist ein Inspektorat der Kantone im Sinne von Art. 60 Abs. 3 Heilmittelgesetz (HMG) und erfüllt zu diesem Zweck die Anforderungen des nationalen und des für die Schweiz massgebenden internationalen Rechts. Die Durchführung von Inspektionen pharmazeutischer Hersteller, Grosshändler, Importeure, Exporteure und Vermittler von Arzneimitteln wird gemäss Art. 60 HMG durch Swissmedic den Inspektoraten der Kantone übertragen. Das RHI ist seit dem 1.1.2004 das entsprechende Inspektorat der nordwestschweizerischen Kantone Bern, Luzern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Aargau.

Switzerland Innovation Park Basel Area AG (SIP AG): Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat im Regierungsprogramm 2016 – 2019 die Stärkung der Innovationsförderung als ein zentrales Ziel festgelegt. Seit 2011 wurde das Projekt Switzerland Innovation Park Basel Area vom Verein SIP Basel Area getragen und laufend weiterentwickelt. Dieser wurde per Anfang 2017 in die SIP Basel Area AG gewandelt, welche materiell und formell alle Aktivitäten des Vereins übernommen hat. Derzeit sind die drei Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Jura Aktionäre der Gesellschaft. Die Öffnung des Aktionariats für die Wissenschaft und Privatwirtschaft ist in Vorbereitung. Der aktuelle Standort des SIP Basel Area befindet sich in Allschwil.

Per 31. Dezember 2017 führt der Kanton somit 38 Beteiligungen.

4.4 Personelle Änderungen

Aus nachstehender Übersicht gehen die Veränderungen im strategischen (SF) oder operativen Führungsorgan (OF) aus dem Jahr 2017 hervor:

Tabelle 3: Personelle Änderungen

Beteiligung	OF alt	OF neu	SF alt	SF neu
ARA Rhein AG	-	-	Renaud Spitz	Dr. Dieter Regnat
Autobus AG	-	-	Christof Hiltmann	Hansruedi Müller, Alfred Guggenbühl (ab GV 2018)
Baselland Transport AG	-	-	Christine Gorrengourt	Daniela Schneeberger (ab GV 2018)
Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	Bernhard Fröhlich	Sven Cattelan	-	-
Basellandschaftliche Kantonbank	Dr. Beat Oberlin	John Häfelfinger	-	-
Basellandschaftliche Pensionskasse	Hans Peter Simon	Stephan Wetterwald	-	-
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	-	-	Prof. Dr. Felix Martin Uhlmann (31.12.2017)	Dr. jur. Adrian Schaub (01.01.2018)
Fachhochschule Nordwestschweiz	Prof. Dr. Pascal Segginger	Prof. Dr. Agnes Fritze	-	- Dr. sc. techn., Dipl. Chem.-Ing. Ralf Dümpelmann, - Prof. Dr. Lukas Rosenthaler
Flughafen Basel-Mulhouse	-	-	RR Sabine Pegoraro Andreas Büttiker Jean Marie Bockel Eric Straumann	Thomas Kübler Raymond Cron Fabian Jordan Brigitte Klinkert

Beteiligung	OF alt	OF neu	SF alt	SF neu
Flughafen Basel-Mulhouse	-	-	RR Sabine Pegoraro Andreas Büttiker Thomas Sieber Jean Marie Bockel Eric Straumann	Thomas Kübler Raymond Cron Natacha Theytaz Fabian Jordan Brigitte Klinkert
Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	-	-	-	-
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	-	-	-	-
Hardwasser AG	-	-	RR Sabine Pegoraro, David Thiel	Drangu Sehu, Martin Eschle (ab GV 2018)
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Direktion und Geschäftsstelle: Direktor Hr. Marcel Gübeli	Direktion und Geschäftsstelle: Direktor Hr. Marcel Gübeli	Aufsichtsrat Präsidium: RR Stephan Schleiss, Bildungsdi- rektor Kanton Zug	Aufsichtsrat Prä- sidium: RR Ste- phan Schleiss, Bildungsdirektor Kanton Zug
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Esther Renggli (30.06.17)	David Notter (01.07.17)	-	-
Kantonsspital Baselland	-	-	-	-
Kraftwerk Augst AG	-	-	Ernst Frey, RR Sabi- ne Pegoraro, Matthe- as Bartholdi	Cédric Christ- mann, Ernst Werthmüller (ab GV 2018)
Kraftwerk Birsfelden AG	-	-	Urs Steiner	Tobias Andrist (ab GV 2018)
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	-	-	-	-
MCH Group AG	-	-	-	-
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	-	-	Isaac Reber (BL) Stephan Mathis (BL) Baschi Dürr (BS) (alle bis 31.03.18) Gerhard Lips (BS) (bis 30.06.17)	Peter Guggisberg (BL) Martin Ruf (BL) Marcel Allemann (BS) (Alle per 01.04. 18) Bernhard Frey (BS) (per 01.07.17)
NSNW AG	-	-	Jörg Krähenbühl, René Suter	Hansruedi Müller, Hanspeter Wyss (ab GV 2018)
ProReno AG	-	-	Michael Köhn	Katja Jutzi (ab 1.1.2018)
Psychiatrie Baselland	-	-	-	-
Regionales Heilmittelspektratorat NWCH AG	-	-	-	-
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	-	-	-	-
Schweizer Salinen AG	-	-	Rosmari Widmer Gysel	Dr. Cornelia Stamm Hurter
Schweizerische Nationalbank	-	-	-	-
Schweizerische Rheinhäfen	Michael Lyons	Daniel Kofmel	-	-
Schweizerischer Bibliotheksdienst	-	-	-	-

Beteiligung	OF alt	OF neu	SF alt	SF neu
Schweizerisches Tropen- und Public Health Institut	Stefan Mörgeli	Matthias Schmid		Dr. Andreas Burckhardt (Vorsitz, BL & BS) Prof. Dr. François Chapuis (BL) Dr. Doris Fellenstein Wirth (BL) PD Dr. Monika Wenk (BS) Prof. Dr. Didier Trono (BS) Prof. Dr. Sabina de Geest (BL) Joakim Rüeegger (BS) Christoph Tschumi (BS) Prof. Dr. Werner Zimmerli (BL)
SelFin Invest AG	-	-	-	-
Sozialversicherungsanstalt Baselland				
Stiftung interkantonale Försterschule	-	-	-	-
SWISSLOS	-	-	-	-
Switzerland Innovation Park Basel Area AG	-	-	-	-
Universität Basel	-	-	-	-
Universitäts-Kinderspital beider Basel	-	-	-	-
Wasserversorgung Waldenburgertal AG	-	-	-	-

4.5 Geldflüsse bei den Beteiligungen

Die Geldflüsse der Beteiligungen an den Kanton im Jahr 2017 schlagen mit jährlichen Einnahmen von ca. CHF 139 Mio. zu Buche.² Demgegenüber stehen die Geldflüsse vom Kanton an die Beteiligungen mit Ausgaben von ca. CHF 543 Mio. pro Jahr. Rund 70% der Beteiligungseinnahmen stammen von der Basellandschaftlichen Kantonalbank (CHF 60 Mio.) und von der Schweizerischen Nationalbank (CHF 39 Mio.). Auf der anderen Seite gehen rund 93% der Beteiligungsausgaben auf das Konto der Bildung (Universität Basel und FHNW, CHF 307 Mio.), der Spitalbetriebe (Kantonsspital Baselland und Psychiatrie Baselland, CHF 153 Mio.) sowie des öffentlichen Verkehrs (Baselland Transport AG und Autobus AG, CHF 42 Mio.). Der Jahresaufwand im Zusammenhang mit den Beteiligungen macht rund 19% des gesamten Verwaltungsaufwands (CHF 3.07 Mrd. gemäss Jahresrechnung 2017) aus. Der Anteil des jährlichen Ertrags im Zusammenhang mit den Beteiligungen am Verwaltungsertrag (CHF 3.14 Mrd. gemäss [Jahresrechnung 2017](#)) beläuft sich auf rund 4%.

Die Details zu den Geldflüssen bei den Beteiligungen sind im Beteiligungsspiegel im [Anhang](#) dieses Berichts ersichtlich.

4.6 Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen

Mit RRB Nr. 2148 vom 18. Dezember 2013 hat der Regierungsrat beschlossen, dass sämtliche Honorare, Spesen und Sitzungsgelder sowie sonstige Auszahlungen in bar durch alle dem Personalgesetz des Kantons Basel-Landschaft unterstehenden Mitarbeitenden sowie von den Mitgliedern des Regierungsrates dem Kanton abzuliefern sind.

² Siehe dazu auch Jahresrechnung 2017 ([LRV 2018-414](#))

Nachfolgende Übersicht zeigt die an den Kanton abgelieferten Mandatsvergütungen in CHF von den Beteiligungen für Kantonsvertretungen im Jahr 2017:

Tabelle 4: Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen in Beteiligungen

Mandate	Sachzu- ständige Direktion	Kantonsvertreter im stra- tegischen Führungsorgan	Honorar 2017 Auszahlung
Basellandschaftliche Gebäudeversiche- rung	FKD	Anton Lauber	22'000.00
Basellandschaftliche Kantonalbank	FKD	Anton Lauber	61'560.00
Basellandschaftliche Pensionskasse	FKD	Mike Bammatter	17'500.00
Flughafen Basel-Mulhouse	VGD	Thomas Kübler	1'500.00
Hardwasser AG	BUD	Sabine Pegoraro	5'508.00
Hardwasser AG	BUD	Achim Benthaus	4'968.00
Kraftwerk Augst AG	BUD	Sabine Pegoraro	10'071.00
Kraftwerk Birsfelden AG	BUD	Sabine Pegoraro	12'500.00
Kraftwerk Birsfelden AG	BUD	Anton Lauber	7'000.00
MCH Group AG	VGD	Thomas Weber	32'400.00
ProReno Betriebs AG	BUD	Michael Köhn	600.00
ProReno Betriebs AG	BUD	Drangu Sehu	600.00
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	BKSD	Mike Bammatter	240.00
Schweizer Salinen AG	FKD	Anton Lauber	11'507.00
Schweizerische Rheinhäfen	VGD	Thomas Weber	18'360.00
SelFin Invest AG	FKD	Mike Bammatter	1'080.00
Sozialversicherungsanstalt Baselland	FKD	Anton Lauber	11'200.00
Swisslos	SID	Isaac Reber	2'700.00
Universität Basel	BKSD	Monica Gschwind	20'000.00
TOTAL			241'294.00

4.7 Ausblick

Mit dem neuen [Gesetz über die Beteiligungen \(Public Corporate Governance, PCGG\)](#) wird folgende künftige Ausrichtung im Bereich des Beteiligungscontrollings angestrebt:

- Die Lücke zwischen Kantonsverfassung und den bisherigen Richtlinien soll geschlossen werden.
- Es erfolgt eine klare Trennung von Oberaufsicht und Aufsicht. Der Regierungsrat genehmigt alle Geschäfts- und Jahresberichte der strategisch wichtigen Beteiligungen. Der Landrat nimmt die Berichte der strategisch wichtigen Beteiligungen zur Kenntnis.
- Der Regierungsrat soll nur in Ausnahmefällen im strategischen Führungsorgan vertreten sein. Während bisher im Zweifelsfall eine Einsitznahme im strategischen Führungsorgan erfolgte, soll dies in Zukunft nur in begründeten Einzelfällen (d.h. bei strategisch wichtigen Beteiligungen und falls Vertreter anderer Kantone Einsitz im strategischen Führungsorgan nehmen) möglich sein. Diese Fälle sind in der jeweiligen [Eigentümerstrategie](#) zu vermerken.

Mit dem am 1. Januar 2018 in Kraft getretenen PCGG wird künftig ein Wandel im Umgang mit den Beteiligungen angestrebt. Einerseits sollen diese, wo nötig, mit dem Rückzug des Regierungsrats aus dem strategischen Führungsorgan entpolitisiert werden. Andererseits wird die Rollenverteilung

zwischen Landrat und Regierungsrat klar definiert. Zudem gelten als Beteiligung im Sinne dieses Gesetzes nur noch Institutionen in Form von öffentlich-rechtlichen Anstalten oder solche in einer Gesellschaftsform gemäss Obligationenrecht oder gemäss Spezialgesetz, bei welchen der Kanton Einfluss auf die Besetzung des strategischen Führungsorgans nehmen kann. Demzufolge werden Stiftungen, Vereine und Genossenschaften künftig nicht mehr als Beteiligungen geführt. Dies betrifft ab 1. Januar 2018 folgende bisherige Beteiligungen:

- Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle ;
- Genossenschaft Stadion St. Jakob
- Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel
- Schweizerischer Bibliotheksdienst
- Stiftung interkantonale Försterschule
- SWISSLOS.

Mit RRB Nr. 2018-73 vom 16. Januar 2018 beschloss der Regierungsrat, dass für die oben genannten Institutionen künftig die bisher verantwortlichen Direktionen für die Mandatierung der entsprechenden Vertreter zur Teilnahme an den Eigentümerversammlungen zuständig sind. Es erfolgt kein zentraler Beschluss mehr durch den Regierungsrat.

4.7.1 Auswirkungen des Postauto Schweiz-Skandals auf das Beteiligungscontrolling

Anfangs Februar 2018 wurde das Ergebnis von einer [Untersuchung des Bundesamts für Verkehr](#) veröffentlicht, wonach PostAuto Schweiz AG (PAG) zwischen 2007 und 2015 im abgeltungsberechtigten regionalen Personenverkehr aufgrund Gewinnverschiebungen CHF 78 Mio. unberechtigte Subventionen erhalten hat.

Die Lehren daraus werden sowohl bei der Ausarbeitung des Staatsbeitragsgesetzes als auch bei den IKS-Schlüsselkontrollen im Beteiligungscontrolling berücksichtigt. Der IKS-Prozess *Beteiligungscontrolling* wird bis Ende Jahr verabschiedet. Der Start zur Vernehmlassung zum Staatsbeitragsgesetz ist für September 2018 geplant.

4.7.2 Verkauf Landwirtschaftliche Trocknungsanlage (LTA AG)

Mit dem Ziel des Verkaufs beschliesst der Regierungsrat gemäss § 63 Absatz 1 Buchstabe b FHG den Transfer der Kantonsanteile an der Landwirtschaftlichen Trocknungsanlage (LTA AG) ins Finanzvermögen. Danach wird diese Institution nicht mehr als Beteiligung geführt.

Der Zweck der Landwirtschaftlichen Trocknungsanlage besteht in der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere die Trocknung landwirtschaftlicher Produkte durch Errichtung und Betrieb von Trocknungsanlagen. Aktuell steht die Auflösung der LTA AG im Fokus. Seitdem die LTA AG ihren Betrieb per Ende 2014 eingestellt, 2015 das Areal in Muttenz und die Trocknungsanlage in Aesch verkauft und 2016 das Baurecht der Betriebsstätte in Aesch an die Baurechtsgeberin, die CMS (Christoph-Merian Stiftung), zurückgegeben hat, musste sich der Verwaltungsrat im Berichtsjahr 2017 vorwiegend nur noch mit den Arealen in Böckten und Gelterkinden befassen. Die dortigen Parzellen sind mit langlaufenden Baurechten belegt, was den Kreis von potenziellen Erwerbern einschränkt. Der Verwaltungsrat hat deshalb eine spezialisierte Immobilienfirma beauftragt, die Grundstücke bestmöglich zu verkaufen. Er lässt sich vierteljährlich rapportieren, was der Stand der Dinge ist und wird so auf dem Laufenden gehalten. Der Verwaltungsrat ist zuversichtlich, dass es gelingt, einen Käufer zu finden, mit dem beidseits faire Konditionen ausgehandelt werden können. Das Ziel ist nach wie vor, nach diesem letzten Landgeschäft, die Liquidation der LTA AG einzuleiten. Zu diesem Zweck müssen die Aktien des Kantons vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen umgewidmet werden.

5 Strategisch wichtige Beteiligungen

Der Regierungsrat prüft nach § 3 Absatz 4 PCGG periodisch, mindestens einmal in jeder Legislaturperiode, welche Beteiligungen die Kriterien gemäss Absatz 3 erfüllen.

Die Intensität der Beteiligungssteuerung richtet sich nach der Grösse und Bedeutung der Beteiligung, der Möglichkeit der Einflussnahme durch den Kanton und dem Risiko sowie der darauf basierenden Einordnung in strategisch wichtige Beteiligungen und andere Beteiligungen (§ 3 Absatz 2 PCGG).

§ 3 Absatz 3 PCGG gibt die Definition einer strategisch wichtigen Beteiligung vor. Als strategisch wichtig gelten Beteiligungen, die mindestens 3 der folgenden Kriterien erfüllen:

- a. Überschreitung von 2 der nachstehenden Grössen in 2 aufeinander folgenden Geschäftsjahren:
 1. Bilanzsumme von CHF 20 Millionen;
 2. Umsatzerlös von CHF 40 Millionen;
 3. 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt.
- b. Mehrheitsbeteiligung des Kantons;
- c. politische Bedeutung gemäss Beschluss des Regierungsrates;
- d. potenzielles finanzielles Risiko.

Folgende Tabelle zeigt in der Übersicht die strategisch wichtigen Beteiligungen Ende 2017 und, ausgehend vom Resultat der Prüfung nach § 3 Absatz 3, für 2018:

Per 31.12.2017	Per 31.12.2018
Baselland Transport AG	Baselland Transport AG
Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	Basellandschaftliche Gebäudeversicherung
Basellandschaftliche Kantonbank	Basellandschaftliche Kantonbank
Basellandschaftliche Pensionskasse	Basellandschaftliche Pensionskasse
Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
	EuroAirport Basel-Mulhouse <i>(neu)</i>
Kantonsspital Baselland	Kantonsspital Baselland
Psychiatrie Baselland	Psychiatrie Baselland
Schweizerische Rheinhäfen	Schweizerische Rheinhäfen <i>(bisher)</i>
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Sozialversicherungsanstalt Baselland

Per 31.12.2017	Per 31.12.2018
Universität Basel	Universität Basel
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)

Der EuroAirport *Basel-Mulhouse* erfüllt zwar nicht alle nötigen Punkte gemäss § 3 Absatz PCGG, aber aufgrund der hohen Bewertung der politischen Bedeutung (u.a. Fluglärmdebatte) wird er ab 1.1.2019 als strategisch wichtige Beteiligung eingestuft.

Die bisher strategisch wichtige Beteiligung *Schweizerische Rheinhäfen* erreicht ebenso nicht alle nötigen Punkte für die Qualifikation zur strategisch wichtigen Beteiligung. Für die Weiterführung des Status Quo spricht aber ebenfalls die hohe Bewertung der politischen Bedeutung (u.a. Entwicklung des Hafensareals). Aus diesem Grund werden die Schweizerischen Rheinhäfen weiterhin als strategisch wichtige Beteiligung qualifiziert.

Alle anderen bisherigen strategisch wichtigen Beteiligungen erfüllen die Vorgaben gemäss PCGG.

Als Konsequenz ergeben sich folgende Punkte:

- Die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte beider oben genannten Beteiligungen müssen neben der Genehmigung durch den Regierungsrat (§ 9 Absatz 2 Buchstabe e PCGG) ebenso dem Landrat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden (§ 10 Absatz 2 Buchstabe c PCGG).
- Gemäss § 12 Absatz 1 PCGV führt der Kanton mindestens einmal jährlich ein Eigentümergespräch mit diesen Beteiligungen durch.

6 Einzelberichterstattung zu den Beteiligungen

In diesem Kapitel werden die Beteiligungen detaillierter kommentiert und erläutert. Die Beteiligungen sind gegliedert gemäss ihrer sachzuständigen Direktion. Die FGD ist verantwortlich für den Prozesslead, die Direktionen wiederum sind verantwortlich für den Inhalt sowie die Kommentierung zur Einzelberichterstattung.

6.1 Beteiligung, die der Landeskantlei zugeordnet ist

6.1.1 Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle (AAEB)

Fondation des Archives de l'ancien évêché de Bâle (AAEB)				
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der AAEB				
Aufgrund einer guten Kostenkontrolle konnte auch nach der Kürzung der Kantonsbeiträge eine ausgeglichene Erfolgsrechnung erzielt werden.				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	3	3	4	5
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	497'582	506'560	449'583	444'437
Ertrag	475'678	454'486	452'054	457'609
+ Gewinn/- Verlust	21'904	52'074	2'471	13'171
Beiträge BL in CHF	110'000	110'000	100'000	100'000
Kanton BE in CHF	165'000	165'000	150'000	150'000
Kanton BS in CHF	55'000	55'000	50'000	50'000

Kanton JU in CHF	165'000	165'000	150'000	150'000
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der AAEB				
Alle Kantonsbeiträge sind seit 2015 10% tiefer, entsprechend musste das Budget um rund CHF 50'000 reduziert werden. Die Kürzungen betrafen vor allem den Sachmittelaufwand.				
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung				
Der finanzielle Rahmen ist nach der Reduktion um 10% sehr eng gesteckt. D.h. es können keine grösseren Projekte (z.B. Gesamtdigitalisierung o.ä.) realisiert werden.				
<i>Diese Institution wird ab Inkrafttreten des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) per 1. Januar 2018 nicht mehr als Beteiligung geführt.</i>				
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht				
Für den Kanton BL steht im Zentrum die Erhaltung des sehr wichtigen Archivbestands (für das Laufental und das Birs-eck).				
Beteiligung im Landrat 2017				
Keine Geschäfte				

6.2 Beteiligungen, die der Finanz- und Kirchendirektion zugeordnet sind

6.2.1 Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)

Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der BGV
<p>Im Versicherungsbereich konnte insgesamt ein Gewinn erzielt werden. Eine starke positive Entwicklung ist bei den Kapitalerträgen im Versicherungsbereich festzustellen. Um die bisherige Abhängigkeit des Spartenergebnisses von den Kapitalerträgen abzubauen, wurden die Prämien (zum ersten Mal nach 16 Jahren) erhöht und das Versicherungsangebot ausgebaut. Diese Massnahmen haben zu einer erhöhten Konkurrenzfähigkeit geführt und zum Ziel selbsttragender Versicherungsbereiche beigetragen. Die Strategie 2021 der BGV sieht vor, dass alle Versicherungssparten selbsttragend sind.</p> <p>Der Jahresgewinn 2017 beträgt CHF 41.2 Mio. (Vorjahr: CHF 1.7 Mio.). Die grössten Rechnungs-Differenzen zum Vorjahr liegen beim Schaden- und Leistungsaufwand für eigene Rechnung (CHF -25.2 Mio.; Vorjahr CHF -42.2 Mio., damals geprägt durch diverse Unwetterereignisse wie z.B. Muttenz) sowie beim Ertrag aus Kapitalanlagen (CHF +42.3 Mio.; Vorjahr CHF +17.2 Mio.).</p> <p>Feuer- und Elementarschadenversicherung</p> <p>Der Schaden- und Leistungsaufwand auf eigene Rechnung war im 2017 mit CHF 12.4 Mio. deutlich tiefer als im 2016 (CHF 25.2 Mio.). Generell kann gesagt werden, dass man im 2017 auf ein „gutes Schadenjahr“ zurückblicken kann. Denn die Schäden in Höhe von CHF 12.4 Mio. liegen deutlich unter dem 10-Jahresdurchschnitt von CHF 16.8 Mio.</p> <p>Die Prämieinnahmen beliefen sich 2017 auf CHF 31.1 Mio. und sind damit etwas höher als im Vorjahr (CHF 30.4 Mio.).</p> <p>Wasserschadenversicherung</p> <p>Im Bereich der Wasserschadenversicherung ereigneten sich ebenfalls keine prägnanten Schadenereignisse. Dies führte dazu, dass die Schäden in Höhe von CHF 12.2 Mio. unter dem 10-Jahresdurchschnitt von CHF 12.1 Mio. liegen.</p> <p>Die Prämieinnahmen im 2017 von CHF 15.1 Mio. waren leicht tiefer als im Vorjahr (CHF 15.4 Mio.).</p> <p>Grundstückversicherung</p> <p>Wie schon bei der Feuer- und Elementarschadenversicherung und der Wasserschadenversicherung, ereigneten sich auch in der Grundstückversicherung keine speziellen Schadenereignisse. Mit CHF 0.5 Mio. liegen auch diese unter dem 10-Jahresdurchschnitt von CHF 1.1 Mio.</p> <p>Sonstige wichtige Entwicklungen</p>

- Überarbeitung/Prämienerhöhungen der Grundstückversicherung und Wasserschadenversicherung mit Wirkung ab 1. Januar 2018
- Überarbeitung der Grundstückversicherung sowie der Wasserschadenversicherung
- Implementierung des Brand- und Naturgefahrenpräventionsgesetzes (BNPG) per 1. Januar 2018
- Neues Corporate Design / Neue Corporate Identity

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	62	69	68	73
Versicherungskapital in Mia. CHF				
Feuer- / Elementarschaden	85.7	86.8	87.7	88.9
Wasserschaden	58.3	57.4	56.4	54.9
Schäden in % der Prämien				
Feuer und Elementar	23	17	83	40
Wasser	69	68	90	81
Jahresgewinn (-verlust) in Mio. CHF				
Feuer und Elementar	35.7	22.7	7.3	36.1
Wasser	7.4	3.8	0.9	5.2
Gebäude	2.0	1.0	-1.5	2.0
Intervention	0.1	1.2	-1.4	-0.1
Brandschutz	-0.6	0.1	0.3	-0.1
Elementarschadenprävention	-0.7	-0.5	-4.0	-1.5
Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	-0.1	0.0	0.0	-0.1
Bilanzsumme in Mio. CHF	634	658	675	722
Beiträge zum Brandschutz in TCHF	1'107	1'081	1'107	914
Subventionen Feuerwehr in TCHF	5'399	5'025	5'788	5'417

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BGV

- **Projektstart: Futuro:** Mit Futuro wird die bestehende Kernapplikation im Geschäftsbereich Versicherung über die nächsten Jahre abgelöst. Ebenfalls im Scope von Futuro sind weitere Kernapplikationen (z.B. Beitragswesen aus Prävention/Feuerwehr).
- **Projektstart: „Shourai“ 2023:** Innerhalb dieses Projektes soll die vollständige, nachhaltige und gesetzeskonforme Finanzierung der BGV als Gesamtunternehmen (Prävention, Feuerwehr und Versicherung) geklärt und umgesetzt werden.
- **Digitalisierung der BGV:** Der heutige Stand der Digitalisierung der BGV beträgt ca. 5 % bis 15 %. Mittels der Digitalisierungsstrategie sowie des Projektes „DIGI@BGV“ soll dieser Wert, bis Ende 2019, auf rund 50 % erhöht werden. Die Digitalisierungsvorhaben der BGV beziehen sich auf alle Geschäftsbereiche und haben inhaltlich/zeitlich eine starke Abhängigkeit zu den Projekten aus Futuro.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- **Internationale Entwicklungen:** Das Monopol wird immer wieder verteidigt werden müssen (Bsp. Dienstleistungsabkommen CH-EU).

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die BGV ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Liestal. Die BGV versichert die Gebäude und Grundstücke im Kanton Basel-Landschaft gegen Elementar- und Feuerschäden und erfüllt hoheitliche Aufgaben im Brandschutz, in der Elementarschadenprävention und im Feuerwehrwesen. Zudem bietet sie ihrer Kundschaft, durch den Abschluss einer Wasserschadenversicherung (SGS 350 §6 Absatz 3 Buchstabe n, 22 + 23), die Möglichkeit, das Gebäudewasserrisiko zusätzlich zu versichern. Die BGV betreibt im Auftrag des Kantons die Fachstelle für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (AS+GS). Die BGV leistet einen substantiellen Beitrag zur Vermeidung von Personenschäden und zur Reduktion finanzieller Risiken bei Gebäuden und Grundstücken von Grundeigentümern im Schadenfall.

Die Haftung des Kantons ist per Gesetz ausgeschlossen. Eine implizite Staatshaftung kann aber kaum ausgeschlossen werden (personelle Verflechtungen, Ernennung der Kontrollstelle, Kontrolle durch die Finanzkontrolle und die gesetzlich

verankerte Monopolstellung liefern genügend Ansatzpunkte für eine Begründung). Die BGV ist finanziell gut aufgestellt und dürfte auch die Folgen grösserer Elementarereignisse abdecken können (die finanzielle Tragkraft wird periodisch durch Externe geprüft). Eine allfällige Auflösung der Interkantonalen Risikogemeinschaft Elementar (IRG) würde temporär die Tragkraft der BGV reduzieren, ist zurzeit allerdings eher unwahrscheinlich. Bei einer Aufhebung der Monopolstellung bestünde das Risiko von nicht unerheblichen Mehrkosten für den Kanton.

Die festgelegten Ziele der Eigentümerstrategie wurden mehrheitlich erreicht. Die BGV ist momentan noch zu stark von Kapitalgewinnen abhängig, was sich unter anderem auch auf die Äufnung der notwendigen Höhe an Reserven auswirkt.

Beteiligung im Landrat 2017

09.02.2017	Interpellation	2017-067	Werbung für einen Monopolbetrieb?	Erledigt
23.05.2017	Vorlage	2017-040	Geschäftsbericht 2016 der Basellandschaftlichen Gebäudevversicherung (BGV)	Beschlossen

6.2.2 Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)

Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der BLKB

Das Geschäftsjahr 2017 knüpft an das gute Jahresergebnis von 2016 an. Dabei zeigen sich der Jahresgewinn und die Gewinnausschüttung an den Kanton unverändert. Die Zunahme des Geschäftsaufwands ist hauptsächlich auf Investitionen in die Filialtransformation und die Einzahlung ins Vorsorgewerk zurückzuführen. Der Geschäftsertrag ist durch ein tieferes Zinsengeschäft und gesteigertes Kommissionsgeschäft gekennzeichnet. Ein Volumenwachstum ist vor allem im Hypothekengeschäft (3.5%) zu verzeichnen. Der Eigenmitteldeckungsgrad konnte weiter gestärkt werden und beträgt 220.5%. Die Eigenkapitalrentabilität und die Leverage-Ratio betragen beide 9% und befinden sich somit auf solidem Niveau.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	650	639	657	673
Verpflichtungen aus Kundeneinlagen in Mio. CHF	15'257	15'443	15'730	16'690
Hypothekarforderungen in Mio. CHF	16'611	17'070	17'557	18'166
Jahresgewinn in Mio. CHF	115.8	130.4	133.6	133.3
Bilanzsumme in Mio. CHF	21'492	23'178	23'689	24'212
Total Ausschüttung an den Kanton inkl. Abgeltung Staatsgarantie in Mio. Fr. und Verzinsung Dotationskapital	54.0	59.9	60.0	60.0
Tier 1 Ratio	19.0%	19.2%	19.9%	20%
Cost-Income-Ratio	44.15%	42.38%	44.04 %	48.10%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLKB

Im Rahmen der Geschäftsstrategie 2017-2022 möchte die BLKB den Ausbau des Kerngeschäfts (Geschäft mit Privatkunden mit Vermögen unter CHF 500'000) vorantreiben. Durch die Vernetzung der Geschäftsbereiche möchte die BLKB als Teambank auftreten und sich als Hauptbank bei den bestehenden Kundinnen und Kunden profilieren. Dieser Gedanke wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem in Form von Teamzielen und transparenten Teamperformances weitergegeben. Ergänzend zum Kerngeschäft werden beispielsweise Konsortialgeschäfte und die Betreuung von HNWI (High Net Worth Individuals) weiter verfolgt. Ausserdem werden unterstützend zum Kerngeschäft Investitionen in Innovationen wie beispielsweise die digitale Vermögensverwaltung Digifolio getätigt. Der Bereich "Innovation und Unternehmensentwicklung" soll in fünf Jahren 5%-10% zum Geschäftsertrag beisteuern.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Mässiges Wachstum, tiefe Inflation und Währungskapriolen werden schwierige Rahmenbedingungen. Neben der tech-

nisch anspruchsvollen Steuerung der Geldpolitik wird mittelfristig auch die Rückführung der überdimensionierten Bilanzen der Notenbanken ein Thema werden müssen. Externe Ereignisse erzeugen zusätzlich Volatilität. Dazu gehören die ungelöste EU-Schuldenkrise und Spekulationen um einen Austritt einzelner Länder, Turbulenzen auf den Finanzmärkten und schwierige Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über bilaterale Abkommen und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die BLKB ist in erster Linie im Kredit- und Zinsgeschäft tätig. Entsprechend finden sich die grössten Risiken für den Kanton als Haupteigentümer in diesem Bereich. Dabei gilt zu unterscheiden zwischen einem Kreditausfall im grösseren Stil (wie dies bei der Berner oder Genfer Kantonalbanken in der Vergangenheit vorgefallen ist) und dem Zinsänderungsrisiko, welches die Marge / den Gewinn der BLKB schmälert. Bei ersterem wäre der Kanton aufgrund seiner Staatsgarantie stark betroffen und müsste wohl entsprechendes Kapital einschliessen (vergleiche auch hier die Fälle Berner und Genfer Kantonalbank). Im zweiten Fall wäre tendenziell eher die Ausschüttung der BLKB an den Kanton tangiert. Neben dem Kredit- und Zinsgeschäft ist das Thema Compliance nach wie vor von zentraler Bedeutung.

Die Einhaltung von nationalen und internationalen Gesetzen und Vorschriften ist zentral, eine Missachtung kann enorme Auswirkungen auf das Geschäft und den Eigentümer haben (als Beispiel hierfür kann die Bank Wegelin aufgeführt werden). Aus momentaner Betrachtung sind die oben aufgeführten Risiken zwar vorhanden und haben insbesondere im Bereich eines Kreditausfalls auch substantielle Bedeutung. Aufgrund der momentanen Lage an den Finanzmärkten, der Ausgestaltung der Bilanz der BLKB sowie der Wachstumszahlen des Kreditgeschäfts ist das Risiko momentan jedoch als gering zu betrachten. Dies widerspiegelt sich auch im momentanen Stand Alone (ohne Staatsgarantie des Kanton BL) Rating von S&P, welches mit A+ einen sehr hohen Wert in der momentanen Bankenlandschaft darstellt. Gleiches gilt für den Bereich Compliance. Hier ist die Bank momentan sehr gut aufgestellt, mit den entsprechenden internen Kontroll- und Compliance-Vorschriften. Es gilt aber aufgrund der schnellen Zyklen der Finanzbranche, die Risiken laufend zu überwachen und entsprechend neu zu beurteilen.

Die festgelegten Ziele wurden mehrheitlich erreicht, im Bereich des Eigenkapitaldeckungsgrads besteht noch Diskussionsbedarf über die Vorgabe des Kantons zur Erreichung eines Zieldeckungsgrads.

Beteiligung im Landrat 2017

24.01.2017	Vorlage	2017-034	Verlängerung der Behandlungsfrist der formulierten Gesetzesinitiative «Für einen unabhängigen Bankrat»	beschlossen
25.04.2017	Vorlage	2017-153	Jahresabschluss 2016 der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB)	beschlossen
18.08.2017	Interpellation	2017-192	Divestment	erledigt

6.2.3 Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)

Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der BLPK

Das Jahr 2017 stand bei der BLPK ganz im Zeichen der Vorbereitungsarbeiten zur Anpassung der technischen Parameter per 1. Januar 2018. Diese Anpassung ist Folge der stetig zunehmenden Lebenserwartung und der für die kommenden Jahre bescheidenen Renditeaussichten an den Kapitalmärkten. Aus diesem Grund beschloss der Verwaltungsrat Ende 2016, den technischen Zinssatz von 3.00% auf 1.75% zu senken. Der Umwandlungssatz wird ab 2019 bis 2022 schrittweise von derzeit 5.80% mit Alter 65 auf 5.00% reduziert.

Erfreulich ist das Anlageergebnis der BLPK für das Jahr 2017. Mit einer Vermögensrendite von 8.2% (Vorjahr: 3.9%) liegt der Wert weit über den Prognosen und den Vorjahresresultaten. Dieses Anlageergebnis lässt für die meisten Vorsorgewerke nicht nur eine ansprechende Verzinsung zu, sondern wirkt sich auch positiv auf den Deckungsgrad aus. Der konsolidierte Deckungsgrad der BLPK hat sich im Verlauf des Jahres 2017 von 103.0% auf 107.1% erhöht (Stichtag 31. Dezember). Dafür wird die Senkung des technischen Zinssatzes per 1. Januar 2018 bei allen Vorsorgewerken im laufenden Jahr eine massgebliche Reduktion des Deckungsgrads zur Folge haben.

Neben den Mitarbeitenden des Kantons Basel-Landschaft versichert die BLPK das Personal zahlreicher weiterer Arbeitgebender. Am 31. Dezember 2017 belief sich die Zahl der angeschlossenen Arbeitgebenden auf 206 (Vorjahr 208).

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende (Personalbestand)	28	27	27	29
Anzahl Versicherte <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	23'919 -0.1%	24'555 +2.7% ³	24'653 +0.4%	25'006 +1.4%
Versicherte Jahrelöhne in Mio. CHF <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	1'366 +0.2%	1'402 ³ +3.0%	1'402 0.1%	1'423 +1.5%
Deckungsgrad konsolidiert (per Ende Jahre)	110.0%	101.3%	103.0%	107.1%
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+) vor Reservebildung in TCHF	2'102'266	-713'473	136'834	431'553
Bilanzsumme in TCHF	8'650	8'687	8'939	9'673
Tarif und techn. Zinssatz (Leistungsprimat)	EVK 2000; 4.0%			
Tarif und techn. Zinssatz (Beitragsprimat)		VZ 2010 ; 3.0 %	VZ 2010 ; 3.0 %	VZ 2010 ; 3.0%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLPK

Auch das Jahr 2018 wird ganz im Zeichen der vom Verwaltungsrat beschlossenen Anpassungen des technischen Zinssatzes und des Umwandlungssatzes stehen. Einerseits gilt es, diverse Änderungen in den Reglementen der BLPK vorzunehmen. Andererseits werden die neuen Vorsorgepläne der einzelnen vorhandenen Anschlüsse bzw. Vorsorgewerke in der Verwaltungssoftware abzubilden sein.

Beim weltwirtschaftlichen Ausblick für das Jahr 2018 halten sich Chancen und Risiken die Waage. Einerseits könnte der Aufschwung, gemessen an den Frühindikatoren, noch stärker ausfallen und länger andauern als in der Prognose. Dies könnte auch mit einer weiteren Abwertung des Schweizer Frankens einhergehen. Beides käme einem zusätzlichen Impuls für die Schweizer Wirtschaft gleich. Andererseits sind die internationalen politischen Risiken weiterhin bedeutend. Dies betrifft insbesondere den Konflikt um Nordkorea, die schwierige Regierungsbildung in Italien sowie bestehende Unklarheiten bei der Umsetzung des Brexit. Sollten diese Risiken zunehmen (z.B. weil sich der Konflikt um Nordkorea verschärft) oder sich teilweise materialisieren, könnte der Schweizer Franken wieder vermehrt unter Aufwertungsdruck geraten und die Schweizer Exporte bremsen.

Eine beträchtliche Unsicherheit geht auch von der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik und der anvisierten Steuerreform aus, deren Nettoeffekt auf die Schweizer Wirtschaft schwer abzuschätzen ist. Während sich die Steuerreform zumindest kurzfristig positiv auf das Wachstum in den USA und damit tendenziell auch auf die Nachfrage nach Schweizer Exporten auswirken sollte, könnte es aufgrund der günstigeren US-Besteuerung zu Firmenverlagerungen von der Schweiz in die USA kommen, mit negativen Auswirkungen auf das Schweizer Wachstum.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Durch das politische Scheitern der Altersvorsorge 2020 bleibt der Reformstau in der Altersvorsorge hoch. Der Bundesrat sieht vor, die 1. Säule getrennt von der 2. Säule zu reformieren und dabei die AHV zuerst behandeln zu wollen.

Das aktuell und auch zukünftig schwierige Anlageumfeld für institutionelle Anleger wie auch die stetig zunehmende Lebenserwartung bleiben für eine Pensionskasse die grössten Herausforderungen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Aus Arbeitgebersicht stehen die Folgen der Senkung des technischen Zinssatzes und Umwandlungssatzes im Zentrum des Interesses. Der Beschluss der BLPK, den technischen Zinssatz per 1. Januar 2018 und den Umwandlungssatz per 1. Januar 2019 zu senken, führt innerhalb des Vorsorgewerks "Kanton" per 1. Januar 2018 zu einer Unterdeckung. Die dafür benötigten Rückstellungen wurden bereits mit der Jahresrechnung 2016 gebildet. Der Umgang mit einer allfälligen Differenz zwischen den Rückstellungen und der tatsächlichen Unterdeckung per massgebendem Stichtag 31. Dezember 2018 im Vorsorgewerk "Kanton" wird aktuell mit der Finanzkontrolle Baselland eruiert. Der Landrat hat die vom Regierungsrat vorgeschlagene Dekretsänderung (Projekt TeZUS - **T**echnischer **Z**inssatz und **U**mwandlung**S**atz) am 30. Mai 2018 beschlossen.

³ Bis 2014 nur Vollversicherte, ab 2015 Voll- und Risikoversicherte

Nach der Anpassung der versicherungstechnischen Parameter (siehe oben) konzentriert sich aus Trägersicht das mittelfristige Risiko aufgrund des nach wie vor historisch tiefen Zinsniveaus und der damit verbundenen tiefen Renditeprognosen sowie der steigenden Lebenserwartung auf die Entwicklung der Vermögensanlagen der Pensionskasse. Dementsprechend wird die Vermögensverwaltung eine grosse Herausforderung für die Pensionskasse darstellen.

Die mit der Eigentümerstrategie formulierten Ziele wurden erreicht.

Beteiligung im Landrat 2017

30.05.2017	Vorlage	2017-204	Geschäftsbericht 2016 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK)	genehmigt
01.06.2017	Postulat	2017-210	Basellandschaftliche Pensionskasse. Neu privatrechtlich organisiert.	überwiesen
01.06.2017	Interpellation	2017-211	Basellandschaftliche Pensionskasse und Finanzierung von Kriegsgeschäften	beantwortet
18.08.2017	Interpellation	2017-192	Divestment	erledigt
30.11.2017	Vorlage	2017-625	Änderung des Pensionskassendekrets: Massnahmen des Kantons Basel-Landschaft in Folge der Reduktion des technischen Zinssatzes und des Umwandlungssatzes	beschlossen

6.2.4 Schweizer Salinen AG

Schweizer Salinen AG

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der Schweizer Salinen AG

Die starke Nachfrage nach Auftausalz infolge der winterlichen Extremverhältnisse im Januar und Dezember führte 2017 zu einem markanten Erlösanstieg von CHF 99.7 Mio. im Vorjahr auf CHF 127.7 Mio. im Berichtsjahr. Der Betriebsertrag auf Konzernebene beträgt CHF 100.1 Mio. (Vorjahr CHF 89.9 Mio.).

Der Betriebsaufwand inklusive Abschreibungen beläuft sich auf CHF 75.9 Mio. (Vorjahr: CHF 76.7 Mio.).

Das EBIT verdoppelte sich nahezu gegenüber dem Vorjahr. Der nennenswerte Anstieg von CHF 13.2 Mio. auf CHF 24.2 Mio. lässt sich auf die bereits erwähnten stark angestiegenen Auftausalzverkäufe anfangs und Ende 2017 zurückführen.

Mit CHF 4.7 Mio. wurden gegenüber dem Vorjahr (CHF 2.9 Mio.) mehr laufende und latente Ertragssteuern gebucht. Davon profitieren neben dem Bund auch die Kantone Baselland, Basel-Stadt sowie der Aargau und Waadt (Standort Salinenbetrieb Bex).

Somit beläuft sich der Unternehmensgewinn 2017 auf CHF 17.9 Mio. (Vorjahr CHF 12.8 Mio.).

Die Preisgestaltung im Zusammenhang mit der Vergütung der Vorhalteleistung (Versorgungssicherheit) wurde mit dem Preisüberwacher diskutiert. Es wurde ein Rückerstattungsmodell basierend auf einem maximalen Gewinn festgelegt. Hierzu wurde mit der Preisüberwachung eine Einvernehmliche Regelung abgeschlossen (erstmalig 2014 und mit deren Ablauf zeitlich unmittelbar eine zweite 2018).

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	202	210	203	205
Gewinn / Verlust in TCHF	+4'988	+16'600	+14'030	+20'017
Zahlungen an BL in TCHF.	566	295	498	545
Bilanzsumme in TCHF.	92'513	103'439	108'534	134'767
Eigenfinanzierungsgrad	54%	62%	62%	59%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	81.4%	103.6%	122.2%	128.9%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	125.4%	147.4%	171.0%	186.8%
Liquiditätsgrad II	86.3%	222.2%	277.5%	314.1%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Schweizer Salinen AG

- Erschliessung neuer Bohrfelder in den Kantonen Basel-Landschaft (Schweizerhalle) und Aargau (Riburg, Rheinfelden).
- Planung der Salinen und der Rohstoffbeschaffung bis ins Jahr 2075
- Verlängerung der Konzessionen in den Kantonen BL und AG.
- Projektierung Ersatz Kleinwasserkraftwerk in Bex.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

In der Europäischen Union ist der Salzhandel grösstenteils liberalisiert. Der Salzhandel ist Teil des europaweit geschaffenen Binnenmarkts. Die Versorgungslage in Europa mit Salzprodukten ist grundsätzlich gut (mit Ausnahme von Versorgungsengpässen in überdurchschnittlich kalten und nassen Wintern, insgesamt gilt es eine Verknappung von hochwertigem Siedesalz zu vermerken). Eine inländische Produktion und somit Sicherung der Versorgung der Schweiz mit Salz ist somit auch in Zukunft wertvoll. In der Schweiz wird das Salzregal hinterfragt, jedoch ist keine Aufhebung des Salzregals absehbar. Zunehmend aufwändiger gestaltet sich die Sicherstellung der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Salzförderungsgrundstücke aufgrund veränderter gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Auf die Probebohrungen auf der Rütihard in Muttenz reagiert die betroffene Bevölkerung mit Widerstand. Der Kanton ist mit Regierungsrat Dr. Anton Lauber im Verwaltungsrat der Schweizer Salinen vertreten.

Die Ziele der Eigentümerstrategie wurden erreicht.

Landratsgeschäfte 2017

Keine Geschäfte

6.2.5 Schweizerische Nationalbank AG

Schweizerische Nationalbank AG
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der Schweizerischen Nationalbank AG

Die Jahresrechnung der Nationalbank weist im Jahr 2017 einen Gewinn in der Höhe von CHF 54.4 Mrd. nach einem Gewinn von CHF 24.5 Mrd. im Vorjahr auf. Hauptgrund für das positive Ergebnis waren die Gewinne in der Höhe von CHF 49.7 Mrd. auf den Fremdwährungspositionen und von CHF 3.1 Mrd. auf dem Goldbestand. Die Zuweisung an die Rückstellungen für Währungsreserven beträgt CHF 5 Mrd. Nach Berücksichtigung der Ausschüttungsreserve von CHF 20.0 Mrd. resultiert ein Bilanzgewinn von CHF 69.3 Mrd. Dies ermöglicht eine Dividendenzahlung in der Höhe des gesetzlich festgelegten maximalen Betrags von CHF 15 pro Aktie sowie eine Gewinnausschüttung an den Bund und die Kantone von CHF 2.0 Mrd. (Kanton BL: CHF 39 Mio.) Die Ausschüttungsreserve beträgt nach Gewinnverwendung CHF 67.3 Mrd.

Die Ausgabe der neuen Banknotenserie verlief plangemäss. Nach der Emission der 50-Franken-Note im April 2016 emittierte die Nationalbank im Mai 2017 die 20-Franken-Note und im Oktober die 10-Franken-Note. Auch diese Notenwerte wurden von der Bevölkerung und in Fachkreisen positiv aufgenommen. Im August 2018 wird die Nationalbank als nächsten Wert die neue 200-Franken-Note ausgeben.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	764	782	795	826
Gewinn in Mrd. CHF	38.3	-23.3	24.5	54.4
Bilanzsumme in Mio. CHF	561'202	640'152	746'502	843'306
Leistung an BL in Mio. CHF	0	46	23	39

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Schweizerischen Nationalbank AG

Das Ergebnis der Nationalbank ist überwiegend von der Entwicklung der Gold-, Devisen- und Kapitalmärkte abhängig. Daher muss mit sehr stark schwankenden Quartals- und Jahresergebnissen gerechnet werden. Aufgrund der hohen Volatilität ihrer Ergebnisse kann nicht ausgeschlossen werden, dass Ausschüttungen in bestimmten Jahren vollständig

ausgesetzt werden müssen oder nur in reduziertem Umfang vorgenommen werden können.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Im Jahr 2017 gewann die Erholung der Weltwirtschaft an Schwung. Auch in Europa verstärkte sich das Wachstum. Nach einer verhaltenen Entwicklung zu Beginn des Jahres nahm die Konjunktur auch in der Schweiz zusehends Fahrt auf. Die Auslastung der Produktionskapazitäten stieg, und die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte sich. Das insgesamt günstige internationale Konjunkturmilieu führte dazu, dass Anlagen in Franken in der zweiten Jahreshälfte spürbar weniger gesucht waren. Der Franken schwächte sich vor allem gegenüber dem Euro ab. Der damit verbundene Abbau der deutlichen Überbewertung des Frankens brachte der Wirtschaft eine erwünschte Entlastung. Der anhaltende strukturelle Wandel stellte einige Branchen aber weiterhin vor grosse Herausforderungen.

Die Teuerung stieg leicht an und bewegte sich während des ganzen Jahres im Bereich, den die Nationalbank mit Preisstabilität gleichsetzt. Die Auslastung der Wirtschaft lag aber immer noch unter dem langfristigen Durchschnitt. Der Negativzins auf den Sichtguthaben bei der Nationalbank wie auch die Bereitschaft, bei Bedarf am Devisenmarkt zu intervenieren, waren unverändert notwendig, um angemessene monetäre Bedingungen zu gewährleisten.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die grosse Unsicherheit über die künftige Gewinnerwartung birgt für den Kanton das Risiko, dass budgetierte Gewinnausschüttungen nicht erfolgen.

Die Ziele der Eigentümerstrategie wurden aus Sicht des Kantons erreicht.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.2.6 SelfFin Invest AG

Über die SelfFin Invest AG erfolgt die Sicherstellung der Finanzierung von grossen Investitionsprojekten der Schweizer Salinen AG.

Auf eine Einzelberichterstattung für die SelfFin Invest AG wird verzichtet, diesbezüglich wird auf die Einzelberichterstattung für die Schweizer Salinen AG verwiesen.

6.2.7 Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)

Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)

Beurteilung Geschäftsjahre 2017: wichtige Entwicklungen bei der SVA

Insgesamt war das Jahr 2017 ein erfreuliches Geschäftsjahr der SVA. Das Gesamtergebnis fällt um 11% höher aus als geplant. Über alle Rechnungskreise wurden im Vergleich zum Budget die Kosten leicht unterschritten (1.4%) und die Erträge deutlich überschritten (21.7%). Die budgetierten Verwaltungskosten für die Abwicklung der EL und IPV konnte genau eingehalten werden. Im Rahmen der Gewinnverwendung wurde eine ausserordentliche Abschreibung auf die Liegenschaft in Höhe von CHF 1.4 Mio. vorgenommen.

Die AHV-/IV-/EO-Beiträge blieben 2017 gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Bei den Leistungen nahmen die Alters- und Hinterlassenenrenten Demographie bedingt weiter leicht zu. Demgegenüber nahmen die EL (konkret die EL zur IV) deutlich ab, was auf die Einführung des Behindertenhilfegesetzes (BHG) per 2017 zurück zu führen ist. Der Verwaltungsaufwand für den Kanton konnte konstant gehalten werden. Dies obwohl diverse gesetzliche Neuerungen umzusetzen und vorzubereiten waren (BHG, EL-Obergrenze, IPV Junge Erwachsene) und der fallbezogene Bearbeitungsaufwand v.a. in den EL weiter zunimmt. Mit einem kleinen Gewinn in der Grössenordnung der Vorjahre präsentiert sich die Rechnung wiederum ausgeglichen.

Die Zahl der Mitarbeitenden ist gegenüber dem Vorjahr um 14 angestiegen, wobei die Vollzeitstellen um lediglich 3.5 Stellen zunahm. Darin enthalten sind 2.5 Stellen für die per 2018 neu übernommene Aufgabe der "Fachlichen Abklärungsstelle BHG".

In fachlicher Hinsicht war die Altersvorsorge 2020 im vergangenen Jahr das dominierende Thema. Wie in allen be-

troffenen Durchführungsorganen der 1. Säule bedeutete die Vorlage auch für die SVA BL rund 2 Jahre intensiver, umfangreicher Projektarbeiten zur Vorbereitung einer termingerechten Umsetzung im Falle einer Annahme der Vorlage durch die Stimmbevölkerung.

Die Entwicklung der Ausgaben für die Ergänzungsleistungen gibt unvermindert Anlass zur Sorge – sowohl auf Ebene Bund wie in den Kantonen. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Vorlage des Bundes über die Reform der EL hat daher die SVA eine detaillierte Stellungnahme erarbeitet, in der diverse Ansätze aufgezeigt / gefordert wurden, welche über die Vorstellungen des Bundes hinausgehen. Der Stand der Diskussionen im Rahmen des Differenzbereinigungsverfahrens in den Räten lässt vermuten, dass von diesen Vorschlägen kaum etwas aufgenommen wird.

Der vom Landrat im Juni 2017 getroffene Entscheid, im Kanton für EL-Beziehende, die in Alters- und Pflegeheimen (APH) oder in Spitälern leben, ab 2018 eine Obergrenze für die anrechenbaren Heimgewerbesteuer (kurz EL-Obergrenze) einzuführen, löste ein anspruchsvolles Projekt zur fristgerechten Umsetzung der gesetzlichen Neuerung im Vollzug per 01. Januar 2018 aus.

Es gelang im Bereich IV-Stelle der SVA BL die erfreulichen Zahlen der Vorjahre bei der beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung zu bestätigen. 1'123 Personen konnten im letzten Jahr dem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Mehrere Gerichtsentscheide mit Einfluss auf die Abklärungs- und/oder Entscheidpraxis der IV-Stellen sind ergangen. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strasbourg führte z.B. dazu, dass die rechtlichen Bestimmungen bei der Festlegung des Invaliditätsgrads bei Teilerwerbstätigen abgeändert werden mussten. Die insgesamt gesprochenen Neurenten erhöhen sich im Vorjahresvergleich von 806 auf 910.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	247	247	250	264
Beiträge AHV in Mio. CHF	302.9	301.2	298.6	299.3
Beiträge ALV in Mio. CHF	52.0	52.7	52.2	52.7
Renten AHV in Mio. CHF	576.1	589.8	601.0	611.0
Renten IV in Mio. CHF	109.1	107.0	104.6	104.8
EL AHV in Mio. CHF	106.3	111.3	110.9	110.8
EL IV in Mio. CHF	89.8	93.5	93.5	67.2
Individuelle Prämienverbilligung in Mio. CHF	115.6	114.0	111.0	117.0
Verwaltungsaufwand BL für Vollzug Prämienverbilligung und Ergänzungsleistung	6.65	6.30	6.50	6.50
Erträge in Mio. CHF	13.79	13.98	13.47	12.97
Aufwand in Mio. CHF	13.76	13.93	13.42	12.91
Gewinn/Verlust in Mio. CHF	0.03	0.05	0.05	0.06
Bilanzsumme in Mio. CHF	42.96	42.55	44.21	39.48

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der SVA

Im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld und der sich nur langsam verändernden politisch-rechtlichen Region mit drei sehr dominanten Verbands-Ausgleichskassen kommt der Ausgleichskasse der SVA BL weiterhin die Funktion einer Auffangeinrichtung zu. Bei verhalten positiver wirtschaftlicher Entwicklung führt dies für die nächsten Jahre zu einem tendenziell stagnierenden Beitragsvolumen. Demgegenüber wird das Leistungsvolumen hinsichtlich Fallzahlen, Fallkosten und Komplexität weiter zunehmen.

AHV 21: Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. März 2018 eine Aussprache über die finanzielle Stabilisierung und Flexibilisierung der AHV geführt und dabei die Eckwerte für die notwendigen Massnahmen festgelegt. Unter dem Titel AHV 21 wird eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV bis 2033 ausgearbeitet, in der es im Wesentlichen um die Aufrechterhaltung des Rentenniveaus, Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters für Frauen und die ausreichende Finanzierung der AHV gehen soll. Dem Parlament soll bis Ende 2018 eine Botschaft unterbreitet werden, Inkrafttreten frühestens 2021.

SV 17: Der Ständerat hat im Juni 2018 die Steuervorlage 17 (SV 17) unter dem Titel "Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)" mit der AHV-Sanierung verknüpft. Durch erhöhte Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmern, vollständige Ausschöpfung des MwSt-Demographieprozentes und erhöhten Bundesbeiträgen soll die AHV jährlich rund CHF 2 Mrd. mehr erhalten.

Weiterentwicklung IV: Die IV ist erfolgreich auf dem Weg von einer Renten- zu einer Eingliederungsversicherung. Dies zeigen die Evaluationen der IV-Revisionen 5 und 6a. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Versicherung bei drei Gruppen

noch verstärkt ansetzen sollte: Kinder, Jugendliche sowie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Die Vorlage ist z.Z. in der nationalrätlichen Kommission in Behandlung. Eine Inkraftsetzung ist nicht vor 2021 zu erwarten. Es wird für die IV-Stellen zusätzliche Aufgaben im Bereich der Beratung Jugendlicher und der Begleitung/Unterstützung in der Integration von Menschen mit psychischer Beeinträchtigung mit sich bringen.

EL-Reform Bund: Die Vorlage befindet sich in der Differenzbereinigung zwischen den Räten. Die Differenzen sind gross. Einzig bei der Absicht, die Mietzinsansätze in der EL zu erhöhen, besteht Einigkeit im Grundsatz – nicht aber hinsichtlich der effektiven Beträge. Vorschläge für Einsparungen werden es schwer haben. Die in der Vernehmlassung eingebrachten Anliegen unseres Kantons sind praktisch nicht berücksichtigt. Ein Scheitern der Vorlage kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

EL-Obergrenze BL: Der Regierungsrat hat sich für eine gestaffelte Einführung entschieden: Im Jahr 2018 beträgt die EL-Obergrenze CHF 200 und wird danach während drei Jahren jährlich um CHF 10 sinken. Ab dem Jahr 2021 beträgt sie demnach noch CHF 170. Je mehr die EL-Obergrenze sinkt, desto geringer sind die durch alle Gemeinden solidarisch finanzierten EL; desto höher sind hingegen die gemeindeindividuellen Zusatzbeiträge und somit der Steuerungseffekt für die Gemeinden. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, die Zusatzbeiträge zu begrenzen, sofern die bedarfsgerechte Versorgung sichergestellt ist.

Aufsichtskommission: Aufgrund des Beteiligungsgesetzes scheiden per Ende 2019 zwei Mitglieder aus der Aufsichtskommission (ASK) der SVA BL aus, Herr RR A. Lauber (Regierungsvertreter) und Frau M. Baader (Amtszeitbeschränkung). Die Rekrutierung neuer Mitglieder für die ASK erfolgt im 2018 mit Amtsantritt per Anfang 2019.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung, der parallel dazu verlaufende demographische Wandel und die vergleichsweise verhaltenen Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung – bspw. im Vergleich zu den erwarteten Kostensteigerungen im Bereich der Altersheime, der Pflege und der Betreuung – stellen enorme sozialpolitische Herausforderungen dar. Zahlreichen Vorhaben wie der AHV 21, der Steuervorlage 17, der Teilrevision der IV oder der Reform der EL, dem neuen Aufsichtsgesetz über die 1. Säule aber auch der Finanzierung der Langzeitpflege, dem revidierten Ausländergesetz oder dem Stabilisierungsprogramm des Bundes und der Finanzstrategie des Kantons kommt dabei eine sehr grosse Bedeutung zu.

Die Antworten, welche Politik und Gesellschaft auf diese Herausforderungen finden werden, bestimmen das künftige Mass an sozialer Sicherheit in unserem Land. Dabei gilt es zu beachten, dass die Finanzierungs- und die Leistungsseite unseres Sozialversicherungssystems in einem "vernünftigen", konsensfähigen Verhältnis zueinander stehen müssen. Nur so vermag unser Sozialversicherungssystem auch zukünftig seine Aufgabe zu erfüllen und bleibt finanziell tragbar.

Die SVA BL wird als Kompetenzzentrum weiterhin gefordert sein, nicht nur eine effiziente Durchführung zu garantieren, sondern auch ihren Beitrag zu leisten in der Erarbeitung von belastbaren Grundlagen und sozialverträglichen, praxistauglichen Lösungen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft umfasst die kantonale AHV-Ausgleichskasse, die Familienausgleichskasse des Kantons, die IV-Stelle und den regionalen ärztlichen Dienst (RAD). Die Durchführungsaufgaben in den Bereichen AHV und IV (inkl. RAD) werden direkt im Auftrag und unter Aufsicht des Bundes wahrgenommen. In den Bereichen Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligung erfolgt die Durchführung im Auftrag des Kantons, während die Aufsicht zwischen Kanton und Bund (BSV / BAG) geteilt ist. Die Familienausgleichskasse schliesslich wird im Auftrag und unter Aufsicht des Kantons (Zentrale Aufsichtskommission für Familienzulagen, ZAF) betrieben. Die allgemein beobachtbare zunehmende Klagefreudigkeit sowie die bevorstehenden Reformvorhaben in der IV (Teilrevision) und der EL (Gesamtrevision) lassen eine weitere Zunahme von Einsprachen und Beschwerden erwarten. Die SVA bildet ihre Sachbearbeiter diesbezüglich regelmässig aus und beschäftigt insgesamt 11 Juristen.

Nach wie vor stellt die Abnahme von Verwaltungskostenbeiträgen aufgrund eines Wechsels grösserer Kunden oder Kundengruppen zu einer Verbandsausgleichskasse ein Risiko für die SVA dar. Die SVA muss sicherstellen, dass im Folgejahr kein Verlust in der Verwaltungsrechnung entsteht und dass sie zeitnah organisatorische und betriebliche Anpassungen vornehmen kann. Am Beispiel des Abgangs des Kantonsspitals und der Psychiatrischen Dienste hat die SVA gezeigt, dass sie dazu in der Lage ist.

Die Ziele der Eigentümerstrategie wurden erfüllt

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.3 Beteiligungen, die der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion zugeordnet sind
6.3.1 Flughafen Basel-Mulhouse (EuroAirport)
Flughafen Basel-Mulhouse (EuroAirport)
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen beim EuroAirport

7.9 Millionen Passagiere reisten 2017 über den EuroAirport. Die Passagierzahl wuchs im Vergleich zum Vorjahr um knapp 8 Prozent, was in etwa dem Durchschnitt aller europäischen Flughäfen entsprach. Vor dem Hintergrund einer guten globalen Wirtschaftslage erzielte der EuroAirport im Frachtgeschäft zudem eine Steigerung um knapp 11 Prozent auf rund 112'000 Tonnen.

Während die Gesamt-Lärmbelastung in den Anrainer-Gemeinden in der jüngeren Vergangenheit in etwa stabil geblieben ist, hat das nächtliche Lärmaufkommen zwischen 23 und 24 Uhr im Süden und Südwesten des Flughafens aufgrund der Verkehrszunahme in den letzten drei Jahren zugenommen.

Im Verlauf des Jahres durchlief der binationale Staatsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz zur Klärung der Steuerfrage am Standort EuroAirport verschiedene entscheidende Etappen. Der Vertrag trat per 28. Dezember 2017 in Kraft.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende am Standort Flughafen	6'200	6'173	6'375	6'400
Anzahl Passagiere in Mio.	6.5	7.1	7.3	7.9
Erfolgsrechnung in Mio. €				
Aufwand	101.4	123.9	122.5	131.0
Ertrag	128.7	136.6	147.3	160.4
+ Gewinn/- Verlust (Zuweisung an Reservefonds)	+27.3	+23.2	+24.8	+29.4
Bilanzsumme in Mio. €	376.9	417.6	431.8	419.5

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim EuroAirport

Die Prognosen des EuroAirport für das nächste Jahr gehen von einer moderaten Entwicklung aus und sehen diverse Massnahmen vor, um den Flughafen für die Zukunft fit zu machen. Darunter fallen unter anderem kurz- und mittelfristige Anpassungen der Kapazitäten zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Servicequalität.

Ein zentraler Schwerpunkt des Jahres 2018 ist die Fortsetzung des Dialogs mit den Anspruchsgruppen rund um den Flughafen und die Festlegung einer möglichst ausgeglichenen Lösung zur Minderung der Lärmbelastung in den sensiblen Nachtstunden, insbesondere zwischen 23.00 Uhr und Mitternacht.

Mittelfristig strebt der EuroAirport die Zertifizierung im Rahmen der «Airport Carbon Accreditation (ACA)» an. Dabei handelt es sich um ein System zur Erfassung der Treibhausgas-Emissionen von Flughäfen.

2018 sieht der EuroAirport Investitionen von 38 Millionen Euro vor.

Das Vorhaben zur Bahnanbindung des EuroAirport wird 2018 trotz diverser Hürden weiterverfolgt und vorangetrieben.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Nachfrage nach Luftverkehrsdienstleistungen wird weiter steigen. Investitionen in grössere, leichtere, effizientere Flugzeuge werden fortgesetzt. Neue Technologien und Fluggeräte (z. B. Drohnen) werden die Branche verändern.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Es besteht kein direktes finanzielles Risiko für den Kanton. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des EuroAirports auf der einen Seite und der fluglärm betroffenen Bevölkerung auf der anderen Seite besteht das Risiko, dass sich diese beiden Elemente nicht genügend synchronisieren lassen. Damit einhergehend können Reputationsrisiken respektive

indirekte wirtschaftliche Risiken für den Kanton entstehen.

Die Eigentümerstrategie wurde im Januar 2018 vom Regierungsrat beschlossen. Die Kenntnisnahme im Landrat steht noch aus. Eine erste Beurteilung ist auf Mitte 2018 geplant.

Beteiligung im Landrat 2017

30.05.2017	Vorlage	2017-206	Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2016	pendent
29.06.2017	Interpellation	2017-265	EuroAirport: Neuvergabe Verwaltungsratsmandat BL	beantwortet
04.07.2017	Vorlage	2017-267	«Fluglärm: Neufestsetzung der Grenzwerte in der Nacht ist überfällig»	beschlossen
31.08.2017	Postulat	2017-310	Beteiligung an den Steuereinnahmen auf dem Flughafen Basel-Mülhausen	überwiesen + abgeschrieben
01.09.2017	Motion	2017-365	Überprüfung und Anpassung der An- und Abflugrouten - Flughafen Basel-Mulhouse	überwiesen modifiziert
14.09.2017	Postulat	2017-344	Fluglärm: Neufestsetzung der Grenzwerte in der Nacht ist überfällig, zum Zweiten	abgelehnt
28.09.2017	Motion	2017-364	VR Euro-Airport: Partnerschaftliche Mandatsverteilung gefordert	überwiesen
28.09.2017	Postulat	2017-373	Eignerstrategie Verwaltungsrat Flughafen Basel-Mulhouse	überwiesen

6.3.2 Kantonsspital Baselland (KSBL)

Kantonsspital Baselland (KSBL)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen beim KSBL

Das KSBL schliesst das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresgewinn von CHF 4.8 Mio. (2016: Verlust von CHF 36.3 Mio.) ab.

Der Betriebsertrag beläuft sich auf CHF 448.8 Mio. und setzt sich aus stationären Leistungen (CHF 304.5 Mio. = 67.9%), aus ambulanten Leistungen (CHF 100.7 Mio. = 22.4%), aus Erlösminderungen (CHF - 0.3 Mio. = -0.1 %) und aus übrigen betrieblichen Erträgen (CHF 44.0 Mio. = 9.8%) zusammen.

Der Betriebsaufwand (ohne Abschreibungen) von CHF 422.0 Mio. besteht zu 73.4% aus Personalaufwand (CHF 309.6 Mio.) und zu 26.6% aus Sachaufwand (CHF 112.3 Mio.).

Nach drei verlustreichen Jahren konnte das KSBL im 2017 erstmals wieder einen Gewinn verbuchen. Trotzdem war auch das Jahr 2017 kein einfaches. Die Patientenzahl ging im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück. Das finanzielle Resultat ist nicht so gut, wie es sein sollte, um die anstehenden Investitionen zu finanzieren. Mitarbeitende sind aufgrund der laufenden und anstehenden Veränderungen (Projekt Fusion mit USB zum Universitätsspital Nordwest) verunsichert und die Geschäftsleitung ist extrem beansprucht. Das Bild, das vom KSBL in den Medien gezeichnet wird, ist mitunter unerfreulich und wird den tatsächlich erbrachten sehr guten Leistungen nicht immer gerecht.

Im Berichtsjahr wurde nach einem Start mit hoher EBITDA-Marge im 1. Quartal und hoher Auslastung der Betten das saisonal erwartet schwächere 2. und 3. Quartal verbucht. Aus Ertragssicht verlief das normalerweise starke 4. Quartal im Berichtsjahr unter den Erwartungen; Auslastung und operative Margen blieben hinter den Zielwerten zurück. Gesamthaft resultierte so ein Ergebnis 2017, das die budgetierten Leistungsziele nicht ganz erreichte.

Der operative Abschluss 2017 zeichnet sich, zusammenfassend beschrieben, durch zu tiefe Auslastung der vorhandenen Strukturen aus. Das KSBL wird daher in der Zukunft sowohl die Erträge wieder ausbauen, aber gleichzeitig auch die Kostenstruktur weiter optimieren müssen.

Nach der Genehmigung der Tarifverträge mit der HSK-Gruppe durch den Kanton Basel-Landschaft für die Jahre 2015 bis 2017 konnten die entsprechenden, in den Vorjahren gebildeten, Tarifrückstellungen aufgelöst werden. Nach wie vor fehlt eine Einigung mit tarifsuisse. Im Rahmen des Festsetzungsverfahrens ist sowohl seitens tarifsuisse als auch durch

das KSBL Beschwerde gegen den Regierungsratsbeschluss über die Tarife 2012 und 2013 eingereicht worden, das heisst, dass das Bundesverwaltungsgericht letztinstanzlich darüber entscheiden wird.

Die Rückstellung bezüglich Pensionskasse ist basierend auf den neuesten versicherungstechnischen Grundlagen (Daten 2016) angepasst worden. Der Deckungsgrad von 101.2 % des Vorsorgewerks hat sich demgegenüber positiv auf die Rückstellungshöhe ausgewirkt.

Beurteilung Umsetzung Eigentümerstrategie

In der [Eigentümerstrategie](#) ist festgehalten, dass der Verwaltungsrat gegenüber der Eigentümerversammlung (Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, VGD) jährlich Rechenschaft über seine Tätigkeit sowie über die Leistung und Zielerreichung ablegt. Dies erfolgt anlässlich der sogenannten Eigentümergespräche, welche mehrmals jährlich unter Leitung des Direktionsvorstehers VGD stattfinden. Das Eigentümergespräch, an welchem die Jahresrechnung 2017 des KSBL und die Umsetzung der Eigentümerstrategie besprochen wurden, fand am 10. April 2018 statt.

Dabei liegt die grösste, nach wie vor nicht gemeisterte finanzielle Herausforderung im Erlangen der betrieblich notwendigen EBITDA-Marge sowie in der Schaffung einer ausreichenden Eigenkapitalquote.

Für das langfristige Überleben eines Spitals inklusive eigenständige Sicherung der notwendigen Investitionen (durch Eigenkapital und Aufnahme von Fremdkapital in angemessenem Umfang) ist eine EBITDA-Marge von rund 10% des Umsatzes erforderlich. Die entsprechenden Werte liegen beim KSBL seit der Verselbständigung jeweils deutlich unter dieser in der Spitallandschaft angestrebten Grundmarke (2012: 6.7%; 2013: 7.9%; 2014: 4.9%; 2015: 3.0%, 2016: -3.2%, 2017: 6%). Auch wenn die EBITDA-Kennzahlen der Jahre 2014-2016 von ausserordentlichen Effekten (2014: a.o. Abschreibung der überbewerteten Immobilien; 2015: Rückstellung für rückwirkendes Tarifrisko; 2016: ausserordentliche Pensionskassen-Rückstellung) geprägt waren, sind auch die um diese Sondereffekte bereinigten EBITDA-Margen zu gering für ein langfristiges Überleben des KSBL in seinen aktuellen Strukturen. Es ist zwingender Handlungsbedarf gegeben. Für die Erreichung der Ziel-EBITDA-Marge von 10 % müsste das KSBL nur schon im aktuellen Rechnungsjahr ein um rund CHF 18 Mio. besseres Ergebnis ausweisen.

Das Eigenkapital wurde im Jahr 2017 dank dem Gewinn gestärkt und beläuft sich auf CHF 58.4 Mio. Die Negativdifferenz zum kantonalen Dotationskapital (CHF 86 Mio.) beträgt somit noch rund CHF 27.6 Mio. Die Eigenkapitalquote beträgt per Ende 2017 noch 18.4%, was deutlich unter der für den Kredit- und Kapitalmarkt notwendigen Marge von mindestens 30% liegt.

Ein weiteres Augenmerk im Zusammenhang mit der Eigentümerstrategie liegt auf der Patienten- und Mitarbeiterzufriedenheit. Beide werden aufgrund des von den Medien gezeichneten Bildes und der hohen Arbeitsbelastung strapaziert. Das KSBL setzt alles daran, sein medizinisches Angebot und seine Reputation als Arbeitgeber so attraktiv wie möglich zu gestalten.

Diese Elemente verdeutlichen, wie gross die Herausforderungen für den Verwaltungsrat, für die Geschäftsleitung und die Mitarbeitenden seit der Verselbständigung im Jahr 2012 sind. Die entsprechenden Massnahmen sind in Form von diversen internen Projekten des KSBL aufgegleist und befinden sich teilweise bereits in der Transformationsphase und in der Implementierung. Mit diesen Projekten sollen die Prozesse und Strukturen laufend verbessert werden. Aus Sicht des Regierungsrats ist die vorgesehene Zusammenführung mit dem USB zur Universitätsspital Nordwest (USNW) die richtige Antwort auf die Herausforderungen.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	3'651 (2'920)	3'503 (2'875)	3'495 (2'777)	3'475 (2'760)
Patientenaustritte stationär	28'628	28'708	26'500	25'459
Ø Aufenthaltsdauer (Tage)	6.8	6.8	6.6	5.7
Case Mix Index	0.973	1.035	1.007	1.016
Taxpunkte TARMED	64.2	66.2	67.3	66.3
Nettoumsatz in TCHF	459'615	467'273	461'827	448'751
EBITDA in TCHF	22'359	13'852	-14'724	26'803
EBITDA – Marge in %	4.86	2.96	-3.19	6
+Gewinn / -Verlust	-28'563	-7'803	-36'272	4'787
Bilanzsumme in TCHF	307'854	314'610	327'277	317'880
Eigenkapital in TCHF	98'877	91'037	54'195	58'386
Eigenkapitalquote in %	32.1	28.9	16.6	18.4

Free Cash-Flow	-26'160	40'899	-15'589	-1'615
G-Leistungen in Mio. CHF bezahlt durch BL	14.9	13.5	13.5	13.0
Fallpauschale in Mio. CHF bezahlt durch BL	118.94	124.83	111.69	108.15
Deckungsgrad Pensionskasse in %		99.1	101.2	106.0

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim KSBL

In weniger als zwei Jahren soll das Universitätsspital Nordwest Wirklichkeit werden. Mit der [Unterzeichnung des Staatsvertrags am 9. Februar 2018](#) zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Universitätsspital Nordwest AG konnte im Rahmen des Fusionsprojekts ein weiterer Meilenstein realisiert werden. Management, Ärzteschaft und weitere betroffene Mitarbeitende werden sich in den nächsten zwei Jahren intensiv mit der Gestaltung des künftigen Universitätsspitals auseinandersetzen und die Grundlagen im Rahmen der verschiedenen Projekte erarbeiten.

Im KSBL werden weiterhin operativ bedeutende Vorhaben, wie beispielsweise die Departementalisierung, vorangetrieben. Auch sind die geplanten Infrastrukturprojekte «Neubau Behandlungstrakt am Standort Liestal» sowie die Planung der Infrastruktur am Standort Bruderholz (in Abstimmung mit dem künftigen Zielbild der Leistungserbringung durch das USNW) mit hoher Intensität in Bearbeitung. Die Ausgestaltung sämtlicher Projekte erfolgt laufend in enger Abstimmung mit dem Programm Spitalgruppe.

Der ab 1. Januar 2018 durch den Bundesrat verordnete Tarmed 1.09 (Tarif für die ambulante Leistungserbringung) wird im KSBL Ertragseinbussen, bei gleichbleibender Leistungserbringung, von bis zu 10 % zur Folge haben. Dieser Entscheid stellt nicht nur das KSBL, sondern die gesamte Branche vor ausserordentliche Herausforderungen. Damit die Wirtschaftlichkeitsziele auch unter den neuen Rahmenbedingungen erreicht werden können, sind die Prozesse weiter zu optimieren, Duplizitäten zu eliminieren, Kosten zu senken und Abläufe zu straffen, alles so, wie es die «Lean Management»-Philosophie vorsieht. Gleichzeitig gilt es auch, die Erträge zu stabilisieren.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Überversorgung in der Region Nordwestschweiz führt zu einem verstärkten Verdrängungswettbewerb. Daraus abzuleiten ist ein immer stärker werdender Kostendruck.

Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich: Die Entwicklung von der stationären Behandlung hin zur ambulanten Versorgung wird sowohl medizinisch verstärkt möglich und gefordert, als auch vom Markt (den Patienten) gewünscht. Dies wiederum hat eine Prozessanpassung in der Kette der Leistungserbringung zur Folge und nicht zuletzt auch eine Anpassung der Infrastruktur. Ebenfalls bedarf es einer Änderung in der Finanzierung (aktuelle Lösungssuche aufgrund der parlamentarischen Initiative «[Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus](#)» aufgegleist).

E-Health inklusive elektronisches Patientendossier gewinnt an Bedeutung und wird mittel- bis langfristig diverse Veränderungen in den Rahmenbedingungen mit Chancen und Risiken mit sich bringen.

Zukünftige Massnahmen des Bundesrats gegen das Kostenwachstum im Gesundheitswesen in zwei Paketen:

Das **erste Paket** soll im Herbst 2018 in die Vernehmlassung geschickt werden:

Mit Massnahmen zu den Kosten und Tarifen soll die Mengenentwicklung eingedämmt, Tarifblockaden verhindert und Effizienzgewinne erzielt werden. Geprüft wird

- die Stärkung der Rechnungskontrolle,
- die Einführung eines nationalen Tarifbüros für den ambulanten Bereich,
- die Einführung eines Beschwerderechts der Versicherer bei den kantonalen Spitalisten,
- ein Experimentierartikel, der innovative, kostendämpfende Projekte ausserhalb des Rahmens des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) ermöglichen soll und
- ein Referenzpreissystem bei patentabgelaufenen Arzneimitteln: Bei wirkstoffgleichen Medikamenten wird damit nur noch ein kostengünstiger Referenzpreis von der OKP vergütet.

Im Jahr 2019 soll ein **zweites Paket** folgen. Ziel ist die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) mit Massnahmen zu entlasten:

- Etwa bei den Arzneimitteln, mit einer angemessenen Versorgung und durch mehr Transparenz
- Bestehende Datengrundlagen sollen auf nationaler Ebene besser vernetzt, vervollständigt und zugänglich gemacht werden.
- Die Einführung von verbindlichen Zielvorgaben soll geprüft werden. Im Fall von Zielüberschreitungen greifen Sanktionen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Mit der Ausgliederung der Spitäler wurden dem Kantonsspital im Jahr 2012 vom Kanton einige Hypotheken mitgegeben. Grosses Gewicht hat dabei der Übertrag der überbewerteten Spitalimmobilien gegen Gewährung von Darlehen. Das KSBL musste die Überbewertung von rund CHF 41 Mio. erfolgs- und bilanzwirksam abschreiben. Zudem belasten die jährlichen Zinsen und Amortisationen den Cash-Flow und die Erfolgsrechnung. Dies - kombiniert mit den Herausforderungen der neuen Spitalfinanzierung - hat zur Folge, dass das Eigenkapital des KSBL seit der Ausgliederung geschrumpft ist und mittlerweile unter dem Dotationskapitalwert liegt. Damit besteht das Risiko der Nachschusspflicht /Wandlung Darlehen in Dotationskapital durch den Kanton, respektive einer Wertberichtigung bezüglich der Darlehen/Dotationskapital. Der Kanton Basel-Landschaft hat bereits in seiner Jahresrechnung 2016 den Beteiligungswert am KSBL um 23 Mio. reduziert. Weitere Wertberichtigungen sind nicht ausgeschlossen.

Diese würden in die jährlich erstellte Wertberichtigungsanalyse der VGD aufgenommen. Zur Sicherstellung der rechtzeitigen Absprache über die Bewertung der Darlehen wird jährlich im Rahmen des Eigentümergesprächs im Dezember dieses Thema besprochen, Teilnehmer sind die FKD und die VGD.

Aus Sicht des Regierungsrats ist das vorgesehene Universitätsspital Nordwest die richtige Antwort auf die vorgenannten Risiken.

Beteiligung im Landrat 2017

26.01.2017	Interpellation	2017-050	Überwachungsstation / Intermediate Care (IMC) zur Versorgung von Frühgeborenen ab der 34.Schwangerschaftswoche und Neugeborenen mit Anpassungsstörungen	erledigt
26.01.2017	Interpellation	2017-051	Werbegebühren für Spitäler?	erledigt
23.02.2017	Postulat	2017-084	Mut zu kreativen Lösungen – auch im Gesundheitsbereich	überwiesen + abgeschrieben
16.03.2017	Motion	2017-103	Bessere Transparenz und Rechenschaft bei der Abrechnung von GWL	überwiesen
04.05.2017	Postulat	2017-168	Privatisierung Wäscherei des Kantonsspitals Liestal	zurückgezogen
01.06.2017	Interpellation	2017-214	Kantonsspital Baselland (KSBL) Standort Laufen – wie weiter?	pendent
29.06.2017	Motion	2017-254	Fehlanreize im heutigen Finanzierungssystem von KVG-Leistungen beseitigen	überwiesen
02.11.2017	Vorlage	2017-537	Diverse Vorstösse zur strategischen Ausrichtung des Kantonsspitals Baselland KSBL	beschlossen

6.3.3 Landwirtschaftliche Trocknungsanlage LTA AG

Landwirtschaftliche Trocknungsanlagen (LTA AG)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der LTA AG

Die Auflösung der LTA AG steht im Fokus der Arbeiten und ist auf gutem Weg.

Seitdem die LTA AG ihren Betrieb per Ende 2014 eingestellt, 2015 das Areal in Muttenz und die Trocknungsanlage in Aesch verkauft und 2016 das Baurecht der Betriebsstätte in Aesch an die Baurechtsgeberin, die CMS (Christoph-Merian Stiftung), zurückgegeben hat, musste sich der Verwaltungsrat im Berichtsjahr 2017 vorwiegend nur noch mit den

Arealen in Böckten und Gelterkinden befassen. Die dortigen Parzellen sind mit langlaufenden Baurechten belegt, was den Kreis von potenziellen Erwerbern einschränkt. Der Verwaltungsrat hat deshalb eine spezialisierte Immobilienfirma beauftragt, die Grundstücke bestmöglich zu verkaufen. Er lässt sich vierteljährlich rapportieren, was der Stand der Dinge ist und wird so auf dem Laufenden gehalten. Der Verwaltungsrat ist zuversichtlich, dass es gelingt, einen Käufer zu finden, mit dem beidseits faire Konditionen ausgehandelt werden können. Das Ziel ist nach wie vor, nach diesem letzten Landgeschäft, die Liquidation der LTA AG einzuleiten.

Zu diesem Zweck müssen die Aktien des Kantons vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen umgewidmet werden. Im Auftrag der VGD formuliert die FGD im Rahmen der hier vorliegenden Landratsvorlage einen entsprechenden Beschluss. Nach dem Transfer der Kantonsanteile ins Finanzvermögen wird diese Institution nicht mehr als Beteiligung geführt.

6.3.4 MCH Group AG

MCH Group AG

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der MCH Group AG

Der konsolidierte Betriebsertrag (Umsatz) konnte im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 12% auf CHF 493.3 Mio. gesteigert werden. Ein schwacher Messezyklus ohne Swissbau und 3-Jahresmessen, rückläufige Tendenzen in vielen Bereichen im Schweizer Messe- und Eventgeschäft, erste Rückgänge bei der BaselWorld sowie zusätzliche Aufwendungen für die Strategieumsetzung haben das finanzielle Ergebnis 2017 stark belastet. Diese Faktoren haben dazu geführt, dass der konsolidierte Gewinn aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit mit CHF 10.0 Mio. erwartungsgemäss deutlich unter den Vorjahren liegt. Aufgrund von Sonderabschreibungen in der Höhe von CHF -102.3 Mio. für eine Wertberichtigung der Messegebäude in Basel sowie von Sonderrückstellungen in der Höhe von CHF -17.7 Mio. für strukturelle und organisatorische Optimierungen im nationalen Messe- und Eventgeschäft resultiert ein Verlust von CHF -110. Mio. Die Bilanzsumme per 31. Dezember 2017 beträgt CHF 688.2 Mio., mit einem Eigenkapitalanteil von 34.0 %. Die flüssigen Mittel liegen per Ende Geschäftsjahr bei CHF 115.9 Mio.

Beurteilung Umsetzung Eigentümerstrategie

Die strategischen und wirtschaftlichen Ziele gemäss [Eigentümerstrategie](#) sind trotz dem negativen Ergebnis im Jahr 2017 weiterhin gegeben.

In der Schweiz hat die MCH Group eine sehr starke Marktposition und weitere Wachstumspotenziale bestehen nur beschränkt. Der national ausgerichtete Messemarkt ist weitgehend gesättigt, und die Schweiz verliert als Absatzmarkt aktiver und potenzieller Kundenkreise zunehmend an Bedeutung. Die klassischen Konsumgütermessen (Muba etc.) sind seit Jahren stark rückläufig. Diesen Herausforderungen wirkt die MCH Group AG mit der Umsetzung ihrer Unternehmensstrategie entgegen (Ausbau des Dienstleistungsangebots, Steigerung der Internationalität, Entwicklung von digitalen Angeboten). Diesem Umstand, sprich die Auswirkungen dieser Tendenzen auf die kantonale Beteiligung an der MCH Group AG, ist bei der Überprüfung der Eigentümerstrategie Rechnung zu tragen.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	583	578	588	834
+Konzern-Gewinn / -Verlust in Mio. CHF	32.8	31.0	34.3	-110.0
EBITDA in Mio. CHF	87.6	85.3	89.0	43.8
EBITDA Marge in %	19.4	20.4	20.2	8.9
Eigenkapitalquote in %	43.4	44.6	47.9	34.0
Dividendenausschüttung (Auszahlungsjahr) an Kanton BL in CHF	235'625	235'625	235'625	235'625

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der MCH Group AG

Die Umsetzung der strategischen Initiativen zur weiteren Diversifikation, Internationalisierung und Digitalisierung der Geschäftstätigkeit wird weiter intensiv vorangetrieben, insbesondere mit dem weiteren Ausbau der Position in wichtigen Sammler-Märkten (Grand Basel, Masterpiece, regionale Kunstmessen). Für die Baselworld werden die notwendigen konzeptionellen Anpassungen entwickelt. Zudem sind weitere strukturelle und organisatorische Optimierungen im nati-

onalen Messe- und Eventgeschäft geplant. Am Standort Lausanne sollen die Kosten durch eine Anpassung der Geschäftstätigkeit minimiert werden. Im Bereich Live Marketing Solutions wird das Dienstleistungsangebot auf strategischer und konzeptioneller Ebene ausgebaut. Gleichzeitig wird unter anderem eine Vereinfachung der Gesellschaftsstruktur geprüft.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Seit Mitte 2015 verändert sich der globale Uhren- und Schmuckmarkt grundlegend. Sowohl in der Produktion wie auch im Fachhandel findet eine starke Konsolidierung und Konzentration statt. Diese haben starke Auswirkungen auf die Weltmesse für Uhren und Schmuck Baselworld, die als Plattform der Produzenten für den unabhängigen Fachhandel konzipiert ist.

Die digitale Transformation stellt für klassische Marketing-Plattformen eine grosse Herausforderung dar: Das Konsumverhalten verändert sich, neue Vertriebsstrukturen entstehen, es gibt neue Marktteilnehmer, neue Marketing- und Kommunikationskanäle, neue Medien und neue «Treiber» wie «Big & Smart Data». Damit ändern sich die Anforderungen an die Live Marketing Branche grundlegend: Sie muss Realität und Virtualität miteinander verbinden und damit eine neue «Live-Qualität» schaffen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Es besteht ein Ausfallrisiko aufgrund der Aktienbeteiligung sowie ein Kreditrisiko bezüglich der Darlehen. Die Situation wird regelmässig neu beurteilt.

Beteiligung im Landrat 2017

18.05.2017	Interpellation	2017-197	MUBA – Governance Probleme?	erledigt
16.11.2017	Interpellation	2017-565	Quo vadis Messestandort Basel?	erledigt
16.11.2017	Postulat	2017-568	Überprüfung Eigentümerstrategie Messe Schweiz	überwiesen

6.3.5 Psychiatrie Baselland (PBL)

Psychiatrie Baselland (PBL)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der PBL

Die PBL schliesst das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresgewinn von CHF 1.1 Mio. (2016: CHF 2.0 Mio.) ab.

Der Betriebsertrag beläuft sich auf CHF 99.1 Mio. und setzt sich aus stationären Leistungen (CHF 60.0 Mio. = 60.6%), aus ambulanten Leistungen (CHF 16.1 Mio. = 16.2%), aus Erlösminderungen (CHF 0.0 Mio. = 0.0%) und aus übrigen betrieblichen Erträgen (CHF 23.1 Mio. = 23.2%) zusammen.

Der Betriebsaufwand (ohne Abschreibungen) von CHF 94.8 Mio. besteht zu 81.4% (CHF 77.2 Mio.) aus Personalaufwand und zu 18.6% (CHF 17.6 Mio.) aus Sachaufwand.

Der Gewinn wurde durch eine notwendige Rückstellung für die Basellandschaftliche Pensionskasse von rund CHF 3 Mio. negativ beeinflusst. Ohne einmalige Effekte, liegt die EBITDA-Marge per Ende 2017 bei 6,6 Prozent (Vorjahr 6%).

Durch den erzielten Jahresgewinn konnte das Eigenkapital um 1,1 Mio. CHF gestärkt werden. Zusammen mit der Umwandlung des Darlehens des Eigners in Dotationskapital (36,1 Mio. CHF) beträgt es neu 54,8 Mio. CHF und verzeichnet nun, gemessen an der gesamten Bilanzsumme, einen Anteil von 68,5 Prozent (Vorjahr 23,2 Prozent).

Dank Prozessoptimierungen konnten die Kosten trotz Mehrleistungen stabil gehalten werden.

Beurteilung Umsetzung Eigentümerstrategie

In der [Eigentümerstrategie](#) ist festgehalten, dass der Verwaltungsrat gegenüber der Eigentümerversammlung (Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD) jährlich Rechenschaft über seine Tätigkeit sowie über die Leistung und Zielerreichung ablegt. Dies erfolgt anlässlich der sogenannten Eigentümergespräche, welche mehrmals jährlich unter Leitung des Direktionsvorstehers VGD stattfinden. Das Eigentümergespräch, an welchem die Jahresrechnung 2017 der PBL und die Umsetzung der Eigentümerstrategie besprochen wurden, fand am 9. April 2018 statt.

Die PBL hat die strategischen und wirtschaftlichen Ziele aus der Eigentümerstrategie mehrheitlich erreicht. Erfreulich

hervorzuheben ist, dass die Eigenkapitalquote mit dem [Landratsbeschluss](#) vom 1. Juni 2017 auf 68.5 % gesteigert werden konnte. Die grösste Herausforderung liegt auf der finanziellen Seite im Erlangen der betrieblich notwendigen EBITDA-Marge. Das Margenziel von 8-10%, welches für das langfristige Überleben einer Psychiatrie inklusive Sicherung der notwendigen Investitionen notwendig ist, ist noch nicht erreicht. Ohne Sondereffekte befindet sich die PBL jedoch auf gutem Weg. Beide Elemente (EK-Quote und EBITDA-Marge) sind entscheidend für die Kapital- und Kreditmarktfähigkeit der PBL. Dies ist von aktueller Bedeutung, weil bei der PBL nur schon Renovationen und Unterhaltsinvestitionen an bestehenden Gebäuden im Umfang von rund CHF 70 Mio. anstehen.

Erfreulich ist, dass die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten weiter verbessert werden konnte. Auch ist zu begrüssen, dass die PBL im 2017 eine qualitative Mitarbeiterbefragung durchgeführt hat. Besonders angesprochen wurde das Zusammenspiel zwischen Wirtschaftlichkeit und Qualität, verbunden mit dem Anspruch, trotz des steigenden wirtschaftlichen Drucks die hohe Qualität der Behandlung zu erhalten. Die Geschäftsleitung wird aus den Erkenntnissen soweit erforderlich Massnahmen definieren und umsetzen.

Unternehmenseckwerte	R2014	R2015	R2016	R2017
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	972 (731)	960 (733)	971 (728)	974 (719)
Patientenaustritte stationär	2'117	2'028	2'189	2'305
Ø Aufenthaltsdauer (Tage)	40.7	37.2	35.4	33.3
Total Pflage tage	86'129	81'883	83'943	83'047
Anzahl Betten	249	243	246	246
Taxpunkte TARMED in Mio.	9.6	9.9	10.0	11.45
Nettoumsatz in TCHF	99'910	102'632	99'223	99'124
Free Cash-Flow TCHF	10'491	-1'133	4'456	3'167
EBITDA in TCHF	5'259	7'403	5'906	4'353
EBITDA-Marge in %	5.3	7.2	6.0	4.4
+Gewinn / -Verlust in TCHF	1'889	3'906	2'011	1'081
Bilanzsumme in TCHF	73'168	74'587	77'547	80'105
Eigenkapital in TCHF	11'986	15'905	17'953	54'838
Eigenkapitalquote in %	16.4	21.3	23.2	68.5
G-Leistungen in Mio. CHF bezahlt durch BL	8.00	8.00	8.00	7.4
Tagespauschale in Mio. CHF bezahlt durch BL	26.33	25.38	24.48	24.66
Deckungsgrad Pensionskasse in %	92.9 (PK Kanton BL vor Ausfinanzierung am 31.12.2014)	98.6	100.3	105.5

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der PBL

Es bleibt das Ziel der PBL, die wirtschaftlichen Ziele im Gleichgewicht mit den hohen Qualitätsansprüchen zu erreichen.

Damit die Psychiatrie Baselland auch in Zukunft für Patienten und Mitarbeitende attraktiv bleibt, werden Innovationen angestossen, das Angebot weiterentwickelt sowie die notwendige Erneuerung der Infrastruktur am Standort Liestal in Angriff genommen. Mit dem Architekturwettbewerb für die neuen Zentren für Krisenintervention und für Alterspsychiatrie und dem Start des Vorprojekts konnte die PBL wichtige Etappen der diversen Investitionsvorhaben zurücklegen.

Es ist zunehmend schwieriger geworden, qualifizierte Ärztinnen und Ärzte zu finden, weshalb die PBL bemüht ist, ihre Attraktivität als Arbeitgeberin mit gezielten Massnahmen noch weiter zu verstärken.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Zu den grossen Herausforderungen gehören die Tarife, die aufgrund der allgemein steigenden Gesundheitskosten weiterhin stark unter Druck stehen werden. Das neue Tarifsysteem für stationäre psychiatrische Leistungen «Tapsy», das per 1. Januar 2018 eingeführt wurde, wird diesen Druck voraussichtlich noch verstärken. Herausfordernd ist ausserdem die erfolgte Revision des ambulanten Tarifs «Tarmed», wonach psychiatrische Therapien neu tiefer abgegolten werden.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die neue Tarifstruktur für stationäre psychiatrische Leistungen TARPSY ist nach mehreren Jahren Entwicklungsarbeit von der Trägerorganisation SwissDRG AG gutgeheissen worden. Sie wurde für die Erwachsenenpsychiatrie per Januar 2018 eingeführt. Die Auswirkungen dieses Systems auf die Erträge und damit potenziell auch auf die therapeutische Ausrichtung der PBL lassen sich zurzeit nicht abschliessend abschätzen. Wenn dadurch der betrieblich notwendige Cash Flow und die EBITDA-Marge ungenügend sind, respektive Verluste entstehen und Investitionen allenfalls zurückgestellt werden müssen, besteht für den Kanton das Risiko einer Wertberichtigung bezüglich des Dotationskapitals.

Beteiligung im Landrat 2017

25.04.2017 Vorlage [2017-154](#) Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der Psychiatrie Baselland (PBL) beschlossen

6.3.6 Regionales Heilmittelinspektorat der Nordwestschweiz (RHI NWCH)
Regionales Heilmittelinspektorat der Nordwestschweiz (RHI NWCH)
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen beim RHI NWCH

Gutes Geschäftsergebnis mit einem Kostendeckungsgrad nahe 100%.

Tätigkeiten und Umfang der Leistungen des RHI im gewohnten Rahmen.

Unternehmenseckwerte	R 2015	R 2016	R 2017	HR 2018
Gesamtaufwand	-1'104'070	-1'216'474	-1'206'280	- 1'191'000
Gesamtertrag	1'034'748	1'008'935	1'198'537	1'149'000
Erfolg	-69'322	-207'539	-7'643	-42'000
Bilanzsumme	1'254'892	335'037	470'426	
Zahlung von Kanton BL	0	-136'832	0	?
Kostendeckungsgrad	83%	83%	99%	96%
Eigenkapital RHI	187'655	118'333		
Anzahl Mitarbeitende	6	6	6	6
Anzahl Pensen total (%)	490	490	510	510
Anzahl Pensen Inspektoren	375	375	420	390
Anzahl Inspektoren in Ausbildung	1	1	0	0
Anzahl Inspektionen	209	209	194	197
Anzahl Inspektionstage	224	224	245	226
Anzahl verrechnete Tage	389	389	416	384

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim RHI NWCH

Die Aufgaben des RHI bleiben unverändert bestehen.

Der Umfang der Aufgaben und Leistungen wird sich im heutigen Rahmen bewegen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Der Pharmasektor bleibt ein wichtiger Faktor für die Volkswirtschaft der Nordwestschweiz.

Der Heilmittelbereich ist bereits stark reguliert. Die Überwachungsaufgaben zum Schutze der Bevölkerung werden tendenziell eher zunehmen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Das Risiko der kantonalen Beteiligung wird als gering eingestuft. Notwendige Einzahlungen durch die Konkordatskantonen in die Pensionskasse sind zu erwarten.

Die Vorgaben aus der Eigentümerstrategie wurden erreicht.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.3.7 Schweizerische Rheinhäfen (SRH)

Schweizerische Rheinhäfen (SRH)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei den SRH

Der Betriebserfolg der SRH liegt mit CHF 9'048'169 (+1.3%) knapp über dem Vorjahresergebnis.

Insgesamt fällt das Jahresergebnis 2017 (flexibler Baurechtszins vor Zuweisung an die gesetzliche Gewinnreserve) mit CHF 9'051'537 um 11% besser aus als im Vorjahr (Ergebnis: CHF 8'132'134).

Besonderheiten Finanzen:

- Per 1. Januar 2017 ist die Mehrwertsteuer-Abrechnungsmethode von Pauschalbesteuerung auf neu effektive Besteuerung umgestellt worden.
- Die Beteiligung von rund 38 % an der Rheinhafengesellschaft Weil am Rhein mbH, Weil am Rhein, ist im Jahr 2017 an die Stadt Weil am Rhein verkauft worden. Der Verkaufserlös hat die im Jahr 2015 getätigte Abschreibung über CHF 0.55 Mio. mehr als kompensiert. Als Ergebnis resultiert ein einmaliger Buchgewinn von CHF 703'368.
- Im Zuge der Senkung des technischen Zinssatzes per 1. Januar 2018 von 3 % auf neu 1.75 % sowie des ab 1. Januar 2019 über mehrere Jahre sinkenden Umwandlungssatzes ist im Geschäftsjahr 2017 die Pensionskassen-Rückstellung um CHF 0.2 Mio. erhöht worden.

Im Rahmen des Aktionsplans Schifffahrt wurden die bisher selbstständigen Lotsen in den Bereich Schifffahrt der SRH integriert, dadurch erhöhten sich die Vollstellen um 6 auf 54.

Beurteilung Umsetzung Eigentümerstrategie

Wie im Bericht zur Jahresrechnung 2016 ausgeführt, beschlossen die Regierungen der Vertragskantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft am 17. Januar 2017 eine Eigentümerstrategie. Zwischen der Eignervertretung, dem Verwaltungsratspräsidium sowie dem CEO und dem CFO der SRH findet in der Regel ein Mal pro Jahr ein Eignergespräch statt. Dabei ist die Eignervertretung über die Umsetzung der [Eignerstrategie](#) (Erfüllung der Ziele) und den Geschäftsgang (Jahresrechnung, Hochrechnung, Budget und Weiteres) zu informieren.

Das entsprechende Eignergespräch fand am 12. April 2018 statt. Die SRH hat die strategischen und wirtschaftlichen Ziele aus der Eignerstrategie mit einer Ausnahme alle erreicht. Einzig die Cost-/Income-Ratio liegt aufgrund der noch laufenden Umsetzung des Aktionsplans Schifffahrt mit 58.8% leicht unter dem Zielwert von 60%.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	35	38	48	54
Betrieblicher Ertrag	23'833'010	23'561'429	24'030'666	24'437'068
Betrieblicher Aufwand	15'512'526	15'522'625	15'098'532	15'388'899
Betriebserfolg	8'320'484	8'038'804	8'932'134	9'048'169
Flexible Baurechtsverzinsung (vor Reservezuweisung)			8'132'134	9'051'537
Ausschüttung an BL in CHF	4'746'000	4'584'000	4'632'000	5'160'000
Bilanzsumme in CHF	101'879'541	101'580'092	102'836'658	104'398'571
Eigenfinanzierungsgrad	96%	97%	96%	96%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	121%	122%	113%	115%
Free Cash-Flow			2'443'108	8'184'851
Deckungsgrad Pensionskasse in %			101.8%	106%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der SRH

Der Bund beabsichtigt, sich mittelfristig an der strategisch bedeutenden Hafeninfrastruktur zu beteiligen. Dieses Bekenntnis zu den Rheinhäfen dokumentiert die nationale Bedeutung der Rheinschifffahrt.

Basierend auf der [Absichtserklärung](#) zur Entwicklung der Rheinhäfen und dem [Konzept für den Gütertransport](#), soll im Jahr 2018 die Finanzierung des Hafenbeckens 3 mit dem Bund und dem Kanton Basel-Stadt zu einem Abschluss gebracht werden. Die Planungen des Hafenbeckens werden parallel soweit voranschreiten, dass die Genehmigungsphase eingeleitet werden kann. Auch die Plangenehmigung der ersten Baustufe des Schiene-Strasse Terminals Gateway Basel Nord wird für 2018 erwartet.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Entwicklung der Güterstruktur im Import/Export ist einem laufenden Wandel unterworfen; nach dem Kohle- und später Mineralölzeitalter ist nun der Containerverkehr im Begriff, die Logistikketten entscheidend zu prägen. Daher ist es die Aufgabe der SRH, den Strukturwandel zukunftsweisend zu unterstützen, z.B. mit geeigneten Infrastrukturmassnahmen zur effizienten Vernetzung der Verkehrsträger und der Schwerpunkt- und Clusterbildung in den drei Hafenteilen (Auhafen: Mineralöl, chemische Produkte, Dünger und Futtermittel, Schwertransportlogistik / Birsfelden: Stahlzentrum für Produktion und trimodale Logistik, Erdverarbeitung, Mineralöl / Kleinhüningen: Container, Nahrungsmittel/Silologistik, Metalle).

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Als Risiken, welche den Kanton als Eigentümer betreffen können, sind der Verlust von Grosskunden, ein Konkurs eines Vertragspartners (Heimfall) sowie mangelhafte Zielerreichung mit dem Projekt Terminal Basel-Nord zu nennen. Alle Elemente haben bei Eintreten negative Auswirkungen auf die Erträge der SRH und damit auf die Ausschüttung für den Kanton.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.3.8 Stiftung interkantonale Försterschule

Stiftung Interkantonale Försterschule
Beurteilung Geschäftsjahre 2017: wichtige Entwicklungen bei der Stiftung Interkantonale Försterschule

2017 war für das Bildungszentrum Wald Lyss ein sehr intensives und auch erfolgreiches Jahr. In den Lehrgängen gab es die höchste Teilnehmerzahl seit Bestehen der Organisation.

Im Berichtsjahr wurde die Strategie überarbeitet und neue strategische Ziele bis 2022 festgelegt. Die Organisation gab sich ein neues Leitbild mit zehn Sätzen zur Zusammenarbeit und Kultur. Auf dieser Basis formulierte und genehmigte der Stiftungsrat die strategischen Ziele für die kommenden fünf Jahre.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl FTE	23.3	23.9	24.8	22.3
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	3'553'110	2'409'600	3'516'637	3'750'319
Ertrag	3'186'926	2'415'389	3'715'446	3'761'014
+Gewinn / -Verlust	-366'184	5'789	198'809	10'695

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Stiftung Interkantonale Försterschule

Es sind grössere Umbauten / Investitionen an den alten Schulgebäuden fällig.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Entwicklung der Lehrlingszahlen im Bereich Forst ist stagnierend bis sinkend. Auch die Waldberufe spüren den zunehmenden Druck aufgrund der Tendenz zu höheren Schul- und Fachausbildungen sowie der geburtenschwachen Jahrgänge. Auf Stufe der Revierförster präsentiert sich die Ausgangslage noch etwas anders, weil in den nächsten

Jahren sehr viele Försterstellen neu besetzt werden müssen (Generationenwechsel). Die Zahl der Studierenden steigt deshalb in Lyss leicht aber kontinuierlich an.

Diese Institution wird ab Inkrafttreten des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) per 1. Januar 2018 nicht mehr als Beteiligung geführt.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Das Risiko wird als gering eingestuft.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.3.9 Switzerland Innovation Park Basel Area AG (SIP AG)

Switzerland Innovation Park Basel Area AG (SIP AG)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der SIP AG

Das zurückliegende Geschäftsjahr 2017 wurde durch wichtige räumliche und strategische Entwicklungen beeinflusst. Im Januar 2017 wurde auf der Basis des früheren Trägervereins eine nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft, die Switzerland Innovation Park Basel Area AG (nachfolgend als Park Basel Area bezeichnet) mit Sitz in Allschwil (BL), gegründet. Die ersten drei Quartale im 2017 standen im Zeichen von intensiven Umbauarbeiten und der Expansion der Labor- und Büroflächen am Initialstandort in Allschwil. Neben dem Umzug der Geschäftsstelle in neue Räumlichkeiten führte die Inbetriebnahme zusätzlicher Flächen zu einem Zuwachs an Mietern und Interessenten.

Unternehmenseckwerte	R 2016	R 2017	R 2018	R 2019
Anzahl Mitarbeitende (FTE)		4.3		
+Jahres-Gewinn / -Verlust		42'479		
EBITDA in Mio. CHF		-0.84		
Eigenkapitalquote in %		23.8		

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der SIP AG

Auf Basis der im Jahr 2017 geschaffenen Grundlagen wird im Jahr 2018 das Ziel verfolgt, die vielseitigen Ausbauprojekte des Park Basel Area voranzutreiben. Mit dem Start der Planungsphase des Neubaus in Allschwil (BL), der Planung und dem Innenausbau der Betriebsflächen in Delémont, sowie dem Bezug des PM-Labs in Basel-Stadt wird sich der Park Basel Area räumlich weiterentwickeln.

Des Weiteren wird das Jahr 2018 durch eine engere Zusammenarbeit mit der Innovationsförderung und Standortpromotion BaselArea.swiss geprägt sein, welche ab März 2018 im Mandat die Geschäftsführung des Park Basel Area übernimmt. Eine Fusion beider Organisationen wird im Geschäftsjahr 2018 eingehend geprüft.

Der Ausbau des Aktionariats durch Vertreter des Wissenschaftsnetzwerks der Region sowie eine Sondierung von potentiellen Wirtschaftsvertretern sind für das Ende des Geschäftsjahres 2018 geplant.

Darüber hinaus verfolgt der Park Basel Area auch in den kommenden Jahren das Ziel, an seinen Standorten Allschwil, Delémont und Basel als Kompetenzzentrum wichtige interdisziplinäre, überinstitutionelle Leuchtturmprojekte für die Region zu realisieren. Damit können wichtige Know-how-Partner aus Wissenschaft und Privatwirtschaft in den Park Basel Area geholt werden. Auch hierbei sind die enge Zusammenarbeit und der Austausch mit den öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein zentraler Erfolgsfaktor.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Innovation ist das zentrale Element für die Prosperität der Schweizer Volkswirtschaft. In einem rohstoffarmen Land wie der Schweiz sichern Wissen, Kreativität und Innovation den Wohlstand. Innovation bedeutet, neue Ideen, Verfahren und Dienstleistungen erfolgreich umzusetzen und zu kommerzialisieren. Die Umfeldentwicklung bezüglich Innovationen wird sich weltweit weiter beschleunigen und mit immer mehr und neuen Möglichkeiten rasant fortsetzen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht
Das Risiko der kantonalen Beteiligung wird als gering eingestuft. Die Eigentümerstrategie befindet sich in Ausarbeitung.
Beteiligung im Landrat 2017
Keine Geschäfte

6.3.10 Universitätskinderspital beider Basel (UKBB)

Universitätskinderspital beider Basel (UKBB)				
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen beim UKBB				
<p>Das UKBB erzielte im Geschäftsjahr 2017 trotz stabiler Kostensituation und eingeleiteter Sparmassnahmen ein negatives Unternehmensergebnis von minus CHF 2.68 Mio. Die Gründe dafür liegen in einem Rückgang der Leistungen im stationären Bereich und tieferen Basispreisen. Vor allem im Bereich der ganz kleinen Frühgeborenen ist eine deutlich geringere Anzahl von Fällen zu verzeichnen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch im Bereich der Onkologie. Zum heutigen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass diese Rückgänge vorübergehender Natur sind. Erfahrungen des UKBB aus dem Jahr 2009 sowie vergangene und aktuelle Entwicklungen in anderen Spitälern zeigen, dass temporäre epidemiologisch bedingte Einbrüche vorkommen können. Im Unternehmensergebnis enthalten sind positive Sondereffekte aus den Vorjahren in der Höhe von CHF +1.3 Mio. Diese Sondereffekte entstanden insbesondere durch Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen für Verfahrensrisiken aus der Einführung von SwissDRG 2012. Ohne Sondereffekte ergibt sich ein Ergebnis (Defizit) von CHF -3.9 Mio.</p>				
Beurteilung Umsetzung Eigentümerstrategie				
<p>Die Jahresrechnung wurde den beiden Kantonen am Eigergespräch vom 26. März 2018 vorgestellt und erläutert. Im Nachgang zu diesem Gespräch konnten die Fachdepartemente die erhaltenen Informationen mit den Vorgaben gemäss Eigenerstrategie abgleichen und als positiv beurteilen. Grösste Herausforderung ist die ungenügende Kostendeckung im ambulanten und stationären Bereich.</p>				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	842 (620)	840 (620)	854 (630)	889 (659)
Pflegetage	38'347	36'896	38'258	36'669
Patientenaustritte stationär	6'093	5'985	5'921	5'968
Ø Aufenthaltsdauer (Tage)	5.86	5.77	6.05	5.74
Case Mix Index	0.983	1.030	1.085	1.040
Ambulante Behandlungen	90'928	93'795	98'635	97'270
Betrieblicher Ertrag in TCHF	133'116	142'156	143'945	138'915
EBITDA in TCHF	13'448	13'064	9'299	6'798
EBITDA-Marge	10.1%	9.2%	6.5%	4.9%
+Gewinn / -Verlust in TCHF	3'490	3'498	21	-2'680
Eigenkapitalquote	40%	42%	45%	45%
Free Cash-Flow in TCHF	18'536	8'476	528	2'532
G-Leistungen in TCHF bezahlt durch BL	5'970	5'978	5'948	5'858
Fallpauschale in TCHF bezahlt durch BL	10'140	9'614	10'099	9'483
Deckungsgrad Pensionskasse in %	n.a.	99.5	101.7	107.3
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim UKBB				
<p>Das UKBB steht vor einem anspruchsvollen Jahr 2018. Zum Jahresanfang stehen die Implementierung des neuen Tarmed und die Ablösung des veralteten Leistungserfassungssystems im Fokus. Ausserdem müssen die umfangreichen Massnahmen zur Kosten- und Ertragsoptimierung konsequent umgesetzt werden. Viel wird davon abhängen, ob der stationäre Leistungsrückgang 2017 vorübergehender oder struktureller Natur ist.</p>				

Für das Jahr 2018 wird aufgrund der nicht kompensierbaren Ertragseinbussen wegen des neuen Tarmed von einem negativen Jahresergebnis ausgegangen. Ausserdem wird die Tarifentwicklung im Krankenversicherungsbereich und insbesondere mit der IV die finanzielle Stabilität des UKBB massgebend beeinflussen. Mit der IV könnte ein längerer Rechtsstreit aufgrund des immer noch ungeklärten Rechtswegs zur Tariffestsetzung anstehen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Seit Jahren kämpft das UKBB um kostendeckende Tarife und sachgerechte Tarifstrukturen bei ambulanter und stationärer Behandlung. Die sachgerechte Tarifentwicklung und der ständig steigende finanzielle Druck sind die zentralen Herausforderungen der Kinderspitäler für die kommenden Jahre.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Aufgrund der unbefriedigenden Tarifsituationen besteht das Risiko von künftigen strukturellen Verlusten und ungenügenden EBITDA-Margen mit den Folgen einer eingeschränkten Refinanzierung. Für die Kantone ist dies verbunden mit einer drohenden Schmälerung der Werthaltigkeit der Beteiligung am UKBB. Dieses Risiko ist bei den Kantonen und beim UKBB erkannt. Entsprechende Massnahmen sind bereits ergriffen und weitere werden eingeleitet.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.4 Beteiligungen, die der Bau- und Umweltschutzdirektion zugeordnet sind

6.4.1 ARA Rhein AG

ARA Rhein AG

Beurteilung Geschäftsjahre 2017: wichtige Entwicklungen bei der ARA Rhein AG

Im Jahr 2017 liefen die Anlagen stabil, allerdings waren sie nicht ausgelastet. Die industriellen Betriebe der Schweizerhalle und Pratteln haben nicht ihre früheren Produktionsmengen erreicht. Die gesetzlichen Auflagen wurden eingehalten. Die unerfreuliche Abluftsituation konnte unter grossem Einsatz mit betrieblichen Mitteln gelöst werden. Dank der Abluftreinigung (RTO) wurden im Jahr 2017 keine Geruchsmeldungen verzeichnet. Die Firma Rohner AG ist als Aktionär aus der ARA Rhein ausgestiegen. Sie leitet aber weiter ihre Abwasser in die ARA Rhein und wird deshalb als externer Kunde weitergeführt.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	31	33	36	34
Betriebskosten in Mio. CHF	8.84	9.21	9.98	9.95
Betriebskostenbeiträge BL in CHF	1'077'526 12.2 %	1'001'133 10.9%	1'082'876 13.08%	n.a.
Investitionen in Mio. CHF	5.55	8.25	19.20	8.88
Investitionsanteil BL in Mio. CHF	0.49	0.92	2.6	n.a.

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der ARA Rhein AG

Nach der Inbetriebnahme der Abluftreinigungsanlage wird der Ausbau ARA Rhein planmässig in Angriff genommen. Trotz vermutlich höheren Investitions- und Betriebskosten wird für das Mischwasserbecken Pratteln erneut ein Standort auf dem ARA-Gelände geprüft. Aufgrund der weiterhin zu erwartenden tieferen Frachten der chemischen Industrie muss die Planung für eine Verbesserung der Reinigungsleistung überarbeitet werden.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

ARA liegt im Gebiet Salina Raurica mit grösseren Veränderungen. Diese Veränderungen können beim bestehenden Standort zu Zusatzinvestitionen führen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Der Kanton Basel-Landschaft hält eine Minderheitsbeteiligung von knapp 14% an der ARA Rhein AG. Entsprechend

beteiligt er sich an Betrieb und Investitionen in die Infrastruktur. Das Risiko von Umweltverschmutzung ist beim Betrieb einer Abwasserreinigungsanlage nie auszuschliessen.

Beteiligung im Landrat

Keine Geschäfte

6.4.2 Auto Bus AG (AAGL)

Auto Bus AG (AAGL)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der AAGL

Bei gleichbleibendem Angebot transportierten die Busse der Auto Bus AG im Jahr 2017 rund 7.9 Mio. Fahrgäste. Verschiedene verrechnungstechnische Anpassungen unter den TNW-Partnern führten dazu, dass die Auto Bus AG trotz leicht höherem TNW-Anteil weniger Verkehrseinnahmen erhielt.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	109	100	103	97
Beförderte Personen	8'012'036	7'891'823	7'895'816	7'940'000
Veränderung in %	-0.4%	-1.5%	+0.1%	+0.6%
Abgeltung BL in Mio. CHF (netto)	5.89	5.77	6.12	5.41
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	25'447'259	22'025'077	20'902'570	20'419'137
Ertrag	25'270'104	22'433'060	20'962'109	20'440'807
+Gewinn / -Verlust	-177'155	+407'982	+59'540	+21'670
Bilanzsumme in CHF	27'579'500	27'560'109	26'846'810	25'524'503
Eigenfinanzierungsgrad	17%	24%	24%	25%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	22%	32%	35%	38%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel.)	125%	123%	128%	117%
Liquiditätsgrad II	483%	254%	283%	152%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der AAGL

Im Busbereich sieht der Bund vor, dass Leistungen des regionalen Personenverkehrs künftig nach Ablauf der Konzession öffentlich ausgeschrieben werden. Mit den regionalen Busunternehmen (Auto Bus AG, BLT, Postauto) sollen vorerst Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, um Kosteneinsparungen zu erzielen. Auto Bus AG und BLT werden verpflichtet, gemeinsam auf den zehn Buslinien der AAGL und den acht Buslinien der BLT im oberen Baselbiet jährlich wiederkehrend zwei Millionen Franken einzusparen. Werden die Ziele nicht erreicht, sollen die Linien per Dezember 2023 ausgeschrieben werden.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Der starke Kostendruck im öffentlichen Verkehr hält an. Die Regelungsdichte durch laufend neue Gesetze und Verordnungen nimmt zu. Als Folge davon steigen die Investitionsausgaben und führen zu steigenden, wiederkehrenden Kosten. Insbesondere im Bereich der Sicherheit und der hindernisfreien Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs für mobilitätseingeschränkte Personen sind Investitionen notwendig. Diese Anpassungen sind bei der Auto Bus AG allerdings schon weitgehend umgesetzt.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die finanziellen und politischen Risiken werden als gering eingeschätzt. Mit den Zielvereinbarungen sollen Kosteneinsparungen für den Kanton erzielt werden. Durch die Wahl von Hansruedi Müller in den VR hat sich die Situation zwischen Kanton und Auto Bus AG wieder normalisiert.

Die Beteiligung an der AAGL wird weitergeführt. Die Prüfung von Synergiepotential mit der BLT AG wurde aufgegleist und Kostenoptimierungen als Zielvereinbarungen formuliert.

Beteiligung im Landrat 2017				
15.06.2017	Interpellation	2017-238	Interpellation von Klaus Kirchmayr, Fraktion Grüne/EVP: Geldverschwendung bei der Leistungserbringung im Öffentlichen Verkehr?	erledigt
15.06.2017	Interpellation	2017-239	Interpellation von Stefan Zemp, SP-Fraktion: BLT AAGL	erledigt
15.06.2017	Interpellation	2017-243	Interpellation von Sandra Strüby, SP-Fraktion: ÖV-Strategie - zurück auf Feld 1?	beantwortet
29.06.2017	Postulat	2017-255	Postulat von Christoph Buser, FDP-Fraktion: Ausschreibung sämtlicher Konzessionen für Buslinien	überwiesen
19.10.2017	Interpellation	2017-389	Postulat von Klaus Kirchmayr: Ausserordentliche GV für die AAGL	abgeschrieben
02.11.2017	Interpellation	2017-407	Autobus AG - Streben wir bei den ÖV Linien eine Zweiklassengesellschaft an?	erledigt
30.11.2017	Interpellation	2017-603	Benchmark-Daten der ÖV-Linien	erledigt

6.4.3 Baselland Transport AG (BLT AG)

Baselland Transport AG (BLT AG)				
Beurteilung Geschäftsjahre 2017: wichtige Entwicklungen bei der BLT AG				
<p>Die Zahl der Fahrgäste im Busbereich wuchs wie bereits in den Vorjahren weiter an (+1,9% Einsteiger), während sie im Trambereich wegen der vielen Grossbaustellen leicht rückläufig war (-1,2% Einsteiger). Insgesamt resultiert ein leichter Rückgang um 0,7% Fahrgäste. Für das Erneuerungsprojekt Waldenburgerbahn liegt eine umfassende Gesamtplanung vor. Die BLT pflegt bei der Projektierung eine intensive Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Behörden und steht mit der Talbevölkerung im Dialog. In Schieneninfrastruktur und Rollmaterial wurden CHF 44.1 Mio. investiert (2016: CHF 62.4 Mio.), der Abschreibungsaufwand betrug hohe CHF 35.0 Mio. (2015: CHF 33.7 Mio.).</p>				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	391	397	484	493
Beförderte Personen <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	52'700'000 +1.6%	53'500'000 +1.5%	56'100'000 +1.3%	55'720'000 -0.7%
Abgeltung BL in Mio. CHF (netto und nach Rückzahlung Darlehen)	16.25	17.95	14.06	14.15
Erfolgsrechnung in TCHF				
Aufwand	95'852	96'276	108'865	110'777
Ertrag	98'805	98'373	111'362	113'084
+Gewinn / -Verlust	+2'953	+2'097	+2'498	+2'307
Bilanzsumme in TCHF	473'134	498'315	559'460	556'023
Eigenfinanzierungsgrad	13%	12%	12%	12%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	17%	15%	15%	16%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	111%	108%	113%	112%
Liquiditätsgrad II	152%	139%	172%	174%
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLT AG				
<p>Im Busbereich sieht der Bund vor, dass Leistungen des regionalen Personenverkehrs künftig nach Ablauf der Konzession öffentlich ausgeschrieben werden. Mit den regionalen Busunternehmen (Auto Bus AG, BLT, Postauto) sollen vorerst Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, um Kosteneinsparungen zu erzielen. Auto Bus AG und BLT werden verpflichtet, gemeinsam auf den zehn Buslinien der Auto Bus AG und den acht Buslinien der BLT im oberen Baselbiet jährlich wiederkehrend zwei Millionen Franken einzusparen. Werden die Ziele nicht erreicht, sollen die Linien per</p>				

Dezember 2023 ausgeschrieben werden.

Zentrales Thema für die kommenden Jahre ist die Totalerneuerung der Waldenburgerbahn, welche Ende 2022 abgeschlossen sein wird. Ferner hat die BLT per 1. Januar 2018 den Unterhalt der Linie 14 auf Baselbieter Boden von der BVB übernommen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Der starke Kostendruck im öffentlichen Verkehr hält an. Als Folge davon steigen die Investitionsausgaben und führen zu steigenden, wiederkehrenden Kosten. Insbesondere im Bereich der Sicherheit und der hindernisfreien Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs für mobilitätseingeschränkte Personen sind Investitionen notwendig. Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten und bietet neue innovative Angebote für die Kunden.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die finanziellen und politischen Risiken werden als gering eingeschätzt. Mit den Zielvereinbarungen sollen Kosteneinsparungen für den Kanton erzielt werden.

Die Waldenburgerbahn wurde in die BLT integriert. Die Prüfung von Synergiepotential mit der AAGL wurde aufgegleist und Kostenoptimierungen als Zielvereinbarungen formuliert.

Beteiligung im Landrat

12.01.2017	Postulat	2017-017	Postulat von Markus Dudler, CVP/BDP-Fraktion: Einhaltung Taktfahrplan Buslinie 64 auf allen Haltestellen	abgelehnt
09.02.2017	Interpellation	2017-068	Interpellation von Florence Brenzikofer, Fraktion Grüne-EVP: Waldenburgerbahn	erledigt
23.03.2017	Interpellation	2017-134	Interpellation der FDP-Fraktion: ÖV 2.0: Überprüfung Beteiligung des Kantons BL an der BLT	erledigt
15.06.2017	Interpellation	2017-238	Interpellation von Klaus Kirchmayr, Fraktion Grüne/EVP: Geldverschwendung bei der Leistungserbringung im Öffentlichen Verkehr?	erledigt
15.06.2017	Interpellation	2017-239	Interpellation von Stefan Zemp, SP-Fraktion: BLT AAGL	erledigt
15.06.2017	Interpellation	2017-242	Interpellation von Martin Rüegg, SP-Fraktion: Welche Rolle spielt die BLT in der Politik des öffentlichen Verkehrs?	erledigt
15.06.2017	Interpellation	2017-243	Interpellation von Sandra Strüby, SP-Fraktion: ÖV-Strategie - zurück auf Feld 1?	beantwortet
29.06.2017	Postulat	2017-255	Postulat von Christoph Buser, FDP-Fraktion: Ausschreibung sämtlicher Konzessionen für Buslinien	überwiesen
30.11.2017	Interpellation	2017-603	Benchmark-Daten der ÖV-Linien	erledigt

6.4.4 Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park

Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park

2017 war ein normales Betriebsjahr.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	6'461'010	5'090'896	6'943'720	6'329'733
Ertrag	6'467'546	5'099'336	6'955'258	6'342'102
+Gewinn / -Verlust	6'536	8'440	11'538	12'369
Bilanzsumme in CHF	26'339'922	25'454'093	24'752'650	26'583'097

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park

Es stehen weitere Erneuerungen an, entsprechend sind auch die Rückstellungen zu planen und zu bilden. 2013 hat die Genossenschaft diverse finanzielle Richtlinien beschlossen (basierend auf einem externen Gutachten). Diese sollen helfen, im Bereich Instandhaltung und Instandsetzung die jährlich notwendigen Mittel bereitzustellen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Zurzeit ist und bleibt das Stadion attraktiv und konkurrenzfähig für Fussball- und weitere Veranstaltungen

Diese Institution wird ab Inkrafttreten des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) per 1. Januar 2018 nicht mehr als Beteiligung geführt.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Kein Risiko für den Kanton ersichtlich.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.4.5 Hardwasser AG

Hardwasser AG
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der Hardwasser AG

Im 2017 wurde die Erneuerungsplanung überarbeitet und auf eine 10 Jahresplanung erweitert. Durch die Auflistung der anstehenden Arbeiten ist es auch einfacher und effizienter möglich, den künftigen personellen und finanziellen Bedarf im Detail zu planen. In beiden Bereichen wird langfristig Kontinuität angestrebt.

Damit die Finanzmittel zielgerichtet eingesetzt werden, wurde im 2017 mit der Erarbeitung einer Strategie begonnen, in welcher die strategischen Stossrichtungen für die Hardwasser AG ebenfalls für die kommenden 10 Jahre festgehalten werden. Die Strategie umfasst neben Aussagen zu Wasserqualität und -quantität auch Zielsetzungen zu Personalthemen, zur Anlageninstandhaltung, zur Finanz- und Tarifpolitik sowie der Zusammenarbeit mit Partnern.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	18	18	18	18
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	5'827'383	5'668'746	6'398'585	5'957'879
Ertrag	6'601'249	6'554'706	6'611'295	6'715'474
+Gewinn / -Verlust	+773'866	+885'959	+212'710	+757'594
Bilanzsumme in CHF	11'646'862	12'549'144	12'895'470	12'722'014
Eigenfinanzierungsgrad	39%	43%	44%	51%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	96%	108%	95%	109%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	214%	211%	175%	169%
Liquiditätsgrad II	484%	397%	285%	248%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Hardwasser AG

In den kommenden 10 Jahren werden rund CHF 16 Mio. im Rahmen von Erneuerungsprojekten investiert. Dazu kommen noch jährlich rund CHF 600'000 für den Unterhalt und die Sanierung von Anlagenteilen wie Sickergräben, Filterschächten von Grundwasserbrunnen und Pumpen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Da vor allem Basel von der Wasserlieferung der Hardwasser AG abhängig ist, wäre eine komplette Neukonzeption der Wasserversorgung aus dem Hardwald mit dem Kanton Basel-Stadt anzugehen. Der Bau einer Anlage zur Birswasserversickerung hingegen würde gut ins bisherige Wasserversorgungssystem der Hardwasser AG passen und

eine echte Redundanz und damit auch eine Risikominimierung zur Rheinwasserverschmutzung darstellen. (vgl. Bericht zu Postulat 2012/036).

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Risiken aufgrund der Beteiligung an der Hardwasser AG lassen sich in zwei Bereiche aufteilen. Ersterer betrifft die Finanzierung der Infrastruktur. Nachdem mit der Aktivkohlefilteranlage eine grosse Investition durch den Kanton mitfinanziert wurde, ist in den nächsten Jahren mit weiteren, jedoch wesentlich geringeren Investitionen in verschiedene Anlagen zu rechnen. Diese können nach momentaner Einschätzung durch die Hardwasser AG selbst finanziert werden. Der zweite Risikobereich betrifft die Qualität und Versorgungssicherheit der Region mit Trinkwasser. Beide Risiken sind weitestgehend minimiert, eine Kontamination von Trinkwasser ist aufgrund der Massnahmen in die Qualitätssicherung und Kontrolle sehr unwahrscheinlich.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.4.6 Kraftwerk Augst AG

Kraftwerk Augst AG

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen beim Kraftwerk Augst AG

Die Stromproduktion war mit 225.9 GWh im Berichtsjahr 2017 um 9.7% tiefer als das langjährige Mittel. Die Anzahl Nutz- und Leerschleusungen bewegte sich mit rund 2'303 im gleichen Rahmen wie in den letzten 5 Jahren.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	10	10	10	10
Erfolgsrechnung in TCHF				
Aufwand	8'736'842	9'997'839	9'162'572	8'956'720
Ertrag	9'526'842	9'339'839	9'820'572	9'614'720
+Gewinn / -Verlust	+790'000	+658'000	+658'000	+658'000
Bilanzsumme in TCHF	56'429'390	53'986'234	51'855'952	50'852'872
Eigenfinanzierungsgrad	47%	49%	52%	53%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	50%	51%	53%	56%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	89%	92%	86%	89%
Liquiditätsgrad II	34%	34%	21%	35%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim Kraftwerk Augst AG

Für die Unternehmensführung bestehen keine unmittelbaren, einschneidenden zukünftigen Entwicklungen an. In Bezug auf die Sanierung Fischgängigkeit (bis 2030) besteht für das Unternehmen kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Das Unternehmen muss sich in den nächsten Jahren auf Veränderungen im Umfeld frühzeitig vorbereiten.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Mit dem ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 hat das Parlament zeitlich beschränkte Instrumente zur Unterstützung der Wasserkraft im aktuellen Tiefpreiseumfeld beschlossen. Investitionsbeiträge und Marktprämie wurden von der Stimmbevölkerung in der Referendumsabstimmung am 21. Mai 2017 deutlich mit über 58% Ja-Stimmen gutgeheissen. Der Bundesrat hat am 23. Mai 2018 die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes verabschiedet. Das Wasserzinsmaximum soll bis Ende 2024 wie bisher maximal CHF 110 pro Kilowatt Bruttoleistung (Fr./kWbr) betragen. Es soll ein neues Wasserzinsmodell erarbeitet werden, sobald die Grundzüge des neuen Strommarktdesigns, die in der bevorstehenden Revision des Stromversorgungsgesetzes definiert werden, bekannt sind.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Der Kanton Basel-Landschaft hält eine Minderheitsbeteiligung von 20% am Kraftwerk Augst (entspricht 5 Mio. CHF Aktienkapital). Das Kraftwerk wird durch die Axpo gemanagt, welche auch Mehrheitsaktionärin ist. Mit Ausnahme von

der in Folge einer Naturkatastrophe möglichen finanziellen Beteiligung an einer Wiederinbetriebnahme, konnten keine relevanten Risiken für den Kanton als Eigentümer festgestellt werden.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.4.7 Kraftwerk Birsfelden AG

Kraftwerk Birsfelden AG

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen beim Kraftwerk Birsfelden AG

Die Stromproduktion war mit 553 GWh im Berichtsjahr 2017 um 2.8 % tiefer als das langjährige Mittel. Die Anzahl Nutz- und Leerschleusungen bewegt sich mit 9'414 im gleichen Rahmen wie in den letzten 5 Jahren.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	18	16	15	15
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	16'807'060	13'150'303	13'551'611	12'391'648
Ertrag	18'157'060	14'100'303	14'201'611	13'041'648
+Gewinn / -Verlust	+1'350'000	+950'000	+650'000	+650'000
Bilanzsumme in CHF	47'276'914	48'433'639	45'502'498	45'318'202
Eigenfinanzierungsgrad	88%	86%	91%	90%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	103%	105%	107%	110%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	112%	112%	114%	116%
Liquiditätsgrad II	317%	215%	415%	383%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim Kraftwerk Birsfelden AG

2034 läuft die aktuelle 80-jährige Konzession aus. Konzessionsgeber ist der Bund (Bundesamt für Energie) und das Land Baden-Württemberg. In den nächsten Jahren werden die Weichen für eine Neukonzessionierung gestellt. Dabei gilt es besonders die im Jahr 2011 verschärften Fischereigesetze (Verbesserung der Fischgängigkeit), die gesetzlichen Grundlagen für den Prozess der angestrebten Neukonzessionierung (Rheinaustiefung) und die wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen. Aufgrund der heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen kann eine neue Konzession noch in der Laufzeit der aktuellen Konzession (bis 2034) erteilt und nach Ablauf dieser in Kraft gesetzt werden. So könnte die alte Konzession noch weiter genutzt werden, während mit der Vereinbarung einer neuen Konzession für den Konzessionär die nötige Planungssicherheit entstände. Darum soll das Gesuch für die Erneuerung der Konzession eingeleitet werden unter gleichzeitiger, fortgesetzter Nutzung des alten Regimes.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Mit dem ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 hat das Parlament zeitlich beschränkte Instrumente zur Unterstützung der Wasserkraft im aktuellen Tiefpreiseumfeld beschlossen. Investitionsbeiträge und Marktprämie wurden von der Stimmbevölkerung in der Referendumsabstimmung am 21. Mai 2017 deutlich mit über 58% Ja-Stimmen gutgeheissen.

Der Bundesrat hat am 23. Mai 2018 die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes verabschiedet. Das Wasserzinsmaximum soll bis Ende 2024 wie bisher maximal CHF 110 pro Kilowatt Bruttoleistung (Fr./kWbr) betragen. Es soll ein neues Wasserzinsmodell erarbeitet werden, sobald die Grundzüge des neuen Strommarktdesigns, die in der bevorstehenden Revision des Stromversorgungsgesetzes definiert werden, bekannt sind.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Der Kanton Basel-Landschaft hält eine Minderheitsbeteiligung von 25% am Kraftwerk Birsfelden (entspricht 7.5 Mio. CHF Aktienkapital). In Folge einer Naturkatastrophe ist eine finanzielle Beteiligung an einer Wiederinbetriebnahme denkbar. Ausserdem ist durch die Verantwortung des Kraftwerks für die Freihaltung der Fahrrinne, eine Haftung bei Schiffsunglücken nicht auszuschliessen. Weiter konnten keine bedeutenden Risiken festgestellt werden.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.4.8 Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW)
Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW)
Beurteilung Geschäftsjahre 2017: wichtige Entwicklungen bei der NSNW

Im Jahr 2017 wurden die Umsatzerwartungen übertroffen. Die Grossbaustelle Schänzlitunnel forderte den Standort Sissach stark. Neben den Arbeiten im Schänzlitunnel führten auch weitere Projektstätigkeiten zu einer sehr guten Auslastung.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	197	196	180	182
Erfolgsrechnung in Mio. CHF				
Aufwand	49.93	49.55	46.52	46.6
Ertrag	50.90	51.26	48.51	49.6
+Gewinn / -Verlust	+0.97	+1.71	+1.99	+3.0
Bilanzsumme in Mio. CHF	26.94	28.47	30.96	32.60
Erträge von Aktionären in Mio. CHF				
BL (Betrieb, Projekte)	3.70	3.86	4.00	4.00
Total alle Aktionäre	5.23	5.47	5.41	5.23
Eigenfinanzierungsgrad	65%	65%	62%	64%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	126%	134%	141%	153%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	138%	146%	156%	168%
Liquiditätsgrad II	99%	114%	130%	141%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der NSNW

Die laufenden Grossprojekte, wie zum Beispiel beim Schänzlitunnel, werden die NSNW auch in den kommenden Jahren gut auslasten. Weitere grössere Projekte stehen an und werden im kommenden Jahr anlaufen. Im kleinen baulichen Unterhalt haben sich die finanziellen Mittel stabilisiert. Der Grundauftrag mit dem ASTRA ist durch eine globale Vergütung geregelt. Aktuell sind keine Bestellungenänderungen in Diskussion.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die NSNW geht in den nächsten Jahren von einer relativ stabilen, eventuell leicht steigenden Auftragssituation aus. Damit die NSNW schnell und professionell auf das flexible Projektgeschäft reagieren kann, muss die Ressourcenplanung und –disposition weiter optimiert werden. Dazu werden im Rahmen des internen Projekts PPS (Produktionsplanung und –steuerung) die Möglichkeiten der NSNW aufgezeigt und Umsetzungsvorschläge erarbeitet. Die konzeptionellen Arbeiten werden im 2018 abgeschlossen sein, sodass bereits ab 2019 die firmenweite Disposition besser unterstützt werden kann. Auf 2020 stehen Neuverhandlungen in der Leistungsvereinbarung mit dem Bund an. Gleichzeitig werden die NEB-Strecken (A22, A18, T5) von den Kantonen an den Bund übergehen, diese werden aber bereits heute grösstenteils durch die NSNW unterhalten.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Aufgrund des Geschäftsgangs bestünde das Risiko, dass eine geringe oder sogar keine Dividende ausgeschüttet werden könnte. Die Höhe der Dividende kombiniert mit der Eintrittswahrscheinlichkeit lässt dieses Risiko jedoch relativ gering erscheinen. Ein Konkurs des Unternehmens mit entsprechendem Verlust des Aktienkapitals erscheint aus heutiger Perspektive nicht realistisch. Ein potentielles Haftungsrisiko kann als klein erachtet werden, einerseits aufgrund der Tatsache, dass die NSNW als AG organisiert ist, andererseits aufgrund einer entsprechenden Analyse bezüglich Haftungsrisiken und einer adäquaten Versicherungsdeckung.

Die gemeinsamen Eigentümerziele der drei Eigentümer (Kantone AG, BL, SO) wurden umgesetzt.

Beteiligung im Landrat 2017				
06.04.2017	Interpellation	2017-145	Warum hat die NSNW AG keinen GAV?	erledigt

6.4.9 ProRhenno AG

ProRhenno AG				
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der ProRhenno AG				
<p>Gesamthaft schliesst die Betriebsrechnung 2017 mit CHF 14.1 Mio. bei 85% des Budgets ab. Die Investitionsrechnung schliesst mit CHF 3.7 Mio. 11% des Budgets ab, da die Ausführung des Projekts Erweiterung und Ausbau ARA Basel (EABA) verschoben wurde. Das Projekt EABA ist in der Beschlussphase, die Vorlage wurde im Mai 2018 an den Grossen Rat und den Landrat überwiesen.</p>				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	40	43	40	43
Erfolgsrechnung in Mio. CHF				
Aufwand	23.40	26.56	27.89	23.03
Ertrag	23.40	26.56	27.89	23.04
+Gewinn / -Verlust	0	0	0	0
Bilanzsumme in Mio. CHF	5.21	3.94	4.92	8.08
Eigenfinanzierungsgrad vertraglich sichergestellt	100%	100%	100%	100%
Betriebskostenbeiträge BL in CHF (inkl. MwSt., exkl. Investitionen)	1'788'707 12%	1'844'611 12%	2'434'559 15%	2'265'365 15%
Investitionsanteil BL in CHF (inkl. MwSt.)	288'890 11%	708'855 15%	1'002'936 15%	546'111 14%
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der ProRhenno AG				
<p>Das Projekt EABA zur Erweiterung der kommunalen Abwasserreinigung wird weiterhin im Fokus stehen. Die Kreditbewilligung durch die beiden Parlamente wird 2018 erfolgen. Parallel erfolgt die Baueingabe. Danach beginnt die Realisierung des Projekts.</p>				
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung				
<p>Die Anlagendimensionierung geht von einem mittels externer Studie ermittelten Bevölkerungswachstum aus. Nötige Anpassungen der stets überdimensionierten ARA Chemie werden weiterhin evaluiert.</p>				
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht				
<p>Der Kanton Basel-Landschaft hält eine Minderheitsbeteiligung von knapp 9% an der ProRhenno AG. Gleichzeitig beteiligt er sich an Investitionen in die Infrastruktur. Das Risiko der Verschmutzung von Luft, Grund- und Fließgewässer ist beim Betrieb einer Abwasserreinigungsanlage nie auszuschliessen. Es konnten aktuell jedoch keine grösseren Risiken festgestellt werden. Bei Gesamtkosten von rund CHF 300 Mio. für das Projekt EABA wirken sich prozentuale Kostenüberschreitungen stark aus, dem wurde und wird mit einem strikten Projekt- und Kostencontrolling durch das AIB begegnet.</p> <p>Die Eigentümerziele wurden umgesetzt, insbesondere die wirtschaftlichen Ziele wurden im Rahmen der Erarbeitung des EABA-Projekts eingefordert.</p>				
Beteiligung im Landrat 2017				
Keine Geschäfte				

6.4.10 Wasserversorgung Waldenburgertal AG

Wasserversorgung Waldenburgertal AG				
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der Wasserversorgung Waldenburgertal AG				
Im Betriebsjahr 2017 wurde rund 16 % weniger Trinkwasser abgegeben als im Vorjahr. Dies entspricht einer Differenz von rund 30'000 m3 Trinkwasser (tieferer Wasserbezug von Bennwil und Hölstein).				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	-	-	-	-
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	505'936	462'431	442'981	461'634
Ertrag	507'006	463'623	454'933	469'416
+Gewinn / -Verlust	-1'070	+1'192	+11'952	+7'782
Bilanzsumme in CHF	1'212'594	1'454'781	1'398'992	1'347'910
Eigenfinanzierungsgrad	42%	34%	36%	38%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	59%	45%	48%	53%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	122%	114%	119%	122%
Liquiditätsgrad II	216%	181%	251%	240%
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Wasserversorgung Waldenburgertal AG				
Es hat sich gezeigt, dass das Waldenburgertal in normalen Zeiten über genügend Trinkwasserreserven verfügt. In gewissen Phasen von Trockenheit kann die Versorgung der Bevölkerung aber nicht sichergestellt werden. Mit einem «Anschluss Nord» kann in Zukunft die Versorgungssicherheit erhöht werden. Erste Gespräche zwischen dem Kanton BL, den Gemeinden Hölstein, Bubendorf und Liestal zusammen mit der WWV AG haben den Willen zur gemeinsamen Erarbeitung von Lösungen bestätigt.				
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung				
Da die Beschlüsse des Verwaltungsrats des Jahres 2016, Investitionen auf ein absolutes Minimum zu beschränken und nur die notwendigsten Unterhaltsarbeiten durchzuführen, auch für 2017 galten, hat sich die Aktivität des Verwaltungsrats auf die zweite Jahreshälfte konzentriert. Am 21. September 2017 wurde allen betroffenen Gemeinden in Niederdorf die Situationsanalyse des AUE für die Wasserregion 7 vorgestellt. Basierend auf der Situationsanalyse und den Stellungnahmen wird nun als nächster Schritt der regionalen Wasserversorgungsplanung des AUE das Leitbild mit Massnahmenplanung erarbeitet.				
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht				
Die finanziellen Risiken dieser Beteiligung werden als gering eingestuft (BL ist Minderheitsaktionär mit 3.6%, Aktienanteile für Arxhof und Wildenstein). Der Kanton (AUE) ist im Rahmen der regionalen Wasserversorgungsplanung involviert.				
Beteiligung im Landrat 2017				
16.11.2017	Postulat	2017-560	Wasserversorgung Waldenburg AG - Wie weiter?	erledigt

6.5 Beteiligungen, die der Sicherheitsdirektion zugeordnet sind

6.5.1 BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)

BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)	
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen BSABB	
Im vergangenen Jahr wurden die im Staatsvertrag (§16 Dotationskapital und Reservefonds) vorgesehenen Reserven	

erreicht. Dadurch war die BSAAB in der Lage das Dotationskapital der beiden Trägerkantone vollständig zurückzubezahlen. Aufgrund der finanziellen Situation der BSAAB wurde entschlossen, die Gebühren für die Berichterstattungsunterlagen ein weiteres Mal zu senken. Das Ziel der Gebührenpolitik sind kostendeckende Gebühren, welche langfristig zu einer ausgeglichenen Rechnung führen. Von der Gebührensenkung von insgesamt ca. 11% profitieren alle Stiftungen, die unter Aufsicht der BSABB stehen. Die Gebührensenkung trat per 1. Januar 2018 in Kraft.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	16 (13.5 Vollzeitstellen)	17 (14.3 Vollzeitstellen)	17 (14.3 Vollzeitstellen)	17 (14.9 Vollzeitstellen)
Anzahl beaufsichtigten Einrichtungen in Anlehnung von Art. 3 BVV1 per Ende Jahr				
in BL	436	421	404	398
in BS	954	954	935	954
Total	1'390	1'375	1'339	1'352
Total Vorsorgeeinrichtungen	449	426	392	370
Total klassische Stiftungen	941	949	947	946
<u>Bilanzsummen in Mrd. CHF</u> per Ende Vorjahr:				
Vorsorgeeinrichtungen BL	16.128	18.883	18'534	19'105
klass. Stiftungen BL	1.473	1.429	1'257	1'248
Vorsorgeeinrichtungen BS	114.466	122.404	125'245	129'295
klass. Stiftungen BS	14.551	16.952	15'607	15'609
Total Vorsorgeeinrichtungen	130.594	141.287	143'779	148'400
Total klass. Stiftungen				
Total Bilanzsumme	16.024	18.381	16'864	16'857
	146.618	159.668	160'643	165'257
Geprüfte Berichterstattungen Vorsorgeeinrichtungen	1'666	1'419	1'382	1'299
Unterdeckungsfälle bezogen auf die Vorjahresrechnung <u>Kanton BL:</u> VE= Vorsorgeeinrichtung DG= Deckungsgrad				
VE mit DG <80%:	0	0	1	0
VE mit DG 80-89%:	2	0	0	0
VE mit DG 90-99%:	5	1	3	3
Rest 100% oder mehr:	98	99	88	82
Unterdeckungsfälle bezogen auf die Vorjahresrechnung <u>Kanton BS:</u> VE= Vorsorgeeinrichtung DG= Deckungsgrad				
VE mit DG <80%:	0	0	0	0
VE mit DG 80-89%:	0	0	0	0
VE mit DG 90-99%:	2	1	7	4
Rest 100% oder mehr:	151	144	129	125
Unterdeckungsfälle bezogen auf die Vorjahresrechnung <u>TOTAL:</u>	9	2	11	7
VE= Vorsorgeeinrichtung DG= Deckungsgrad				
VE mit DG <80%:	0	0	1	0
VE mit DG 80-89%:	2	0	0	0
VE mit DG 90-99%:	7	2	10	7
Erfolgsrechnung in Tsd. Fr.				

Aufwand	3'418'751	2'734'760	3'046'207	3'073'055
Ertrag	5'380'955	3'340'374	3'528'516	3'455'086
+Gewinn / -Verlust	+1'962'204	+605'614	+482'309	+382'031
Bilanzsumme in Tsd. Fr.	6'122'760	6'601'400	6'215'093	5'642'292
Eigenfinanzierungsgrad	87.6%	90.4%	94.2%	94.5%
Liquiditätsgrad II	13.32	25.38	20.87	17.57

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BSABB

Der Bund möchte auf das operative Geschäft der Stiftungsaufsichten mehr Einfluss ausüben. Dagegen gibt es eine parlamentarische Initiative „Stärkung der Kantonsautonomie bei den regionalen Stiftungsaufsichten über das BVG“ (16.439). Herr Kuprecht, Ständerat SZ, ist der Auffassung, „Die Einflussnahme der Oberaufsichtskommission über das BVG hat sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Die Eingriffe durch Weisungen, Gleichschaltungsabsichten sowie beantragte Verordnungsänderungen nehmen massiv zu. Die Einflussnahme bei der Nomination von Organen der Konkordate nimmt bestimmenden Charakter an und verhindert oder verbietet gar die Einsitznahme von Magistratspersonen aus den kantonalen Regierungen in die regionalen Konkordatsräte“. Er möchte die Autonomie der kantonalen und regionalen Aufsichtsbehörden über die beruflichen Vorsorgeeinrichtungen stärken.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Per 1. Januar 2018 wurde eine Gebührensenkung in der Höhe von rund 11% für alle Vorsorgeeinrichtungen und klassischen Stiftungen vorgenommen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Aufgrund der Haftungskaskade (Stiftungsrat, Revisionsstelle, Pensionskassenexperte, BSABB, eidg. Oberaufsichtskommission, allenfalls Trägerkantone entgegen dem Haftungsausschluss gemäss Staatsvertrag) sowie der Deckung durch die Betriebshaftpflichtversicherung wird ein allfälliges Ausfallrisiko für die Trägerkantone als niedrig erachtet.

Der Kanton Basel-Landschaft ist für Vermögensschäden bis 10 Mio. CHF pro Fall versichert. Ausdrücklich ausgeschlossen sind aber die Schäden im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit des Kantons als BVG-Aufsichtsbehörde.

Des Weiteren wurde 2017 das Dotationskapital komplett zurückbezahlt.

Beteiligung im Landrat 2017

20.06.2017	Vorlage	2017-244	Vorlage: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2016 der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)	offen
07.12.2017	Vorlage	2017-638	Sammelvorlage zu den Vorstössen «Überrissene Gebühren für gemeinnützige Stiftungen», «Anpassung des Reservefonds der Stiftungsaufsicht beider Basel» und «Für eine zweijährige Berichterstattung für klassische Stiftungen»	offen

6.5.2 Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)

Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der IPH

Die IPH kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Trotz tieferen Aspiranten-Zahlen wurde ein gutes Betriebsergebnis erzielt. Dies dank dem Angebot bedürfnisorientierter Weiterbildungen sowie der hohen Auslastungen der Seminarräume und zusätzlichen, oftmals kurzfristigen, Aufträge im Bereich der Gastronomie. Der Rückgang der Aspiranten-Zahlen ist mehrheitlich auf das Erreichen der geforderten Personalbestände oder Sparmassnahmen der Polizeikörper der elf Konkordatskantone zurückzuführen.

Aufgrund des Projekts Organisationsentwicklung IPH wurde ein neues Geschäftsreglement, ein Schulratsreglement und die strategischen Ziele 2018 -2021 erarbeitet. Die strategischen Ziele beinhalten neben der Eigner-Strategie und – Zielen auch den neuen Leistungsauftrag.

Das Projekt Immobilienstrategie 2030 konnte ebenfalls verabschiedet werden und wurde mit der Renovation des Hallenbades und diversen Erneuerungen im Bereich Betriebsunterhalt bereits teilweise umgesetzt. Diese und weitere Mas-

snahmen sollen in Zukunft einen möglichst störungsfreien Schulbetrieb gewährleisten.				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	81 (64.45 Vollzeitstellen)	84 (66.05 Vollzeitstellen)	86 (69.40 Vollzeitstellen)	84 (67.25 Vollzeitstellen)
Beitrag BL in Mio. CHF	1.004 (Rückerstattung im 2014 von Total CHF 130'275 für Instrukto- ren)	1.118 (Rückerstattung im 2015 von Total CHF 119'625 für Instrukto- ren)	0.942 (Rückerstattung im 2016 von Total CHF 104'770 für Instrukto- ren)	0.732 (Rückerstattung im 2017 von Total CHF 86'556 für Instrukto- ren)
Reingewinn/Verlust in CHF	-969'021	+575'761	+1'263'268	+1'977'671
Bilanzsumme in Mio. CHF	45.5	46.3	46.6	48.0
Eigenfinanzierungsgrad	3%	4.2%	6.9%	10.8%
Liquiditätsgrad 2	20.60%	25.63%	30.82%	175.97%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	3.15%	4.55%	7.74%	12.57%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	84.98%	87.76%	76.87%	107.51%
Deckungsgrad Pensionskasse (die IPH ist bei der Luzerner Pensionskasse angeschlossen)	105.5%	102.9%	103.9%	107.7%
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der IPH				
<p>Der finanzielle Druck seitens der 11 Konkordatskantone aufgrund von Sparmassnahmen und im Hinblick auf die Umsetzung der Immobilienstrategie bleibt auch in Zukunft bestehen. Die IPH ist gefordert, weiterhin sehr sparsam und rationell mit ihren finanziellen Mitteln umzugehen und zusätzliche Einnahmemöglichkeiten im Ausbildungsangebot und im Seminarbereich zu entwickeln.</p> <p>Im Rahmen der Immobilienstrategie 2030 stehen in den kommenden Jahren die geplante Sanierung der Aula (ca. CHF 3.8 Mio.) sowie die Erstellung eines neuen Parkplatzes (ca. CHF 1.4 Mio.) an. Nach derzeitigen Erkenntnissen muss erfreulicher weisse dafür - nicht wie geplant - ein auslaufendes Darlehen von über CHF 1.5 Mio. nicht refinanziert werden.</p> <p>Durch den Entscheid der Konkordatsbehörde, die Leistungen der IPH in drei Gruppen abzubilden, werden im kommenden Jahr grössere Umstellungen in der Betriebsbuchhaltung nötig sein. Mit der neuen Kostenrechnung soll es möglich werden, den einzelnen Leistungsgruppen (Grundauftrag Konkordat, erweiterte Bildungsangebote und Seminarzentrum) Deckungsbeiträge zuzuordnen. Damit wird in Zukunft eine grössere Transparenz erreicht und ein Steuerungs- und Kontrollinstrument geschaffen, welches wesentlich zur Entscheidungsfindung beitragen wird.</p> <p>Der technische Wandel betrifft auch die Polizeiausbildung. So wird die nationale Bildungsplattform Polizei NBPP eingeführt. Zudem soll der Lernbetrieb mit einer App „IPH-Quiz“ für Smartphones und Tablets getestet werden. Diese macht Lernfortschritte dank eines ausgearbeiteten und hinterlegten Fragekatalogs unmittelbar sicht- und prüfbar. Die Aspiranten können sich gegenseitig mit der App zu Quiz-Duellen herausfordern und sich miteinander messen. Dies führt wiederum zu erhöhten Ausgaben, ist jedoch für die Einhaltung des Grundauftrages enorm wichtig.</p>				
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung				
<p>Das bildungspolitische Gesamtkonzept (BGK), auf dem die heutige Polizeiausbildung und ein grosser Teil der polizeilichen Weiterbildung sowie die Organisation der polizeilichen Bildungswelt beruhen, ist in stetigem Wandel. Dieser hat auch Auswirkungen auf die IPH (Aufgaben und Aufgabenabgrenzung, Schultypus, Organisation, Stellung etc.). Die IPH selbst hat den Anspruch bei diesen Prozessen aktiv mitzuwirken.</p>				
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht				
<p>Die IPH ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt der elf Konkordatskantone. Sie erbringt Leistungen in der Aus- und Weiterbildung der angeschlossenen Polizeikorps. Der Kanton BL ist im Rahmen des Konkordatsvertrages bis Ende 2035 an</p>				

die IPH gebunden. Daraus ergeben sich entsprechende Risiken bezüglich der zu tragenden Kosten für die Aus- und Weiterbildung des Polizeikorps Basel-Landschaft. Diese hängen nicht nur von der Nachfrage des Kantons BL, sondern auch von Veränderungen der anderen zehn Konkordatskantone ab. Aufgrund der stark ausgeprägten Überwachung durch Politik, den bestehenden Managementsystemen sowie den bisherigen Erfahrungen wird das Risiko, welches aus diesen Faktoren entsteht als gering betrachtet.

Die IPH operiert weiterhin mit einer seinerzeit ausdrücklich so gewollten sehr niedrigen Eigenkapitalquote und könnte deshalb auf ausserordentliche Vorkommnisse kaum eigenständig reagieren. Nach Auffassung der IGPK sollte ein gewisses Eigenkapital vorhanden sein, damit die Schule eine gewisse Flexibilität bezüglich Investitionen hat und bei ausserordentlichen Ereignissen zeitgerecht reagieren kann. Dies führte dazu, dass die IPH ihr Eigenkapital im vergangenen Jahr erhöhte. Das Wegfallen eines auslaufenden Darlehens, welches für die Immobilienstrategie vorgesehen war, wird in den folgenden Jahren zusätzlich zu einem höheren Eigenkapitalanteil führen.

Die Geschäftsleitung der IPH hat periodisch eine Risikobeurteilung vorgenommen und die Risiken nach dem möglichen Schadensausmass und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Allfällige, sich aus der geschilderten Analyse ergebende Massnahmen wurden eingeleitet.

Die IPH setzt die strategischen und wirtschaftlichen Zielvorgaben gemäss der Eigentümerstrategie erfolgreich um. Sie beschäftigt professionelle Ausbilderinnen und Ausbilder, aber auch ein professionell arbeitendes Management. Die Schule erwirtschaftet auch mit abnehmenden Aspiranten-Zahlen einen Gewinn, was wiederum auf ein professionelles Management und gute Planung zurückzuführen ist.

Beteiligung im Landrat 2017

05.05.2017	Vorlage	2017-199	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IGPK IPH) vom 5. Mai 2017: Jahresbericht 2016	beschlossen
------------	---------	--------------------------	---	-------------

6.5.3 Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP)

Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der MFP

Aufgrund des neuen Gesetzes über die Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft (PCGG) scheiden die Mitglieder der paritätischen Betriebskommission Isaac Reber (Regierungsrat BL) und Stephan Mathis (Generalsekretär Sicherheitsdirektion BL) auf die neue Amtsperiode aus. Aufgrund des Ausscheidens von Regierungsrat Isaac Reber hat auch Baschi Dürr (Regierungsrat BS) seinen Rücktritt aus der Kommission erklärt. Die freien Sitze wurden fristgerecht per 1. April 2018 neu besetzt.

Die MFP konnte anfangs Oktober 2017 die neue Motorradprüfhalle in Betrieb nehmen. Zudem fielen die Baukosten erfreulicherweise ca. CHF 250'000 tiefer als budgetiert aus.

Das Projekt erweiterte Kooperation wurde 2017 verabschiedet und per 1. Januar 2018 umgesetzt. Demnach ist die MFP für die Disposition der technischen Fahrzeugprüfungen beider Kantone verantwortlich. Diese wurde bis 2017 von den jeweiligen Motorfahrzeugkontrollen übernommen. Aufgrund dieser Änderung wurden Stellen von den Motorfahrzeugkontrollen zur MPF transferiert. Im Rahmen dieser Neuorganisation und der damit verbundenen Kostenverlagerung erhöht die MFP ihre Gebühr für Fahrzeugprüfungen um CHF 5.00. Im Gegenzug haben die beiden Motorfahrzeugkontrollen ihre Gebühren für Fahrzeugausweise entsprechend gesenkt.

Im Bereich der Immobilien wurde eine Abschreibung in der Höhe von rund CHF 1'430'000.00 vorgenommen. Diese beinhaltet den Buchwert der alten Motorradprüfhalle, welche aufgrund des Abbruchs der Halle vollständig abgeschrieben werden musste. Auf der anderen Seite kam der Neuwert des Neubaus in der Höhe von rund CHF 1'367'000.00 dazu, weshalb sich der Gesamtwert der Immobilien im Vergleich zum Vorjahr beinahe unverändert zeigt.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	62.6	61.6	59.2	58.8
Total Führerprüfungen theoretisch	8'017	8'459	7'861	7'927
praktisch	10'033	10'021	10'467	10'657

Total geprüfte Motorfahrzeuge	115'878	110'562	99'818	94'170
Erfolgsrechnung in Fr. (Gewinn bereits verrechnet)				
Aufwand	-13'999'425	-9'954'452	-9'867'743	-10'245'074
Ertrag	10'212'332	10'994'264	10'464'962	10'453'204
Gewinn/Verlust	-3'787'093	1'039'812	597'219	208'130
Bilanzsumme in Fr.	3'069'399	13'457'676	12'810'806	11'792'318
Total Eventualverpflichtungen	4'648'961	393'920	640'761	656'735
davon PKBL				
davon PKBS	4'226'700	-	-	-
	422'261	393'920	640'761	656'735
Total Liegenschaften Buchwert	1'545'027	12'031'910	10'973'64	10'910'082
Deckungsgrad Pensionskasse in %		101.03%	103.0%	101.4%
Eigenfinanzierungsgrad		57.5%	56.8%	51.4%
Liquiditätsgrad II		593%	335%	299%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der MFP

Am 2. Januar 2018 hat die neu formierte Abteilung „Fahrzeugdispo“, welche aus dem Projekt „erweiterte Kooperation“ entstand, ihre Arbeit bei der MFP aufgenommen. Ziel ist es, rasch zu einem harmonischen Betrieb übergehen zu können und die Kunden auch während der Einführungsphase optimal zu bedienen.

Im Jahr 2018 steht die Rezertifizierung unseres Managementsystems nach der revidierten Norm ISO 9001:2015 an. Die Umsetzung der neuen Normforderungen ist relativ aufwendig und bringt einigen Änderungsbedarf mit sich. Die Mitarbeitenden wurden zu diesem Zweck bereits spezifisch geschult, damit der erfolgreichen Rezertifizierung nichts im Weg steht.

Anfang Jahr wurde seitens des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) die Vernehmlassung für eine grössere Revision der VTS angekündigt. Diese beinhaltet, dass künftig Neufahrzeuge mit europäischen Typengenehmigungen vor der Zulassung zum Verkehr nicht mehr amtlich geprüft werden müssen. Dies würde eine tiefgreifende Änderung des heutigen Prüfungs- und Zulassungsprozesses bedeuten. Falls dieses Gesetz so umgesetzt wird, werden diverse Anpassungen anfallen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Da die MFP hoheitliche Aufgaben erfüllt, ist in Bezug auf die Umfeldentwicklung mittelfristig keine generelle Änderung zu erwarten.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die MFP beider Basel ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt, für welche seitens des Kantons eine implizite Staatshaftung besteht. Aus den Vorjahren bestehende Rückstände bei den Motorfahrzeug-Prüfungen wurden aufgearbeitet und stellen somit kein Risiko mehr dar. Durch die Gesetzesänderung und die dadurch implizierte Verlängerung der Prüfperioden wird auch zukünftig nicht mit einem Anstieg der ausstehenden Prüfungen gerechnet.

Die Eigentümerstrategie der MFP wird zusammen mit Basel-Stadt erstellt und konnte von der paritätischen Betriebskommission noch nicht verabschiedet werden. Die Genehmigung wird im Jahr 2018 erfolgen.

Beteiligung im Landrat 2017

16.11.2017	Interpellation	2017-559	Motorfahrzeugkontrolle beider Basel: Anzahl Nachkontrollen reduzieren	erledigt
------------	----------------	--------------------------	---	----------

6.5.4 Swisslos

SWISSLOS

Beurteilung Geschäftsjahre 2015/2016: wichtige Entwicklungen bei der SWISSLOS

Das Bundesparlament hat das Geldspielgesetz Ende September 2017 mit klarem Mehr verabschiedet. Dieses Gesetz wird die Rahmenbedingungen für Swisslos und damit die Höhe der für gemeinnützige Zwecke und den Sport zur Verfügung stehenden Mittel bestimmen. Das Gesetz ermöglicht sozialverträgliche und trotzdem attraktive Spiele und bekämpft das aggressive illegale Spielangebot, das vor allem auch im Internet rasch wächst.

Nach einer mehrjährigen Stagnation auf einem Ertragsniveau von rund CHF 150 Mio. resultierte 2016 bei den Losen ein Wachstum. Dazu trugen sowohl die via Handel als auch die via Internet verkauften Lose bei. 2017 konnte das Ertragswachstum nur im Internet fortgesetzt werden. Die über den Handel vertriebenen Papier-Lose erlitten eine leichte Ertragseinbusse. Ihre Präsentation und Logistikprozesse an den Verkaufsstellen sind zu verbessern, damit der 2016 begonnene Aufwärtstrend fortgesetzt werden kann.

Die Sportwetten erlitten eine weitere Ertragseinbusse; dies obwohl der Pferdewetten-Ertrag erneut anstieg. Das Hauptprodukt Sporttip wird 2018 in modifizierter Form neu lanciert. Ein den illegalen Sportwetten gleichwertiges Wettangebot kann Swisslos erst ab Inkrafttreten des neuen Geldspielgesetzes bereitstellen. Dann können vom wachsenden Volumen des Sportwettenmarktes profitiert und den illegalen Anbietern im Internet abgenommen werden.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	211	214	208	212
Reingewinn in Mio. Fr.				
aus Lottogeschäft	284	252	304	280
aus Losgeschäft	97	95	102	96
aus Sportwettengeschäft	8	7	6	4
Total	389	354	413	380
Bilanzsumme in Fr.	704'142'477	654'684'150	718'143'798	800'531'017
Ausschüttung an BL	15'818'327	14'460'728	16'222'821	15'006'676

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der SWISSLOS

Die Zukunft von Swisslos hängt vom Ergebnis der Beratungen des Entwurfs des Geldspielgesetzes durch das eidgenössische Parlament ab.

Die Schweizer Bevölkerung wächst und wird im Durchschnitt älter. Beides führt zu einer höheren Geldspielnachfrage. Swisslos sind Rahmenbedingungen zu gewähren, die es ihr ermöglichen, von der erhöhten Nachfrage zu profitieren. Fehlen Massnahmen zur Eindämmung des illegalen Geldspiels und wird Swisslos ein attraktives Geldspielangebot verwehrt, wandern die Geldspielerträge weiterhin ins Ausland ab und der Schutz vor den Gefahren des Geldspiels bleibt auf der Strecke. Werden die im neuen Geldspielgesetz vorgesehenen verbesserten Massnahmen zur Bekämpfung des illegalen Geldspielangebots konsequent umgesetzt und erhalten die legalen Schweizer Anbieter die Möglichkeit, ihre Spiele auf attraktive Art und Weise zu gestalten, zu bewerben und zu verkaufen, kann ein erheblicher Teil dieses Volumens zurückgewonnen werden.

Wichtig ist auch die Balance zwischen Spielerschutz und attraktivem legalem Spielangebot. Weitergehende Präventionsvorschriften sind deshalb abzulehnen. Die vorgesehenen Präventionsmassnahmen stellen einen wirkungsvollen Schutz vor exzessivem Geldspiel sicher. Punkto Spielsuchtprävention wird die Schweizer Gesetzgebung damit zu einer der Strengsten in Europa.

Zielkonform ist entsprechend ebenfalls die Steuerbefreiung der Lotterien- und Sportwettengewinne, die auch von der Finanzdirektorenkonferenz der Kantone unterstützt wird. Eine Abwanderung von Spielenden ins Ausland und zu illegalen Anbietern wird damit beseitigt.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Der Markt und sein technologisches, demografisches, soziales, mediales und wirtschaftliches Umfeld stellen ein kom-

plexes und zunehmend dynamisches Wirkungsgefüge dar. Gesetze und Verordnungen hinken aktuell vielen neuartigen Entwicklungen in diesem Wirkungsgefüge hinterher. Zu nennen sind beispielsweise Online-Spiele mit geldwerten Gewinnen, bei welchen die Teilnahme nicht an die Leistung eines Spieleinsatzes geknüpft ist, sondern den Anbietern mit anderen Geschäftsmodellen Einnahmen verschafft. Dieser Entwicklung kann mit der Annahme des neuen Geldspielgesetzes entgegengewirkt werden.

Wichtig ist die Frage, wie der Markt und damit die Konkurrenzbeziehungen abzugrenzen sind. Bewegen sich die Lotteriegesellschaften im Geldspielmarkt? Oder stehen sie im Wettbewerb zu Anbietern aus anderen Branchen, die ebenfalls um die Aufmerksamkeit, Freizeit und das frei verfügbare Einkommen der Schweizer Bevölkerung buhlen? Solche Fragen werden Swisslos und alle anderen Akteure, die sich mit Geldspielen befassen, in naher Zukunft beschäftigen.

Aufgrund des neuen Gesetzes über Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG), welches seit 1. Januar 2018 in Kraft ist, wird diese Institution in Zukunft nicht mehr als Beteiligung geführt.

Diese Institution wird ab Inkrafttreten des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) per 1. Januar 2018 nicht mehr als Beteiligung geführt.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Ein in den vorgängig erwähnten wichtigen Entwicklungen dargelegtes Risiko besteht darin, dass das neue Geldspielgesetz nicht wie vorgesehen in Kraft tritt und damit eine Weiterentwicklung der Angebote von Swisslos und damit der Gewinnoptimierung verhindert wird. Dies kann die Höhe der Gewinnausschüttung an die Kantone beeinflussen.

Es besteht allenfalls ein geringes Reputationsrisiko in Zusammenhang zwischen Gewinnmaximierung und Sozialverträglichkeit (Spielsuchtprävention) und den damit zusammenhängenden volkswirtschaftlichen Gefahren.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.6 Beteiligungen, die der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion zugeordnet sind

6.6.1 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der FHNW

Die FHNW entwickelte sich auch im Jahr 2017 im Rahmen der Vorgaben des Leistungsauftrags 2015–2017 sehr gut. Die Studierendenzahl stieg 2017 auf 12'230 und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 342 Personen. Dies entspricht einem Anstieg von plus 3% nach Personen bzw. plus 5% in Vollzeitäquivalenten.

Das finanzielle Ergebnis der FHNW weist per 31. Dezember 2017 bei einem Gesamtaufwand von CHF 453 Mio. einen Ertragsüberschuss von CHF 12.7 Mio. auf. Das Eigenkapital erhöht sich auf knapp CHF 49 Mio. Auch 2017 ist es der FHNW gelungen, die Trägermittel sorgsam und mit einer hohen Budgetgenauigkeit einzusetzen. Das gute Resultat zeigt, dass die Hochschule über eine effiziente und effektive Organisation verfügt.

Die finanziellen Ziele im Leistungsauftrag werden fast ausnahmslos erreicht und oft übertroffen. Der Selbstfinanzierungsgrad konnte von 50.4% auf 52.3% gesteigert werden. Die Durchschnittskosten für die Bachelor- und Masterstudiengänge konnten auch 2017 erneut gesenkt werden. Gegenüber der Leistungsperiode 2012–2014 senkte die FHNW insgesamt ihre Durchschnittskosten von CHF 28'500 (Stand 2014) um 8% auf CHF 26'300 pro Vollzeitäquivalent.

Im Bereich Weiterbildung konnte die FHNW die Drittmittelträge halten und ohne Berücksichtigung der Weiterbildung in der PH um 3% steigern (Vorjahre: Weiterbildung ohne PH CHF 28.5 Mio. auf CHF 29.3 Mio.).

Auch die im Bereich Forschung generierten Drittmittel sind gegenüber dem Vorjahr um knapp 8% auf CHF 55.5 Mio. gestiegen.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende (HC) Vollzeitäquivalente	2'758 1'922	2'760 1'984	2'784 2'000	2'873 2'064
Anzahl Studierende (HC) Vollzeitäquivalente Anzahl Studierende aus BL	10'534 8'257 1'849	11'262 8'618 1'897	11'888 9'030 2'030	12'230 9'469 2'045
Staatsbeiträge in Mio. CHF				
AG	94	80	81.4	83.0
BL	68	63	64.2	64.9
BS	46	43	44.0	44.4
SO	37	37	37.6	38.1
TOTAL	245	225	227.2	230.4
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	461'176'751	458'713'250	457'655'669	457'655'669
Ertrag	469'418'423	457'038'138	464'112'817	464'112'817
+Gewinn / -Verlust	+ 8'241'672	- 1'675'112	+ 6'457'148	6'457'148
Ausbildungskosten FHNW pro Vollzeitäquivalent in CHF Ø Hochschulen Schweiz	28'473	27'631	26'900	26'300
Bilanzsumme in CHF	135'526'154	133'724'711	136'017'196	157'260'757
Eigenkapital in CHF	30'994'516	29'319'404	35'776'552	48'484'480

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der FHNW

Das Portfolio der FHNW muss so gestaltet sein, dass die FHNW in einem finanzpolitisch zunehmend anspruchsvollen Umfeld den einsetzenden Systemveränderungen im Hochschulbereich (HFKG) aus einer Position der Stärke begegnen und gleichzeitig die spezifischen Bedürfnisse der Unternehmen und der Gesellschaft nach Fachkräften sowie nach Leistungen in Forschung und Entwicklung effizient und effektiv erfüllen kann. Der Leistungsauftrag 2015–2017, der am 13. November 2014 vom Landrat verabschiedet wurde, ist auf diese Ziele hin ausgerichtet (LRV 2014-199).

Wichtige Voraussetzungen dafür wurden mit dem Leistungsauftrag 2012–2014 geschaffen: durch Vorgaben zur finanziellen Steuerung über gesamtschweizerisch gültige und damit vergleichbare Standardkostensätze und Deckungsgrade, zur kontrollierten, kontinuierlichen und differenzierten Entwicklung der Fachbereiche (Zulassungsbeschränkungen, Forschungsvolumen) und zur effizienten Bewirtschaftung der Infrastrukturen (Bezug von drei neuen Campusgebäuden, damit verbunden Restrukturierungen). Diese Vorgaben gelten in den kommenden Jahren weiterhin. Um den Wettbewerbsvorteil der FHNW als Multispartenhochschule zu stärken, wird die FHNW in der Leistungsperiode 2015–2017 insgesamt CHF 10 Mio. für Initiativen und Projekte in den vier strategischen Themenfeldern „Alternde Gesellschaft“, „Erzeugung, Distribution & nachhaltige Nutzung von erneuerbaren Energien“, „Naturwissenschaft, Technik und Informatik an der Volksschule“ und „Unternehmertum“ investieren. Diese hochschulübergreifenden und interdisziplinären Aktivitäten sollen fokussiert weiterentwickelt und nachhaltig umgesetzt werden.

Von entscheidender Bedeutung für den Standort Basel-Landschaft der FHNW wird die zeitgerechte Realisierung des Campus-Neubaus in Muttenz im Jahr 2018 sein.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) wird die bisher bestehenden rechtlichen Unterschiede zwischen den Universitäten und Fachhochschulen aufheben. Als Folge gewinnen die Autonomie und die Steuerungs- und Finanzierungsentscheide der kantonalen Hochschulträger noch mehr an Bedeutung.

Nach einer starken Wachstumsphase wird sich das System der Fachhochschulen in den nächsten Jahren konsolidieren. Der ‚Bildungsmarkt‘ wird aus verschiedenen Gründen kompetitiver: Aufgrund der demographischen Entwicklung flacht das Wachstum der Studierendenzahlen in den nächsten Jahren ab, was zu einem gewissen Verdrängungswettbewerb unter den Fachhochschulen bzw. deren Standortregionen führen wird. Gleichzeitig nimmt die Nachfrage des Arbeitsmarkts nach Absolvent/innen zu (Fachkräftemangel, Lehrerinnen- und Lehrermangel), und auch die qualitativen Anforderungen der Abnehmer an die Ausbildung, die Weiterbildung sowie die Forschung und Entwicklung steigen (Sicherung der Innovationsfähigkeit des Standorts Schweiz, technische Infrastrukturen, Internationalisierung von Aus- und Weiterbildung, Rekrutierung und Entwicklung des Hochschulpersonals). Gemäss dem Referenzszenario des Bundesamts für Statistik (BfS) werden die Studierendenzahlen jährlich deutlich weniger stark wachsen (UH:

0.3%, FH: 0.9%). Die Anzahl der PH-Studierenden wird gemäss BfS am stärksten zunehmen (1.3%).

Angesichts der Sparvorgaben für die öffentlichen Haushalte steigt der finanzielle Druck auf die Fachhochschulen deutlich an.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die gesetzlichen Veränderungen der Hochschulfinanzierung auf Stufe Bund in Kombination mit dem zu erwartenden Verdrängungswettbewerb im Fachhochschulbereich wird in den kommenden Jahren zu einer gewissen Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Einnahmen der FHNW bzw. den Ausgaben des Kantons (Verhältnis von Eigen- und Fremdstudenten) führen.

Die neuen Modelle bezüglich des Verteilschlüssels der Bundesgelder zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen kommt der FHNW aus momentaner Sicht tendenziell entgegen. Die erste Auszahlung der Bundessubventionen nach dem neuen kompetitiven Modell fiel für die FHNW besser aus als erwartet. Allerdings führt dieser Auszahlungsmodus zu Planungsunsicherheiten, da die Beiträge an eine Fachhochschule immer in Relation zur Performance der anderen Fachhochschulen erfolgt. Die FHNW wird daher immer erst relativ spät Gewissheit über die Höhe der Bundesbeiträge haben.

Aus Perspektive des Hochschulmarkts ist zu erwarten, dass es nach einer relativ langen Wachstumsphase sämtlicher FH zu einem Verdrängungswettbewerb der Fachhochschulen kommen wird. Aus Perspektive Kanton ist in finanzieller Hinsicht das Verhältnis von Eigen- und Fremdstudierenden an der FHNW von Interesse. Mit kantonsfremden Studierenden an der FHNW fliessen Mittel dieser Kantone im Rahmen der Fachhochschulvereinbarung (FHV) an die FHNW. Absolvieren Baselbieter Studierende ein Studium an einer FH ausserhalb des Bildungsraums Nordwestschweiz, muss der Kanton Basel-Landschaft dies den jeweiligen Kantonen ebenfalls entsprechend vergüten.

Aufgrund der Erfahrungen mit den neuen Campus Bauten in Olten und Brugg-Windisch ist nach dem Bezug des Neubaus auf dem Campus Muttenz im Herbst 2018 mit einem stärkeren Wachstum zu rechnen. Diese grundsätzlich positive Entwicklung wird aufgrund der Vorgaben des FHNW-Verteilschlüssels (höhere Anzahl FHNW-Studierende in BL) zu einem höheren prozentualen Anteil vom BL am Globalbeitrag führen.

Aufgrund dieser Unsicherheiten ist es sinnvoll, diese Veränderungen aktiv zu überwachen. Das finanzielle Risiko ist entsprechend leicht erhöht.

Beteiligung im Landrat 2017

16.03.2017	Postulat	2017-064	Neukonzeption Informatik-Ausbildung in der Region Nordwestschweiz	überwiesen
18.05.2017	Interpellation	2017-195	Basisschrift	beantwortet
23.05.2017	Vorlage	2017-201	«Eignungstest vor Studienbeginn an der Pädagogischen Hochschule der FHNW für die Lehrerausbildung aller Stufen»	beschlossen
06.06.2017	Vorlage	2017-220	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW); Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für das Jahr 2016	beschlossen
08.06.2017	Vorlage	2017-221	Erneuerung des Leistungsauftrags an die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	beschlossen
26.06.2017	Interpellation	2017-131	Für die einen eine „Schwachstromausbildung“, für die anderen eine „Schnellbleiche“	erledigt
29.06.2017	Interpellation	2017-266	Praxisorientierung an der PH FHNW	erledigt
28.09.2017	Postulat	2017-366	Bildungsqualität statt Abbau: Künftige Positionierung der Ausbildung der Primarlehrpersonen - Anpassungen im Leistungsauftrag der PH FHNW für die Periode 2021–2023	überwiesen
14.12.2017	Interpellation	2017-641	Transparenz im Hochschulsponsoring	erledigt

6.6.2 Interkantonale Lehrmittelzentrale (ilz)

Interkantonale Lehrmittelzentrale (ilz)				
Beurteilung Geschäftsjahr 2017: wichtige Entwicklungen bei der ilz				
-				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	5	5	5	5
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	808'679.95	873'209.12	914'810.27	878'810.06
Ertrag	915'236.60	717'834.40	777'321.05	708'630.15
+Gewinn / -Verlust	106'556.65	-155'374.72	-137'489.22	-170'179.91
Bilanzsumme in CHF	1'978'336.62	1'991'141.80	1'841'686.33	1'300'114.38
Kennzahlen	ADG I	ADG II	Eigenfinanzierungsgrad	Liquiditätsgrad II
2015	keine	keine	keine	keine
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der ilz				
Wirtschaftlich effiziente und qualitativ hochstehende Bereitstellung von Lehrmitteln (analog und digital)				
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung				
Stabil. Die ilz führt im Interesse der Kantone deren Verlagsaufgaben für die kostengünstige Realisierung oder Beschaffung von Lehrmitteln.				
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht				
Gering. Mit einer Beteiligungsquote von 1.2% ist die Einflussnahme durch den Kanton Basel-Landschaft auf die ilz äusserst gering.				
Beteiligung im Landrat 2017				
Keine Geschäfte				

6.6.3 Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel (SRG Region Basel)

Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel (SRG Region Basel)				
Beurteilung Geschäftsjahre 2017: wichtige Entwicklungen bei der SRG Region Basel				
Das Jahr 2017 stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen des Umzugs vom Bruderholz ins Meret Oppenheim-Hochhaus beim Bahnhof SBB. Dies bedeutete vor allem auch Absprachen und Verhandlungen mit SFR Schweiz bezüglich des sich im Baurecht befindlichen Bodens des Radiostudios Bruderholz.				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	2	2	2	1
Erfolgsrechnung in Fr.				
Aufwand	341'214	361'134	343'412	355'338
Ertrag	361'341	361'882	364'133	366'662
+Gewinn / -Verlust	20'127	748	20'721	11'324
Bilanzsumme in Fr.	556'257	562'671	1'317'669	1'293'824
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der SRG Region Basel				
Umsetzung des erarbeiteten Ablösevertrags zum bestehenden Baurechtsvertrag auf dem Bruderholz zwischen SRG SSR und SRG Region Basel und Umzug in die neuen Geschäftsräumlichkeiten am Bahnhof SBB.				

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung
Am 4. März 2018 scheiterte die «No Billag»-Initiative. Die Rundfunkgebühren werden nicht abgeschafft und sichern somit weiterhin ein breit abgestütztes und kulturell vielfältiges Programm. <i>Diese Institution wird ab Inkrafttreten des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) per 1. Januar 2018 nicht mehr als Beteiligung geführt.</i>
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht
Es besteht kein finanzielles Risiko für den Kanton.
Beteiligung im Landrat 2017
Keine Geschäfte

6.6.4 Schweizerischer Bibliotheksdienst (SBD)

Schweizerischer Bibliotheksdienst (SBD)				
Beurteilung Geschäftsjahre 2017: wichtige Entwicklungen beim SBD				
Keine wesentlichen Veränderungen				
Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Erfolgsrechnung in CHF +Gewinn / -Verlust	42'578	20'496	n.a.	56'476
Bilanzsumme in CHF	2'295'587	2'631'063	n.a.	2'608'175
Reserven in CHF	344'000	347'000	n.a.	n.a.
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim SBD				
Förderung Bibliothekswesen:				
<ul style="list-style-type: none"> • weiterhin Unterstützung digitaler Bibliotheken via SBD.bibliotheksservice ag; • weiterhin Stipendien/Unterstützungsbeiträge; • aktive Mitarbeit in RDA-Arbeitsgruppe der SAB (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken) zur Einführung international gültiger Katalogisierungsregeln; • Prüfung Erweiterung Schulungsangebot für Bibliotheks(-kader)personal; • Prüfung Angebot Bibliotheksreise für Bibliotheksleiter (neu gestaltete/erbaute Bibliothek im Ausland); 				
Herausforderungen sind:				
<ul style="list-style-type: none"> • Verlagerungen vom physischen Buch auf das digitale: mit divibib gut aufgestellt. • Veränderungen in Bibliotheken: von "Ausleihstelle" zu "Bibliothek als Ort": mit Veränderungen im Mobiliar-Sortiment darauf reagieren. 				
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung				
Herausforderung: Verlagerung physischen zu digitalen Medien / Vorkehrung: Exklusivvertreiber für divibib in Schweiz				
Veränderung in Bibliotheken: von der "Ausleihstelle" zu "Bibliothek als Ort" / Vorkehrung: mit Veränderungen im Mobiliarsortiment wird darauf reagiert				
<i>Diese Institution wird ab Inkrafttreten des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) per 1. Januar 2018 nicht mehr als Beteiligung geführt.</i>				
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht				
Falls die SBD Insolvenz anmelden müsste - beispielsweise wenn die Bibliotheken keine Medienkredite mehr erhalten würden - könnte dies ein Verlust seiner Genossenschaftsanteile in Höhe von CHF 34'000 zur Folge haben.				
Beteiligung im Landrat 2017				
Keine Geschäfte				

6.6.5 Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)

Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)

Beurteilung des Geschäftsjahrs 2017: wichtige Entwicklungen beim Swiss TPH

2017 ist das erste Geschäftsjahr seit dem Inkrafttreten der bikantonalen Trägerschaft gemäss Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts vom 5. April 2016 ([SGS 665.1](#), [LRV 2015-405](#)) und das erste Jahr der Leistungsperiode 2017–2020. Bei einem Gesamtaufwand von CHF 85.4 Mio. schliesst das Swiss TPH das Rechnungsjahr 2017 mit einem Gewinn von CHF 352'247 ab.

Das Swiss TPH beschäftigt über 800 Mitarbeitende und Studierende – 444 Frauen und 379 Männer – aus 79 Nationen. Sie arbeiten zu Themen wie übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten, Umwelt, Gesellschaft und Gesundheit sowie Gesundheitssysteme und -programme. Die Expertise des Swiss TPH reicht vom Labor bis zur Praxis, von der molekularen bis zur globalen Ebene sowie von den Genen bis zum Gesundheitssystemen. Forschende des Swiss TPH haben zum ersten Mal zusammen mit Partnern von anderen Universitäten und nationalen und internationalen Organisationen das Publikationsziel „500 – no less“ erreicht. 503 Artikel wurden 2017 in renommierten Fachzeitschriften publiziert.

2017 hat das Swiss TPH 78% des Ertrags aus kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln erwirtschaftet. Diese setzen sich aus Forschungs-, Dienstleistungsaufträgen, medizinischen Dienstleistungen (z.B. Reisemedizin) sowie Aus- und Fortbildung zusammen. Das Swiss TPH arbeitet dafür mit 22 Stiftungen (darunter etwa auch die Bill und Melinda Gates-Stiftung), 16 öffentlichen Auftraggebern aus der Schweiz, 23 öffentlichen und halb-öffentlichen Auftraggebern weltweit sowie 39 privaten Auftraggebern aus der ganzen Welt zusammen. Ausserdem kooperiert das Swiss TPH neben der Universität Basel mit 47 akademischen Partnern darunter die ETH Lausanne und die ETH Zürich, die Universitäten Bern, Luzern und Zürich sowie mehrere international renommierten Universitäten beispielsweise die University of Cambridge, UK, die University of Cape Town, SA; die John Hopkins University, Baltimore US, oder die University of Melbourne, AU.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Mitarbeitende in Basel	-	-	-	482
Mitarbeitende weltweit				159
Total				641
Staatsbeiträge in Mio. CHF	-	-	-	
BL				3.63
BS				3.63
Total				7.26
Erfolgsrechnung in Mio. CHF	-	-	-	
Aufwand				85.744
Ertrag				85.392
+ Gewinn/- Verlust				0.352
Drittmittel in Relation zum Gesamtaufwand	-	-	-	78%
Bilanzsumme in Mio. CHF	-	-	-	56.212
Eigenkapital	-	-	-	6.908

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim Swiss TPH

In der Leitung des Swiss TPH hat ein Generationenwechsel stattgefunden. In den nächsten zwei bis drei Jahren wird sich zeigen, ob es dem Swiss TPH auch unter der neuen Leitung gelingt, den hohen Anteil an Drittmitteln fortzuschreiben. Mitarbeitende des Swiss TPH nehmen als Dozenten Ausbildungsaufgaben an der Universität Basel wahr. Diese werden von der Universität Basel entgolten. Damit trägt auch die Universität einen namhaften Anteil an die Kernfinanzierung des Swiss TPH bei. Für das Swiss TPH ist daher die Einigung der beiden Trägerkantone zur weiteren Entwicklung der Universität von hoher Bedeutung.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Mit dem hohen Anteil von Mitarbeitenden im Ausland stellen die politische Entwicklung in den jeweiligen Ländern sowie die Gefahren für die Mitarbeitenden auf Reisen (Erkrankungen, Unfälle, Einsatz in Kriegsgebieten, Entführungen) für

das Swiss TPH ständige Risiken dar.

Neben den Betriebsbeiträgen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt und den Abgeltungen der Universität Basel trägt der Bund gemäss Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG, [SGS 420.1](#)) zur Kernfinanzierung des Swiss TPH bei. Die Mittel, welche im Rahmen der nächsten BFI-Botschaft für Forschung und Innovation auf Bundesebene beschlossen werden, sind daher auch für das Swiss TPH relevant.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Für den Kanton stellt der Neubau für das Swiss TPH in Allschwil ein gewisses Risiko dar. Der Betrag von CHF 80 Mio., welcher mit einer Kreditsicherungsgarantie der Kantone auf den Kapitalmarkt aufgenommen werden soll, ist mit den beiden Parlamentsbeschlüssen vom Frühjahr 2016 definiert worden. Das Swiss TPH plant nun ein etwas umfangreicheres Projekt mit zusätzlichen Flächen. Die Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BL und der Vorsteher des Erziehungsdepartements BS haben die Leitung dahingehend informiert, dass dem nichts entgegen steht, sofern das Swiss TPH in der Lage ist, die höheren Investitionskosten und des nachgelagerten Betriebs, selbständig sicherzustellen, indem sie anderweitige Finanzierungsquellen nutzen.

Beteiligung im Landrat 2017

Keine Geschäfte

6.6.6 Universität Basel

Universität Basel

Beurteilung Geschäftsjahre 2016/2017: wichtige Entwicklungen bei der Universität Basel

Mit dem Leistungsbericht 2017 berichtet die Universität über das vierte und letzte Jahr der Leistungsperiode 2014–2017. Bei einem Gesamtaufwand von CHF 729.4 Mio. schliesst die Universität das Rechnungsjahr mit einem Gewinn von CHF 0.6 Mio. ab. Die freien Mittel erhöhen sich damit auf rund CHF 13.4 Mio.

Die Studierendenzahl konsolidiert sich mit 12'873 knapp beim strategischen Szenario Midi, das eine Studierendenzahl von rund 13'000 definiert hat und die Grundlage für die Raumstrategie der Universität bildet. Die Studierendenzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr (12'852) nur minim verändert. Die angestrebte Konsolidierungsstrategie, die von einer in den nächsten Jahren stabilen Studierendenzahl ausgeht, scheint realistisch zu sein. Die Summe an kompetitiv erworbenen Drittmitteln ist im Vergleich zum Vorjahr um rund CHF 6.4 Mio. gestiegen (2016: CHF 101 Mio., 2017: CHF 107.4 Mio.). Zu diesem Anstieg haben alle Fakultäten beigetragen, wobei nicht alle Fakultäten den Rückgang des Vorjahres vollständig kompensieren konnten. Der Fremdfinanzierungsgrad – damit sind alle Einnahmen ausserhalb der Trägerbeiträge gemeint – erreicht im Jahr 2017 den im schweizerischen Quervergleich hohen Wert von 54.8%.

Unternehmenseckwerte	R 2014	R 2015	R 2016	R 2017
Anzahl Mitarbeitende	1'880	1'936	1'877	1'921
Projektanstellungen	1'038	1'045	1'067	1'061
Total	2'918	2'983	2'944	2'982
<i>in Vollzeitäquivalente</i>				
Anzahl Studierende	12'560	12'729	12'852	12 873
Veränderung ggü. Vorjahr	+0.07%	+1.34%	+0.97%	+0.16%
Anzahl Studierende aus BL	2'609	2'611	2'601	2'632
Veränderung ggü. Vorjahr	+2.03%	+0.07%	-0.4%	+1.2%
Staatsbeiträge in Mio. CHF				
BL	159.9	161.9	164.0	169.0
BS	161.1	163.2	165.3	160.5
Total	321.0	325.1	329.3	329.5
Erfolgsrechnung in Mio. CHF				
Aufwand	704.4	745.1	753.0	729.4
Ertrag	714.1	728.6	752.4	730.0
+ Gewinn/- Verlust	+6.7	-16.4	-0.6	+0.6
Ausbildungskosten Universität Basel Ø Universitäten Schweiz	noch nicht verfügbar	noch nicht verfügbar	noch nicht verfügbar	Noch nicht verfügbar

Bilanzsumme in Mio. CHF	795.0	864.5	922.1	1'010.6
Eigenkapital in Mio. CHF	29.8	13.4	12.8	13.4

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Universität Basel

Die Universität stärkt mit ihrer Weiterentwicklung den Wissens-, Wirtschafts- und Kulturstandort gemäss ihrer «Strategie 2014»: Sie wird als profilierte, regional verankerte, aber international ausgerichtete Volluniversität gefestigt. Im Vordergrund steht die Positionierung der Universität als akademische Institution in enger Verzahnung mit Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft. Die Universität verpflichtet sich dem Grundsatz der Nachhaltigkeit sowohl in Forschung und Lehre als auch in der Betriebsführung. Für die Weiterentwicklung wird das disziplinenübergreifende Forschungsgeschehen an der Universität auf fünf thematische Schwerpunkte fokussiert. Die Schwerpunkte bilden das Potenzial der Universität ab und weisen grosse Unterschiede bezüglich Grösse und Umsetzungsstand aus. Neben den etablierten Schwerpunkten, wie «Life Sciences», Nanowissenschaften und «Bildwissenschaften» finden sich auch die im Aufbau befindlichen «Nachhaltigkeits- und Energieforschung» und «European and Global Studies». Mit der flexibleren Schwerpunktsetzung soll die Offenheit für neue Entwicklungen sichergestellt werden.

Die Revision der Bachelor- und Masterprogramme im Hinblick auf ein attraktives Studienangebot wird weitergeführt. Insbesondere die Masterstufe soll für besonders begabte Studentinnen und Studenten attraktiv gestaltet werden. Dies impliziert ein selektiveres Verhältnis zwischen Bachelor- und Masterstufe. Die Doktoratsstufe wird ausgebaut und besser strukturiert. Die Strategie 2014 legt ein Hauptaugenmerk auf die Nachwuchsförderung und Steigerung der akademischen Exzellenz. Zur Exzellenzpolitik der Universität gehören eine zielgerichtete Nachwuchsförderung, stärkere Anreize für eine konkurrenzfähige Forschung und attraktive Anstellungsbedingungen für das wissenschaftliche Personal. Damit wird dem ausserordentlichen Bedarf der Schweiz an akademischem Fachpersonal, das sich nicht zuletzt an den Universitäten selbst manifestiert, Rechnung getragen.

Im Verlauf der Leistungsperiode 2018–2021 soll die Vereinbarung über das Immobilienwesen der Universität Basel gesamthaft überarbeitet werden. Aufgrund der offenen Ausgangslage erfolgt übergangsweise keine spezifische Zuweisung eines Anteils des Globalbeitrags an den Immobilienfonds im Rahmen dieses Leistungsauftrags. Zudem soll im Verlauf der Leistungsauftragsperiode 2018 bis 2021 die Strategie 2030 erarbeitet werden, um auf dieser Basis die Planungsgrundlagen für die Leistungsperiode 2022–2025 formulieren zu können.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Universität hat mit ihrem Jahresergebnis 2017 zeigen können, dass Sie in der Lage ist, die von den Trägerkantonen geforderten Einsparungen umzusetzen. Jedoch führt der nationale aber auch globale Wettbewerb um Innovationskraft zu einem steigenden Mittelbedarf im Hochschulbereich. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die Stärke der Universität Basel in einem international kompetitiveren Umfeld zu halten, was eine Fokussierung ihres jetzigen Potenzials erfordert. Die Globalbeiträge der Trägerkantone der Universität Basel vermögen es nicht, einen kontinuierlichen Ausbau zu garantieren. Die Abhängigkeit der Universität Basel von den Globalbeiträgen sollte daher sukzessive verkleinert werden. Der Fokus der Finanzierung muss sich verstärkt in Richtung einzuwerbende Drittmittel richten. Die kantonale Hochschulfinanzierung, wie sie heute besteht, stösst allmählich an ihre Grenzen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Universität Basel hat mit ihrem strukturierten Umgang mit Investitionen in Immobilien gezeigt, dass sie einen grossen Wert auf die nachhaltig-wirtschaftliche Entwicklung legt. Zudem wird die Zusammenarbeit zwischen den Trägerkantonen im Namen des Gesamtprojekts Universitätsverhandlungen intensiviert. Unter der Führung der Hochschulverantwortlichen der beiden Kantone werden folgende Handlungsfelder im Rahmen von 5 Teilprojekten realisiert: Immobilienanalyse, Immobilienstrategie, Governance/Koordination mit dem Universitätsrat und dessen Strategieprozess 2030, Finanzierungsmodell und Vertragsänderungen. Die verbesserte Zusammenarbeit zwischen und mit den Trägerkantonen garantiert einen transparenten und verantwortungsbewussten Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Das Risiko aus Kantonssicht kann somit als geringer eingestuft werden als in den Vorjahren.

Dennoch darf das Risikopotenzial der nötigen Einwerbung von Drittmittel durch die Universität nicht unterschätzt werden, da die Höhe der eingeworbenen Drittmittel von verschiedenen unterschiedlich beeinflussbaren Faktoren abhängig ist und dementsprechend Schwankungen ausgesetzt ist.

Die bikantonale Eigentümerstrategie dient als Führungsinstrument der beiden Trägerkantone, welche die langfristigen Stossrichtungen und Ziele der Regierungen definiert. Die strategischen Ziele beinhalten die Bereiche Forschung, Lehre, Dienstleistungen, Kooperationen und Immobilien. Die Universität muss im Rahmen ihres internen Kontrollsystems eine jährlich aktualisierte Risikoanalyse durchführen, welche von Universitätsrat verabschiedet wird.

Für die Eigentümerstrategie des Kantons Basel-Landschaft werden neben der eigentlichen Strategie noch jeweils ein

Anforderungsprofil und ein Controlling-Raster für die Beteiligung erstellt. Das Anforderungsprofil für die bis Ende 2017 gültige Eigentümerstrategie des Kantons Basel-Landschaft behält auch in der kommenden Leistungsperiode seine Gültigkeit. Das Controlling-Raster wurde überarbeitet und die neuen Ziele zu den Themen Fundraising, Kooperationen und Immobilien wurden übernommen. Die wirtschaftlichen Ziele, die in der bikantonalen Eigentümerstrategie implizit durch den Verweis auf den Universitätsvertrag und den Leistungsauftrag enthalten sind, werden im Controlling-Raster einzeln aufgeführt.

Beteiligung im Landrat 2017

12.01.2017	Postulat	2017-022	Uni Basel - Design to Cost: Studiengebühren für ausländische Studierende erhöhen	überwiesen
12.01.2017	Postulat	2017-023	Uni Basel - Design to Cost: Beschränkung der Studierendenzahl	überwiesen
12.01.2017	Postulat	2017-024	Uni Basel - Design to Cost: Kostendeckendes Lehrangebot in allen Fakultäten	überwiesen
12.01.2017	Postulat	2017-025	Uni Basel - Design to Cost: Konsequente Vermietung ungenutzter Räumlichkeiten	überwiesen
12.01.2017	Postulat	2017-026	Uni Basel - Design to Cost: Stärkere Fokussierung bei der Forschungstätigkeit	abgelehnt
12.01.2017	Postulat	2017-027	Uni Basel - Design to Cost: Drittmittelziel anpassen	überwiesen
12.01.2017	Postulat	2017-028	Uni Basel - Design to Cost: Mehr Eigenverantwortung – weniger Staat!	überwiesen
23.02.2017	Interpellation	2017-087	Zahlen Uni Basel	erledigt
23.02.2017	Interpellation	2017-088	Doktorate an der Uni Basel	erledigt
06.06.2017	Vorlage	2017-222	Universität Basel; Leistungsbericht 2016; Partnerschaftliches Geschäft	beschlossen
20.06.2017	Vorlage	2017-245	Universität Basel; Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018–2021; Partnerschaftliches Geschäft	beschlossen
04.07.2017	Vorlage	2017-274	Bericht zum Postulat 2016-049 der FDP-Fraktion: «Neuverhandlungen Interkantonale Universitätsvereinbarung»	beschlossen
29.08.2017	Vorlage	2017-299	Bericht zur Erfüllung von zehn parlamentarischen Vorstössen im Zusammenhang mit der Universität Basel, Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018–2021; Landratsvorlage	beschlossen
29.08.2017	Vorlage	2017-302	Gewährung einer Kreditsicherungsgarantie an die Universität Basel für die Erstellung des Neubaus Department Sport, Bewegung und Gesundheit (DSBG) auf dem ‚Campus Sport‘ (St. Jakob, Münchenstein); Partnerschaftliches Geschäft	beschlossen
31.08.2017	Interpellation	2017-319	Einsatz in den Hochschulrat verpasst	erledigt
28.09.2017	Motion	2017-363	Bildungsqualität statt Abbau: dynamisches Finanzierungsmodell Uni Basel	abgeschrieben
30.11.2017	Interpellation	2017-610	Privatpatienten-Erträge von Lehrenden der medizinischen Fakultät der Uni Basel	erledigt
14.12.2017	Interpellation	2017-641	Transparenz im Hochschulsponsoring	erledigt

7 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

Den Beteiligungsbericht 2018 gemäss § 10 Absatz 2 Buchstabe b des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 21. August 2018

Im Namen des Regierungsrats:

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich

8 Anhang

- Beteiligungsspiegel Jahresrechnung 2017
- Entwurf Landratsbeschluss

Landratsbeschluss

über die Vorlage "Beteiligungsbericht 2018"

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Den vom Regierungsrat vorgelegten Beteiligungsbericht 2018 gemäss § 10 Absatz 2 Buchstabe b des Gesetzes über die Beteiligungen (Public Corporate Governance, PCGG) zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, **Datum wird von der LKA eingesetzt!**

Im Namen des Landrates

Der/die Präsident/in:

Der/die Landschreiber/in: